



OpenDoors

Im Dienst der verfolgten **Christen** weltweit

WELTVERFOLGUNGSINDEX 2012

Wo Christen am stärksten verfolgt werden

Berichtszeitraum: 1. November 2010 bis 31. Oktober 2011

Inhalt

Weltverfolgungsindex - Entstehung	Seite 2
In Kürze - Weltverfolgungsindex 2012	Seite 3
Die ersten zehn Länder in Kürze	Seite 4
Rangliste der 50 betroffenen Länder	Seite 8
Hintergründe zu einzelnen Ländern	Seite 9
Open Doors in Kürze	Seite 58
Kontakt	Seite 59



Allgemeines zur Entstehung des Weltverfolgungsindex

Open Doors schätzt, dass weltweit rund 100 Millionen Christen aufgrund ihres Glaubens verfolgt werden. Christen sind damit die größte Gruppe aller aus religiösen Gründen Verfolgten.

Der von Open Doors veröffentlichte Weltverfolgungsindex (WVI) listet die Länder auf, in denen Christen wegen ihres Glaubens am stärksten verfolgt und benachteiligt werden. Jedes Jahr neu bewertet dafür eine internationale Arbeitsgruppe von Open Doors die Situation der Christen in Staaten mit eingeschränkter Religionsfreiheit. Der WVI erscheint seit 1993 und soll Kirchen, Gesellschaft, Medien und Politik die Situation der verfolgten christlichen Gemeinde weltweit bewusst machen, und so effektive Hilfe auf verschiedenen Ebenen ermöglichen.

Als Bewertungsgrundlage für die Situation der Christen in Ländern mit eingeschränkter Religionsfreiheit dienen folgende Faktoren:

- veröffentlichte Berichte von Übergriffen auf Christen im Berichtszeitraum
- Informationen durch Befragung von Open Doors Mitarbeitern vor Ort mittels eines Fragebogens
- Einschätzungen von Experten

Informationen aus erster Hand

Open Doors ist ein überkonfessionelles christliches Hilfswerk, das in über 50 Ländern mit stark eingeschränkter Religionsfreiheit verfolgte und benachteiligte Christen unterstützt, stärkt und ermutigt.

Seit Jahrzehnten ist es durch eigene Mitarbeiter in Ländern mit Christenverfolgung präsent und arbeitet zumeist im Verborgenen - «im Untergrund» - und konfessionsübergreifend mit den Untergrundkirchen der jeweiligen Länder zusammen. Denn in vielen Staaten können sich Christen aufgrund ihres Glaubens nicht öffentlich versammeln und müssen ihren Glauben geheim halten.

Für den Weltverfolgungsindex befragt Open Doors jährlich zumeist Mitarbeiter, Pastoren und Kirchenleiter vor Ort zur aktuellen Situation sowie Experten. Die Platzierung eines Landes ergibt sich nicht nur aus bekannt gewordenen Übergriffen auf Christen im Berichtszeitraum, sondern spiegelt vielmehr den grundsätzlichen Grad der Religionsfreiheit für Christen im jeweiligen Land wider.

Wenn Informationen aus einem Land nicht erhältlich oder unsicher sind, wirkt sich das in der Platzierung zugunsten des Landes aus - selbst wenn der tatsächliche Grad der Verfolgung möglicherweise höher liegt. Eine Verschiebung in der Rangfolge im Index sagt nicht unbedingt etwas darüber aus, ob die Situation für Christen besser geworden ist. Durch eine Verschlechterung der Lage in anderen Ländern kommt es immer wieder dazu, dass ein Land trotz konstanter Situation «überholt» wird.

Bei der Erhebung werden verschiedene Aspekte der Religionsfreiheit beleuchtet, wie beispielsweise:

Der rechtliche und offizielle Status von Christen

- Ist Religionsfreiheit einschließlich des Rechts auf öffentliche Versammlungen in der Landesverfassung und/oder Gesetzen verankert?
- Haben alle Staatsbürger gleiche Rechte und Pflichten?
- Haben die Bürger das Recht, ungestraft zum Christentum zu konvertieren oder müssen sie befürchten, aufgrund ihres Religionswechsels vor Gericht gestellt zu werden?
- Gibt es eine verpflichtende Staatsreligion für jeden Bürger?
- Dürfen Christen ihre Religion öffentlich ausüben?



- Bestehen im Land Gesetze gegen Religionswechsel (Anti-Konversionsgesetze) oder Blasphemie zum Schutz einer bestimmten Religion?

Die tatsächliche Situation der im Land lebenden Christen

- Werden Christen ihres Glaubens wegen verhaftet oder getötet?
- Werden Christen ihres Glaubens wegen zu Gefängnis- oder Arbeitslagerstrafen verurteilt bzw. in die Psychiatrie eingewiesen?

Reglementierungen durch den Staat

- Dürfen christliche Literatur und Bibeln im Land gedruckt, verbreitet bzw. eingeführt werden? Gilt dies für jede im jeweiligen Land gesprochene Sprache?
- Werden christliche Veröffentlichungen zensiert oder verboten?
- Dürfen Kirchen gebaut, renoviert oder Räume für gemeindliche Zwecke gemietet oder gekauft werden?
- Müssen sich christliche Gemeinschaften registrieren lassen? Ist dies in einem überschaubaren Zeitraum und unter zumutbaren Bedingungen möglich?

Faktoren, die die Religionsfreiheit in einem Land untergraben können

- Werden Versammlungsorte von Christen oder deren Häuser angegriffen?
- Gehen Behörden den Beschwerden und Anzeigen von Christen wegen nicht-staatlicher Übergriffe nach?
- Ermitteln Sicherheitskräfte bzw. staatliche Stellen nach solchen Übergriffen?
- Initiieren bzw. unterstützen Medien Hetzkampagnen gegen christliche Minderheiten? Wenn ja, wie geht der Staat damit um?

Weltverfolgungsindex 2012 in Kürze

- Berichtszeitraum für den WVI 2012 ist der 1. November 2010 bis 31. Oktober 2011.
- Nordkorea belegt zum zehnten Mal in Folge Platz 1 in der Rangliste von 50 Ländern mit der stärksten Christenverfolgung. Zwischen 50.000 und 70.000 Christen sind dort schätzungsweise in Arbeitslagern eingesperrt.
- Die zehn vorderen Plätze im WVI 2012 belegen: Nordkorea, Afghanistan, Saudi-Arabien, Somalia, Iran, Malediven, Usbekistan, Jemen, Irak und Pakistan.
- Neun dieser Top Ten-Länder sind islamisch geprägt. Nordkorea ist kommunistisch.
- Insgesamt sind 38 Länder im WVI 2012 islamisch geprägt.
- Pakistan ist neu unter den ersten zehn Ländern des WVI 2012 (Vorjahr Platz 11).
- Die größte Veränderung im Index gab es für Sudan (Nord) und Nigeria (Nord). Sudan rückte von Platz 35 auf Platz 16 vor; Nigeria von Platz 23 auf Platz 13.
- Neu im WVI 2012 sind Kasachstan (Platz 45) und Kolumbien (Platz 47).
- Nicht mehr unter den 50 Ländern des WVI sind Russland, Tansania und Sri Lanka.



- China ist eines der Länder mit niedrigerer Platzierung als im Vorjahr; von Platz 16 im Vorjahr aktuell auf Platz 21. Laos ist nicht mehr unter den Top Ten-Ländern des WVI (von Platz 10 auf Platz 12). Grund sind Veränderungen in den Platzierungen anderer Länder.
- Von den Ländern des sogenannten «arabischen Frühlings» wurde Ägypten am höchsten eingestuft. Aktuell auf Platz 15, im Vorjahr Platz 19.
- Für den Berichtszeitraum erreichten Open Doors Berichte aus Nigeria über mindestens 300 Christen, die aufgrund ihres christlichen Bekenntnisses getötet wurden. Die Dunkelziffer könnte zwischen 1.000 und 1.500 liegen. In Ägypten wurden 60 Christen getötet, im Irak 38. Aufgrund der Abschottung Nordkoreas gibt es keine genauen Daten über die ermordeten Christen in diesem Land. Auch Hunderte, vermutlich Tausende von Christen sind im Sudan aufgrund ihres Glaubens umgekommen. In der Kriegs- bzw. Bürgerkriegssituation des Landes ist jedoch eine Schätzung schwierig bis unmöglich.

Die ersten zehn Länder im Weltverfolgungsindex in Kürze

Platz 1: Nordkorea

Zum zehnten Mal in Folge belegt Nordkorea Platz 1 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) als das Land, in dem Christen wegen ihres Glaubens am stärksten verfolgt werden. Auch nach dem Tod des langjährigen Machthabers Kim Jong Il im Dezember 2011 und dem damit einhergehenden Führungswechsel geht Open Doors nicht von einer Verbesserung der Situation für die Menschen im Allgemeinen und insbesondere für die Christen aus. In dem abgeschotteten Land müssen alle Menschen einem strengen Personenkult um den 1994 verstorbenen Staatsgründer Kim Il Sung – er gilt noch immer als «ewiger Präsident» - und seinen Sohn Kim Jong Il («geliebter Führer») folgen. Jedwede Regimekritik oder Auflehnung wird hart bestraft; in der Regel mit Arbeitslager. Die 200.000 bis 400.000 Christen können ihren Glauben nur im Verborgenen – im «Untergrund» -und unter strengen Sicherheitsvorkehrungen leben. Für April 2012 hat die Regierung zum 100. Geburtstag von Kim Il Sung ein Fest «epischen Ausmaßes» angekündigt. Eine Feier, die sich das verarmte Land eigentlich nicht leisten kann. Das nordkoreanische Regime hat Hilfe von außen dringend nötig. Einigen Organisationen wurden Hilfsmaßnahmen im Land genehmigt. Berichten zufolge kam es im WVI-Berichtszeitraum zu zahlreichen Verhaftungen von Christen. Doch trotz harscher Verfolgung ist es dem Regime zu keinem Zeitpunkt gelungen, die Gemeinde Jesu im Untergrund auszulöschen. Im Gegenteil: Heute sind die Hausgemeinden besser vernetzt als je zuvor und können sich gegenseitig ermutigen.

Platz 2: Afghanistan

Das muslimisch geprägte Land rückte einen Platz nach vorn. Zehn Jahre nach dem Ende des Taliban-Regimes hat sich die Lage insbesondere für Christen kaum verbessert. Obwohl die Regierung internationale Abkommen unterzeichnet und sich verpflichtet hat, die Religionsfreiheit zu schützen, kann sie die grundlegendsten Prinzipien dieses Rechts nicht gewährleisten. Heute gibt es in Afghanistan keine öffentliche Kirche mehr. Gefährdet sind vor allem afghanische Christen muslimischer Herkunft. Sie halten ihren Glauben geheim. Andernfalls müssen sie als «Abtrünnige» vom Islam mit der Verfolgung durch die eigene Familie sowie durch Behörden und muslimische Geistliche rechnen und im schlimmsten Fall sogar mit ihrer Ermordung. Auf einer Internetseite haben die Taliban im Oktober 2011 allen Christen im Land den Vernichtungskampf angesagt. Insbesondere christliche Entwicklungshelfer sind im Visier von Aufständischen.

Platz 3: Saudi-Arabien

Wenngleich das streng islamische Land weiter auf einem vorderen Platz steht, gibt es Zeichen der Hoffnung: Die Zahl der Christen muslimischer Herkunft in dem Königreich nimmt zu. Sie halten ihren Glauben



geheim, denn bei Entdeckung droht ihnen die Todesstrafe. Saudi-Arabien folgt einer sehr strengen Form des sunnitischen Islam: dem Wahhabismus (benannt nach einem religiösen Führer aus dem 18. Jahrhundert). Das herrschende Königshaus sieht sich als Hüter der beiden heiligsten Städte des Islam und damit berufen, durch die strenge Durchsetzung des Islam die Reinheit der Religion zu wahren. Religionsfreiheit gibt es nach dieser Haltung nicht. Auf den Abfall vom Islam (Apostasie) steht die Todesstrafe. Jegliche öffentliche nicht-muslimische Anbetung ist verboten. Öffentliche christliche Kirchen sind nicht erlaubt. Open Doors erreichten Berichte von einigen Christen, die um ihres Glaubens willen körperlich verletzt wurden. Zahlreiche Christen sind aufgrund der anhaltenden Repressionen und Verfolgung bereits aus dem Land geflohen. In einigen Fällen bestand Lebensgefahr. Aufgrund etlicher Verhaftungen im Jahr 2011 ist Saudi-Arabien auf dem WVI um einen Platz vorgerückt.

Platz 4: Somalia

Somalia ist einen Platz nach vorn gerückt. Hauptquelle der Verfolgung ist der islamische Extremismus. Von offizieller Seite her gibt es keine somalischen Christen. Und doch bekennen sich hunderte Somali muslimischer Herkunft zum christlichen Glauben, den sie jedoch nur heimlich im «Untergrund» ausleben können. Sie sind daher nicht in kirchenähnlichen Strukturen organisiert. Häufig sind die kleinen Hausgruppen verstreut. Die größte bekannte Gemeinschaft dieser Art besteht aus fünf Mitgliedern. Für Eltern ist es zu gefährlich, ihre Kinder christlich zu erziehen. Bei Entdeckung durch Islamisten droht ihnen und ihren Eltern der Tod. Insbesondere die Al Shabaab-Miliz gewinnt an Stärke und kontrolliert weite Teile des Landes im Süden. Zahlreiche Menschen sind aufgrund der Hungersnot sowie aus ethnischen und politischen Gründen, aber auch wegen ihres christlichen Glaubens aus dem Land geflohen. Somalia hat eine Übergangsregierung, die auf dem islamischen Recht (Scharia) basiert. Eine Mäßigung erfährt die strikte Anwendung der Scharia jedoch dadurch, dass die Übergangsregierung die internationale Gemeinschaft braucht, um ihre Macht zu erhalten.

Platz 5: Iran

Die religiös motivierte Verfolgung von Minderheiten im islamisch geprägten Iran hat sich seit dem Jahr 2005 verschlimmert. Über 200 Christen sind im Berichtszeitraum verhaftet worden. Im Oktober 2010 hatte der oberste geistliche Führer des Iran, Ayatollah Ali Khamenei, in einer öffentlichen Ansprache vor der Gefahr durch wachsende Hauskirchen im Land gewarnt. Auch Geheimdienstminister Heydar Moslehi soll im Oktober und November 2011 vor der Bedrohung durch christliche Hauskirchen und anderer christlicher Aktivitäten gewarnt haben. Armenische und assyrische Christen gehören zu den anerkannten religiösen Minderheiten im Iran, denen Religionsfreiheit garantiert wird. Dennoch berichten auch sie von Repressionen und Diskriminierung. Religionswächter bespitzeln Gottesdienste traditioneller, genehmigter Kirchen auf der Suche nach Konvertiten. Traditionellen Christen ist es zudem verboten, Konvertiten zu unterstützen. Wird diese Anordnung nicht befolgt, droht die Schließung der Kirche. Nach Ansicht der Regierung kann ein Muslim seinen Glauben nicht wechseln: Ein ethnischer Perser ist und bleibt ein Muslim, so die offizielle Sicht. Die öffentliche christenfeindliche Rhetorik hochrangiger Amtsträger ist auch für die gestiegene Zahl von Festnahmen von Christen verantwortlich. Zwar kamen die meisten Festgenommenen später wieder frei, doch der Druck auf die Hausgemeinden aus Christen muslimischer Herkunft bleibt unvermindert hoch. Trotz des harten Kurses der Regierung und islamischer Geistlicher gründen Konvertiten jedoch immer neue Hausgemeinden. Konvertiten aus dem Islam bilden die Mehrheit der christlichen Minderheit im Iran. Mehr als drei Viertel der Christen im Land sind ehemalige Muslime.

Platz 6: Malediven

Die maledivische Regierung sieht sich selbst als Beschützerin und Verteidigerin des Islams. Da jeder Bürger der Malediven zum islamischen Glauben verpflichtet ist, sind alle abweichenden religiösen Überzeugungen streng verboten. Die Regierung unterscheidet nicht zwischen nationalen und ausländischen Christen. Die wenigen einheimischen Christen muslimischer Herkunft können sich nicht öffentlich versammeln, ge-



schweige denn gemeinsam anbeten. Während die Behörden alle religiösen Aktivitäten, die sie als verdächtig ansehen, genau überwachen, bleibt auch der Druck durch die Gesellschaft außerordentlich hoch. Malediver unterstützen die repressive Politik der Behörden, denn sie sehen Religionsfreiheit lediglich als Freiheit an, den Islam berührende religiöse Themen zu diskutieren. Zum vergangenen Berichtszeitraum hat sich nichts Wesentliches verändert, und die Einstufung bleibt dieselbe wie im WVI 2011.

Platz 7: Usbekistan

Zum fünften Mal in Folge ist Usbekistan unter den ersten zehn Ländern im WVI und damit das am höchsten eingestufte zentralasiatische Land. In dem autoritär regierten Staat setzt das Regime auf Machterhalt. Religiöse Aktivitäten werden genau beobachtet. Behörden und Sicherheitskräfte gehen rigoros gegen jede Art von vermeintlichen Extremismus oder subversiven Aktionen vor. In der jüngeren Vergangenheit waren davon verstärkt christliche Gemeinden betroffen. Nach negativen Medienberichten über Christen wuchs auch in Teilen der Gesellschaft die Feindseligkeit gegenüber Christen muslimischer Herkunft. Die Überwachung christlicher Aktivitäten ist intensiviert worden. Aktivitäten staatlich nicht registrierter Gemeinden sind streng verboten; dazu gehören auch Jugendprojekte und soziales Engagement sowie Schulungen von Pastoren etc. Treffen im privaten Kreis werden geduldet. Bibelstunden oder Gebetsversammlungen stehen jedoch immer in der Gefahr, von Sicherheitskräften unterbunden zu werden. Auch staatlich anerkannte Gemeinden leiden unter zunehmenden Hausdurchsuchungen. Gemeindemitglieder wurden mit Geldbußen belegt und schikaniert. Insbesondere Jugendveranstaltungen stehen im Visier staatlicher Behörden; christliche Jugendliche werden eingeschüchtert. In den vergangenen zehn Jahren wurde nur einer einzigen christlichen Gemeinde die Registrierung gewährt. Die Einfuhr von Bibeln und anderer christlicher Literatur ist verboten, ebenso wie die Herstellung im Land selbst.

Platz 8: Jemen

Der Jemen ist politisch sehr instabil. Terroristische Bewegungen und die regierungskritischen Proteste im Jahr 2011 haben die Lage weiter verschlechtert. Es kam zu Entführungen von Ausländern. Gewöhnlich endeten sie mit Lösegeldzahlungen. Vier der im Juni 2009 verschleppten neun ausländischen Christen werden weiterhin vermisst. Aufgrund der unruhigen und gewaltbelasteten Lage im Jemen hatte Open Doors nur eingeschränkt Zugang zu dem Land. Dies hat zur Folge, dass weniger Informationen über die Situation der Christen verfügbar sind. Daher hat sich die Einstufung des Jemen im Jahresvergleich um einen Platz verbessert.

Platz 9: Irak

Der Exodus irakischer Christen hält weiter an. In den vergangenen zehn Jahren hat die Zahl der Christen im Land dramatisch abgenommen. Instabilität, Konflikte zwischen den religiösen Ethnien, Bombenanschläge und anhaltender Terror gegen religiöse Minderheiten beherrschen die Berichte aus dem Irak. Die irakische Regierung ist nicht im Stande, Rechtsstaatlichkeit durchzusetzen und ein Mindestmaß an Sicherheit zu gewährleisten. Die Korruption steigt auf allen Ebenen stark an. Laut Verfassung ist der Islam Staatsreligion und Quelle der Gesetzgebung. Kein Gesetz darf gegen die Lehren des Islams und die anerkannten Überlieferungen verstoßen. Demnach leben Muslime, die Christen wurden, gefährlich. Denn nach islamischer Rechtsauffassung wird die Abkehr vom Islam bestraft. Hierfür kann die Todesstrafe verhängt werden, was im Irak von staatlicher Seite bisher aber nicht geschehen ist. Weiter wird verfassungsrechtlich Glaubens-, Religions- und Gewissensfreiheit für alle Bürger garantiert - explizit erwähnt werden dabei Christen, Yeziden und Mandäer (Sabäer). Wenngleich der Terror vonseiten islamischer Extremisten anhält, gab es weniger Berichte über Opfer als im vergangenen Berichtszeitraum. Jedoch werden Christen weiter bedroht, beraubt, vergewaltigt oder entführt sowie Kirchen angegriffen. Eine neue Entwicklung ist die Verschlechterung der Lage der Christen im nördlichen Teil des Landes, in den Autonomen Kurdengebieten. Auch dort ist die Gewalt gegen Christen auf dem Vormarsch. Die Hauptursache liegt auch hier im islamischen Extremismus.



Platz 10: Pakistan

Für traurige Schlagzeilen sorgte Pakistan im Jahr 2011 nicht nur wegen der Ermordung zweier hochrangiger Politiker, die die berüchtigten Blasphemiegesetze kritisiert hatten. Christen sind in dem islamisch geprägten Land schon lange eine bedrängte Minderheit. Sie machen nahezu drei Prozent der Bevölkerung aus. Alle anderen sind Muslime. Morddrohungen gehören für Pastoren und Gemeindeleiter zum Alltag. Fast jeden Monat kommt es zu tätlichen Angriffen und der Beschädigung kirchlicher Immobilien. Der Druck kommt von mehreren Seiten. Islamische militante Organisationen und eine auf den Regeln des Islams basierende Kultur machen sie zu Bürgern zweiter Klasse. Gleichzeitig gewährt ihnen Pakistans Gesetzgebung eine gewisse Freiheit, etwa Kirchen zu betreiben. Die christliche Minderheit wächst. Immer wieder treten einzelne Muslime christlichen Gemeinden bei, insgesamt in bemerkenswerter Zahl. Doch der Trend zeigt eine Verschlechterung der Lage für Christen in Pakistan. In diesem WVI rückt es unter die zehn ersten Länder vor.



Weltverfolgungsindex 2012

Berichtszeitraum 1. November 2010 bis 31. Oktober 2011

Platz	Land	Punkte 2012 ¹	Punkte 2011	Platz 2011	Trend ²	Abweichung ³
1.	Nordkorea	88,0	90,5	1.	2,5-	0
2.	Afghanistan	67,5	66,0	3.	1,5+	0
3.	Saudi-Arabien	67,5	64,5	4.	3,0+	0
4.	Somalia	66,5	64,0	5.	2,5+	0
5.	Iran	66,0	67,5	2.	1,5-	2
6.	Malediven	63,0	63,0	6.	0	0
7.	Usbekistan	61,0	57,5	9.	3,5+	0
8.	Jemen	58,5	60,0	7.	1,5-	5
9.	Irak	57,0	58,5	8.	1,5-	0
10.	Pakistan	56,5	55,5	11.	1,0+	0
11.	Eritrea	56,0	55,0	12.	1,0+	0
12.	Laos	55,5	56,0	10.	0,5-	0
13.	Nigeria (Nord)	55,0	44,0	23.	11,0+	0
14.	Mauretanien	54,0	53,5	13.	0,5+	0
15.	Ägypten	53,5	47,5	19.	6,0+	0
16.	Sudan	53,5	37	35.	16,5+	0
17.	Bhutan	51,0	53,5	14.	2,5-	0
18.	Turkmenistan	50,5	51,5	15.	1,0-	0
19.	Vietnam	49,5	48,0	18.	1,5+	0
20.	Tschetschenien	49,5	47,0	20.	2,5+	0
21.	China	48,5	48,5	16.	0	0
22.	Katar	47,0	48,5	17.	1,5-	2
23.	Algerien	46,5	45,0	22.	1,5+	0
24.	Komoren	45,5	46,5	21.	1,0-	0
25.	Aserbaidschan	45,5	43,5	24.	2,0+	0
26.	Libyen	42,0	41,0	25.	1,0+	0
27.	Oman	42,0	41,0	26.	1,0+	2
28.	Brunei	42,0	39,5	29.	2,5+	1,5
29.	Marokko	41,0	39,5	31.	1,5+	0
30.	Kuwait	40,5	40,0	28.	0,5+	0
31.	Türkei	40,5	39,5	30.	1,0+	0
32.	Indien	40,5	39,0	32.	1,5+	0
33.	Burma/Myanmar	39,0	40,0	27.	1,0-	0
34.	Tadschikistan	39,0	38,0	33.	1,0+	0
35.	Tunesien	39,0	35,0	37.	4,0+	0
36.	Syrien	39,0	34,5	38.	4,5+	3
37.	Vereinigte Arabische Emirate	38,5	37,5	34.	1,0+	2
38.	Äthiopien	36,0	30,0	43.	6,0+	0
39.	Dschibuti	33,5	33,5	39.	0	0
40.	Jordanien	33,5	33,5	40.	0	2
41.	Kuba	33,5	33,5	41.	0	0
42.	Weißrussland	33,5	32,0	42.	1,5+	0
43.	Indonesien	31,5	26,5	48.	5,0+	0
44.	Palästinensergebiete	31,0	29,5	44.	1,5+	5,5
45.	Kasachstan	30,5	-	-	-	0
46.	Bahrain	30,0	28,5	45.	1,5+	7,5
47.	Kolumbien	30	-	-	-	0
48.	Kirgisistan	29,5	28,5	46.	1,0+	0
49.	Bangladesch	27,5	27,5	47.	0	1
50.	Malaysia	27,0	22,5	50.	4,5+	0

	fünf oder mehr Punkte höher
	Höhere Platzierung
	Keine Veränderung in der Platzierung
	Niedrigere Platzierung aber gleich oder mehr Punkte
	Niedrigere Platzierung und weniger Punkte
	Neu in der Liste

¹ Punkte: 0= völlige Freiheit 100= totale Unterdrückung

² Trend: „+“= Punkte höher als im Vorjahr / „-“= Punkte niedriger / „0“= keine Punkteveränderung

³ Abweichung: evtl. aufgrund fehlender oder nicht bestätigter Informationen nicht vergebene Punkte



Informationen zu den einzelnen Ländern

- | | | | |
|-----|----------------|-----|------------------------------|
| 1. | Nordkorea | 26. | Libyen |
| 2. | Afghanistan | 27. | Oman |
| 3. | Saudi-Arabien | 28. | Brunei |
| 4. | Somalia | 29. | Marokko |
| 5. | Iran | 30. | Kuwait |
| 6. | Malediven | 31. | Türkei |
| 7. | Usbekistan | 32. | Indien |
| 8. | Jemen | 33. | Burma/Myanmar |
| 9. | Irak | 34. | Tadschikistan |
| 10. | Pakistan | 35. | Tunesien |
| 11. | Eritrea | 36. | Syrien |
| 12. | Laos | 37. | Vereinigte Arabische Emirate |
| 13. | Nigeria (Nord) | 38. | Äthiopien |
| 14. | Mauretanien | 39. | Dschibuti |
| 15. | Ägypten | 40. | Jordanien |
| 16. | Sudan | 41. | Kuba |
| 17. | Bhutan | 42. | Belarus/Weißrussland |
| 18. | Turkmenistan | 43. | Indonesien |
| 19. | Vietnam | 44. | Palästinensergebiete |
| 20. | Tschetschenien | 45. | Kasachstan |
| 21. | China | 46. | Bahrain |
| 22. | Katar | 47. | Kolumbien |
| 23. | Algerien | 48. | Kirgisistan |
| 24. | Komoren | 49. | Bangladesch |
| 25. | Aserbaidshjan | 50. | Malaysia |

Nordkorea Platz 1

Zum zehnten Mal in Folge belegt Nordkorea Platz 1 auf dem Weltverfolgungsindex (WVI), als das Land, in dem Christen wegen ihres Glaubens am stärksten verfolgt werden. Auch nach dem Tod des langjährigen Machthabers Kim Jong Il im Dezember 2011 und dem damit einhergehenden Führungswechsel geht Open Doors nicht von einer Verbesserung der Situation für die Menschen im Allgemeinen und insbesondere für die Christen aus.

In dem abgeschotteten Land müssen alle Menschen einem strengen Personenkult um den 1994 verstorbenen Staatsgründer Kim Il Sung – er gilt noch immer als «ewiger Präsident» - und seinen Sohn Kim Jong Il («geliebter Führer») folgen. Jedwede Regimekritik oder Auflehnung wird hart bestraft, in der Regel mit Arbeitslager.

Die 200.000 bis 400.000 Christen können ihren Glauben nur im Verborgenen - im «Untergrund» - und unter strengen Sicherheitsvorkehrungen leben. Zwischen 50.000 bis 70.000 Christen sind in Arbeitslagern eingesperrt, also nahezu ein Viertel der Christen in Nordkorea.

Noch vor einhundert Jahren galt Nordkoreas Hauptstadt Pjöngjang mit ihren einhundert Kirchen als das «Jerusalem des Ostens». Unter dem Staatsgründer Kim Il Sung verschwanden jedoch in kurzer Zeit über 2.000 Gemeinden. Die Mutter von Kim Il Sung soll eine presbyterianische Diakonin gewesen sein.

Der Personenkult um die Kim-Dynastie wird von jedem Nordkoreaner gefordert. Der Sohn des verstorbenen Kim Jong Il, Kim Jong Un, wird offiziell bereits als der «Große Nachfolger» gefeiert. Ausländische Besucher Nordkoreas sahen im vorigen Jahr in Hauptstadt Pjöngjang Spruchbänder mit der Aufschrift: «Der



ewige Vater ist immer bei uns». Für April 2012 hat die Regierung zum 100. Geburtstag Kim Il Sung ein Fest «epischen Ausmaßes» angekündigt. Eine Feier, die sich die verarmte Nation nicht leisten kann. Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sind derzeit sechs Millionen Menschen – ein Viertel der Bevölkerung – akut von Hunger bedroht. Seit Jahren leiden die Menschen unter der Lebensmittelknappheit aufgrund von Misswirtschaft, Naturkatastrophen und der Bereicherung durch die Elite.

Es wird erwartet, dass der Ende 20-jährige Kim Jong Un die Nachfolge seines verstorbenen Vaters Kim Jong Il antreten wird. Kim Jong Un soll gesagt haben, ihm würden rund 30 Prozent der Bevölkerung genügen, um zu überleben. Zudem soll er hinter der Aussendung von hundert zusätzlichen Spionen nach China stehen, die die Aufgabe haben, christliche Netzwerke zu infiltrieren, um nordkoreanische Flüchtlinge aufzugreifen. Berichten zufolge ermordeten Spione im August 2011 in Dangdong (China) einen südkoreanischen christlichen Missionar.

Die nach offizieller Darstellung herrschende Religionsfreiheit wird ausländischen Besuchern in Form von vier Kirchen in der Hauptstadt vorgetäuscht: Zwei Kirchen sind protestantisch, eine katholisch und eine russisch-orthodox. Doch die Gottesdienste in Pjöngjang sind lediglich eine Touristenattraktion.

Die harsche Verfolgung der Christen hält an. Sie haben in Nordkorea keinerlei Existenzberechtigung. Christen, die sich nur heimlich im Untergrund versammeln, stehen immer in der Gefahr, entdeckt zu werden. Ihnen drohen Gefängnis, Arbeitslager oder die Hinrichtung. Berichten zufolge wurden im vorigen Jahr viele Christen verhaftet. Aus Sicherheitsgründen können hierzu keine weiteren Angaben gemacht werden.

Afghanistan Platz 2:

Aufgrund einer weiteren Verschlechterung der Lage hat sich die Gesamtpunktzahl für Afghanistan leicht erhöht. Das muslimisch geprägte Land rückt einen Platz nach vorn. Zehn Jahre nach dem Ende des Taliban-Regimes hat sich die Lage insbesondere für Christen kaum verbessert. Obwohl die Regierung internationale Abkommen unterzeichnet sich verpflichtet hat, die Religionsfreiheit zu schützen, kann sie die grundlegenden Prinzipien dieses Rechts nicht gewährleisten.

Heute gibt es in Afghanistan keine öffentliche Kirche mehr. Über die Zahl der Christen in Afghanistan liegen Open Doors nur Schätzungen vor. Der überwiegende Teil sind Ausländer. Viele von ihnen arbeiten für Hilfsorganisationen (NGOs), weitere sind in Afghanistan in verschiedenen Funktionen tätig. Hauptsächlich sind es katholische und evangelische Christen. Christliche Hilfsorganisationen sind im Land noch erlaubt, wenngleich ihre Aktivitäten überwacht werden.

Alle afghanischen Christen haben einen muslimischen Hintergrund. Sie sind besonders gefährdet und halten ihren Glauben geheim. Andernfalls müssen sie als «Abtrünnige» vom Islam mit der Verfolgung durch die eigene Familie sowie durch Behörden und muslimische Geistliche rechnen und im schlimmsten Fall sogar mit ihrer Ermordung – es sei denn sie kehren wieder zum Islam zurück. Zusammenkünfte in Privatwohnungen sind möglich, erfordern jedoch große Vorsicht.

Die Einstellung der afghanischen Regierung gegenüber entdeckten Konvertiten aus dem Islam ist feindselig. Um die Apostaten zurück zum islamischen Glauben zu bringen, werden alle Mittel angewendet. So kamen zwei inhaftierte afghanische Christen im Berichtszeitraum nur aufgrund enormer internationaler Bemühungen wieder frei. Sobald die Identität eines afghanischen Christen bekannt wird, ist ein Verbleib in seinem Heimatland für ihn kaum möglich. Die massive Feindseligkeit Christen gegenüber ist jedoch nicht auf die Behörden beschränkt.

Die Taliban waren zwar eine Zeit lang geschwächt, doch die Terroristengruppe findet gegenwärtig zu neuer Stärke zurück. Auf einer Internetseite haben die Taliban im Oktober 2011 allen Christen im Land den Vernichtungskampf angesagt. Insbesondere christliche Entwicklungshelfer sind im Visier von Aufständischen, da ihnen unterstellt wird, Muslime zum christlichen Glauben bekehren zu wollen. Die Taliban be-



nannten in der Internetbotschaft rund 200 Organisationen. Im August 2011 wurden in der Provinz Parwan, nördlich von Kabul, zwei deutsche Entwicklungshelfer verschleppt und erschossen.

Weitere Berichte über Entführungen und andere Widerstände lassen kaum Hoffnung auf Verbesserungen für die Christen in Afghanistan zu. In Paschtunen-Gebieten ist der Druck auf Nicht-Muslime sogar noch intensiver als in anderen Gegenden des Landes. In den kommenden Jahren werden die internationalen Streitkräfte ihren Abzug aus dem Land fortsetzen. Das könnte zu einem stärkeren Taliban-Einfluss führen, der eine weitere Verschlechterung für Minderheitengruppen, darunter Christen, zur Folge hat.

Saudi-Arabien Platz 3:

Die Verfassung des streng islamischen Königreichs auf der Arabischen Halbinsel enthält keinerlei grundlegende Gesetze oder Regeln für die Ausübung nicht-islamischer Religionen. Religionsfreiheit existiert nicht in dem wahhabitischen Königreich, das seinen Bürgern nur die Zugehörigkeit zu einer einzigen Religion gestattet: dem Islam. Die freie Wahl des persönlichen Glaubens oder gar ein Religionswechsel sind verboten. Das Rechtssystem basiert auf dem islamischen Recht, der Scharia. Apostasie, der Übertritt eines Muslims zu einer anderen Religion, ist ein todeswürdiges Verbrechen, dessen Ahndung nur durch den Widerruf des «Abtrünnigen» vermieden werden kann. Ehemalige Muslime müssen befürchten, Opfer von «Ehrenmorden» zu werden, falls ihre Familie oder ihr gesellschaftliches Umfeld ihren neuen Glauben entdeckt.

Zwar erkennt die Regierung das Recht von Nicht-Muslimen an, Gottesdienste im privaten Rahmen zu halten, doch die allgegenwärtige Religionspolizei «Mutawwa» respektiert dieses Recht oft nicht. Die öffentliche Ausübung nicht-muslimischer Anbetung ist untersagt. Nicht-Muslimen, die an derartigen Aktivitäten beteiligt sind, drohen Verhaftung, Inhaftierung, Auspeitschung, die Abschiebung und Misshandlung.

Die meisten Christen in Saudi-Arabien sind Gastarbeiter mehrheitlich von den Philippinen. Abgesehen davon, dass diese ausländischen Arbeiter ausgebeutet und schlecht bezahlt werden, sind die Christen unter ihnen wegen ihres Glaubens regelmäßig verbaler und körperlicher Gewalt ausgesetzt. Als Hausangestellte werden Frauen nicht selten Opfer von Vergewaltigung, wenn sie sich nicht zum Islam bekehren.

Open Doors erreichten einige Berichte von Christen, die um ihres Glaubens willen misshandelt wurden. Die Gesamtzahl der Menschen, die diese Art von Verfolgung erleben, liegt wahrscheinlich sehr viel höher. Jedoch dringen Informationen über die Lage der Christen nur sehr spärlich aus dem verschlossenen Königreich nach außen. Viele sind aufgrund der anhaltenden Repressionen und Verfolgung bereits aus dem Land geflohen. In einigen Fällen bestand Lebensgefahr.

Der 31-jährige Yohan Nese und der 28-jährige Vasantha Sekhar Vara, zwei indische Gastarbeiter, wurden im Januar 2011 festgenommen. Sie hatten an einem Gebetstreffen mit anderen indischen Staatsbürgern teilgenommen. Man beschuldigte die beiden der Bekehrung von Muslimen hin zum christlichen Glauben. Die Religionspolizei verhörte und misshandelte sie im Polizeigewahrsam. Nach sechs Monaten unter prekären Haftbedingungen wurde zunächst Vasantha Sekhar Vara entlassen. Am 12. Juli kam auch Yohan Nese wieder frei. Beide kehrten nach Indien zurück. Am 12. Februar wurde ein Gastarbeiter in Dschidda verhaftet, nachdem er in der Nähe einer Moschee mit Muslimen über Glaubens Themen diskutiert hatte. Zuerst sah er sich mit der Todesstrafe konfrontiert, doch schließlich wurde er in sein Heimatland abgeschoben. Aufgrund der Verhaftungen erhöhte sich die Gesamtpunktzahl für Saudi-Arabien.

Trotz der Durchführung der zweiten Kommunalwahlen des Landes am 29. September 2011 erwartet das Forschungsinstitut «Economist Intelligence Unit» (EUI) vor 2016 keine demokratischen Reformen oder einen Schritt in Richtung eines gewählten Parlaments. Sollte sich die politische Lage nicht ändern, ist auch nicht mit einer Verbesserung der Situation für die Christen zu rechnen.

Doch wenngleich das streng islamische Land weiter auf einem vorderen Platz steht, gibt es Zeichen der Hoffnung: Die Zahl der Christen muslimischer Herkunft in dem Königreich nimmt zu. Nicht wenige sind



durch christliche Fernsehsendungen via Satellit zum Glauben gekommen. Dies bezeugen unter anderem Zuschauerreaktionen. Gerade die Zunahme der Christen muslimischer Herkunft und der erstaunliche Mut, mit dem sie ihren Glauben weitergeben, werden religiöse Eiferer antreiben, diese Entwicklung vehement zu stoppen. Es wird daher in naher Zukunft von einer Zunahme der Verfolgung und Unterdrückung ausgegangen.

Somalia Platz 4:

Die Lage für Christen in dem Land am Horn von Afrika ist insgesamt kritischer geworden. Somalia ist einen Platz nach vorn gerückt. Hauptquelle der Verfolgung ist der islamische Extremismus. Nach offizieller Ansicht gibt es keine einheimischen Christen in dem ostafrikanischen Land.

Und doch bekennen sich etliche Somali muslimischer Herkunft zum christlichen Glauben, den sie jedoch nur heimlich im «Untergrund» ausleben können. Statt kirchenähnlicher Strukturen sind sie in kleinen Hausgruppen organisiert, die jedoch weit verstreut sind. Die größte bekannte Gemeinschaft dieser Art besteht aus fünf Mitgliedern. Für Eltern ist es zu gefährlich, ihre Kinder christlich zu erziehen. Bei Entdeckung durch Islamisten droht ihnen und ihren Eltern der Tod.

Viele Menschen sind aufgrund der Hungersnot sowie aus ethnischen und politischen Gründen, aber auch wegen ihres christlichen Glaubens aus dem Land geflohen. Somalia hat eine Übergangsregierung, die auf dem islamischen Recht (Scharia) basiert. Die strikte Anwendung des islamischen Rechts erfährt jedoch dadurch eine Mäßigung, dass die Übergangsregierung die internationale Gemeinschaft braucht, um ihre Macht zu erhalten.

Mehrere Christen wurden im Berichtszeitraum entführt und brutal ermordet. Insbesondere die Al Shabaab-Miliz gewinnt an Stärke und kontrolliert weite Teile des Südens. In dem Land gibt es zwar definierte Gebiete, allerdings sind einige Grenzen umstritten. Im autonomen, wenn auch nicht international anerkannten, Somaliland im Norden konnte die islamisch-extremistische Gruppe Al Shabaab noch keinen Fuß fassen. Puntland im Nordosten ist vergleichbar mit Somaliland. Doch aufgrund weitgehender Gesetzlosigkeit ist Puntland ein Rückzugsort für Piraten und Kämpfer der Al Shabaab.

Unter den islamistischen Gruppierungen gewinnt insbesondere Al Shabaab an Stärke. In den von den Radikalen kontrollierten Gebieten sind Christen muslimischer Herkunft äußerst gefährdet. Die Terrorgruppe will in ganz Somalia eine strenge Anwendung des islamischen Gesetzes (Scharia) erreichen und die Übergangsregierung stürzen. Durch die Verbindung zum Terrornetzwerk Al Kaida ist die somalische Gruppe stark radikalisiert worden. Ihre Unterstützung unter der örtlichen Bevölkerung schwindet jedoch langsam; besonders nachdem Al Shabaab ausländische Helfer an der Versorgung von Hungerleidenden hinderte. Erklärtes Ziel der Terrorgruppe ist es, Christen in den von ihr kontrollierten Landesteilen auszulöschen.

In einer derartigen Lage ist die Gefährdung von Christen und Anhängern anderer Minderheitenreligionen extrem hoch.

Die Übergangsverfassung «Transitional Federal Charter of the Somali Republic» sieht Religionsfreiheit vor, aber in der Praxis wird dieses Recht wenig respektiert. Denn die Charta etabliert auch den Islam als nationale Religion, so dass kein Gesetz dem Islam widersprechen darf. Die international anerkannte Übergangsregierung «Transitional Federal Government» (TFG) gründet ihre Politik ebenso wie ihre Vorgänger auf eine strenge Interpretation des islamischen Rechts. Je stärker die Politik der TFG gegen Christen gerichtet ist, desto mehr Rückhalt erfährt sie von muslimischen Extremisten.

Die TFG erlaubt Christen in Somalia keine öffentliche Ausübung ihres Glaubens. Dennoch scheint die Regierung Beobachtungen zufolge nicht sehr aktiv gegen Christen vorzugehen. Ihr Machtbereich beschränkt sich jedoch lediglich auf die Hauptstadt Mogadischu. Fast ganz Südsomalia wird von der Al Shabaab kontrolliert. Bis August 2011 kontrollierte die TFG nur zehn Prozent von Mogadischu. Internationalen Streit-



kräften ist es gelungen, über 95 Prozent der Stadt einzunehmen. Der Einfall kenianischer Truppen in Somalia hat Al Shabaab aus der Hauptstadt zurückgedrängt.

Open Doors erwartet für Somalia keine Verbesserung der Lage, weder kurz- noch langfristig. Christen sind als Anhänger einer Minderheitenreligion im Allgemeinen und unter den herrschenden Umständen im Besonderen extrem gefährdet. Wenn es den Streitkräften der Übergangsregierung - unterstützt von internationalen Kräften - gelingt, ihren Machtbereich auszuweiten und Al Shabaab zurückzudrängen, könnte sich die Lage etwas bessern.

Iran Platz 5:

Die religiös motivierte Verfolgung von Minderheiten im islamisch geprägten Iran hat sich seit dem Jahr 2005 verschlimmert. Sie zielt insbesondere auf die Baha'i, auf Sufi-Muslime und auf Christen muslimischer Herkunft ab.

Armenische und assyrische Christen gehören zu den anerkannten religiösen Minderheiten im Iran, denen Religionsfreiheit garantiert wird. Dennoch berichten auch sie von Repressionen und Diskriminierung. Religionswächter bespitzeln Gottesdienste traditioneller, genehmigter Kirchen auf der Suche nach Konvertiten. Ihnen ist es zudem verboten, Konvertiten zu unterstützen. Wird diese Anordnung nicht befolgt, droht die Schließung der Kirche.

Nach Ansicht der Regierung kann ein Muslim seinen Glauben nicht wechseln: Ein ethnischer Perser ist und bleibt ein Muslim, so die offizielle Sicht.

Der Islam ist im Iran Staatsreligion. Alle Gesetze und Vorschriften müssen mit der offiziellen Interpretation der Gesetze der Scharia (islamisches Recht) übereinstimmen. Armenische und assyrische Kirchengemeinden dürfen ihre Mitglieder nur in ihrer eigenen Sprache unterweisen. Die offizielle Interpretation der Scharia sieht die Todesstrafe für jeden Muslim vor, der den Islam verlässt, um einen anderen Glauben anzunehmen.

Doch trotz des harten Kurses der Regierung und islamischer Geistlicher gründen Konvertiten immer neue Hausgemeinden. Christen muslimischer Herkunft bilden die Mehrheit der christlichen Minderheit im Iran die derzeit etwa 460.000 Gläubige umfasst. Mehr als drei Viertel der Christen im Land sind ehemalige Muslime. Sie sind es, denen die Schärfe der Verfolgung durch das Regime und islamische Geistliche primär gilt.

Konvertiten werden unter Druck gesetzt, verhaftet, verhört und eingesperrt. Doch auch im sozialen und familiären Umfeld können ihr Glaubenswechsel und der damit einhergehende Bruch mit der Familientradition zu Repressionen führen. Berichtet wird von Arbeitsplatzverlust, Behördenwillkür und Verbannung aus dem Familienverband. Während der letzten Monate des Jahres 2010 sowie Anfang 2011 kam es zu Massenverhaftungen von Christen. Insgesamt wurden im Berichtszeitraum über 200 Personen festgenommen. Diese Zahl entspricht in etwa derjenigen im Berichtszeitraum des vorigen WWI.

Zur jüngsten Verhaftungswelle führten öffentliche christenfeindliche Äußerungen hochrangiger religiöser und politischer Amtsträger. Im Oktober 2010 hatte der oberste geistliche Führer des Irans, Ayatollah Ali Khamenei, in einer öffentlichen Ansprache zum ersten Mal vor der Gefahr durch wachsende Hauskirchen im Land gewarnt. Auch Geheimdienstminister Heydar Moslehi warnte vor der Bedrohung durch christliche Hauskirchen und andere christliche Aktivitäten. Seinen Aussagen zufolge haben «seine Agenten» hunderte von Untergrundgruppen entdeckt, u. a. 200 in der für Muslime heiligen Stadt Mashhad. Als Reaktion auf die Festnahme von Christen kündigte im Januar 2011 der Provinzgouverneur von Teheran, Moreza Tamadon, weitere Verhaftungen in naher Zukunft an. Er übte besonders Kritik an der christlichen Mission, als eine «verdorbene, abweichlerische Bewegung» und nannte sie «eine kulturelle Invasion des Feindes». Die protestantische Bewegung verglich er mit den Taliban und den Wahhabiten im Islam.



In noch jüngerer Vergangenheit soll der Geheimdienstminister Moslehi im Oktober und November 2011 vor der Bedrohung durch christliche Hauskirchen gewarnt haben. Er deutete zudem an, dass neue Anstrengungen unternommen würden, dieses Anwachsen der hauskirchlichen Bewegung im Iran zu bekämpfen. Die öffentliche christenfeindliche Rhetorik hochrangiger Amtsträger ist auch für die gestiegene Zahl von Festnahmen von Christen verantwortlich. Zwar kamen die meisten Festgenommenen später wieder frei, doch der Druck auf Hausgemeinden aus Christen muslimischer Herkunft bleibt unvermindert hoch.

Das Regime hat nach den öffentlichen Unruhen, die den Wahlen von 2009 folgten, an Überzeugungskraft verloren. Im Bemühen, die Aufmerksamkeit von inneren Problemen abzulenken, geht es zunehmend gegen Christen vor. Etliche Christen muslimischer Herkunft sitzen weiter Gefängnis. Ihnen droht die Todesstrafe. Doch im aktuellen Berichtszeitraum gab es keine Berichte von Christen, die ihres Glaubens wegen getötet wurden.

Daher kam es zu einer geringen Abnahme der Gesamtpunktzahl für den Iran. Gleichzeitig erhöhten sich die Punkte für andere Länder unter den Top Ten; infolgedessen rückte der Iran von Platz zwei auf Platz fünf zurück.

Dennoch hat sich die Religionsfreiheit für Christen nicht verbessert. Ihre Situation bleibt sehr ernst. Kurzfristig erwartet Open Doors keine Besserung. Die Furcht iranischer Behörden vor einem weiteren Wachstum christlicher Gemeinden ist nicht unbegründet. Schon jetzt bilden Konvertiten die Mehrheit unter iranischen Christen. Die Neugier und das Interesse am Christentum und an anderen nicht-muslimischen Religionen nehmen im Iran stark zu. Besonders junge Menschen sind von der iranischen Regierung und ihrer Vorgehensweise im Namen des Islams (schiitische Richtung) enttäuscht.

Malediven Platz 6:

Den meisten Menschen sind die Malediven eher als Urlaubsparadies denn als Christenverfolgerstaat bekannt. Doch in dem Inselstaat im Indischen Ozean ist die Ausübung jeder anderen Religion gesetzlich verboten. Christen werden systematisch verfolgt. Die Regierung betrachtet sich selbst als Hüterin und Verteidigerin des Islams. Kirchen sind verboten; die Einfuhr christlicher Literatur ist untersagt. Nicht-Muslime werden diskriminiert, die gesellschaftliche Kontrolle ist enorm. Hierbei wird nicht zwischen einheimischen und ausländischen Christen unterschieden.

Im Vergleich zum vorigen Berichtszeitraum hat sich die Lage für Christen nicht wesentlich verändert. Punktzahl und Platzierung bleiben im aktuellen WVI gleich. Die kleine Zahl einheimischer Christen muslimischer Herkunft kann sich weiterhin nur im Verborgenen treffen.

99 Prozent der rund 311.000 Einwohner des beliebten Urlaubsziels sind Muslime. Während die Behörden alle religiösen Aktivitäten, die ihnen als verdächtig erscheinen, genau überwachen, bleibt auch der Druck durch die Gesellschaft außerordentlich hoch. Zusätzlich hat die Regierung die Kontrolle aller Medien verstärkt.

Die Mehrheit der Bürger unterstützt die repressive Politik gegen nicht-islamische Religionen. Sie sehen Religionsfreiheit eher als Freiheit, den Islam berührende religiöse Themen zu diskutieren. Diese Freiheit existierte unter dem ehemaligen Regime nicht.

Im September 2011 hat das Ministerium für Islam-Angelegenheiten das «Gesetz für religiöse Einheit» aus dem Jahr 1994 verschärft und neue Vorschriften erlassen. Demnach ist das Verbreiten nicht-islamischer Lehren verboten. Nur amtlich genehmigte Prediger dürfen in der Öffentlichkeit sprechen. Sie dürfen dabei keinen Hass gegen Anhänger anderer Religionen schüren. Jede Verletzung des Gesetzes kann mit zwei bis fünf Jahren Haft, der Verbannung oder Hausarrest bestraft werden. Ausländer, die sich hierbei strafbar gemacht haben, werden des Landes verwiesen. Was augenscheinlich positiv klingt, untermauert in Wirklichkeit die bestehende staatliche Politik, dass der Islam ein untrennbarer Teil der kulturellen Identität der Malediver ist. Die Gesetzgebung, welche die Ausübung einer anderen Religion als den Islam untersagt, wird auf diese Weise noch einmal bestätigt.



Die maledivische Regierung sieht sich als Beschützerin und Verteidigerin des Islams. Das zeigte sich vor Kurzem in der Inhaftierung und Ausweisung eines indischen Lehrers. Der 30-jährige Shijo Kokkattu, katholischer Christ und Lehrer an der Raafainu-Schule auf dem Raa-Atoll, wurde bei einer Hausdurchsuchung durch die Polizei Ende September festgenommen. Unter dem Vorwurf, Kokkattu predige Muslimen seinen christlichen Glauben, brachten ihn die Beamten zum Verhör auf eine andere Insel. Shijo Kokkattu arbeitete seit zwei Jahren an der Schule, deren Direktor ihn als «sehr guten Lehrer» bezeichnete. Versehentlich hatte Kokkattu einige christliche Lieder in einem indischen Dialekt sowie ein Marienbild auf den Schulcomputer hochgeladen. Kollegen hatten ihn daraufhin angezeigt.

Im Berichtszeitraum gab es keine Berichte über Christen muslimischer Herkunft, die wegen ihres Glaubens getötet wurden. Doch der Druck auf sie bleibt nach wie vor hoch.

In Anbetracht des strengen Vorgehens der Regierung gegen nicht-islamische Religionen und der damit verbundenen Unterstützung durch die Gesellschaft ist nicht zu erwarten, dass es in den kommenden Jahren zu wesentlichen Veränderungen kommen wird.

Usbekistan Platz 7:

Zum fünften Mal in Folge ist Usbekistan unter den ersten zehn Ländern im WVI 2012 und das am höchsten eingestufte zentralasiatische Land. Die Gesamtpunktzahl hat sich im Vergleich zum vergangenen WVI beträchtlich erhöht.

In dem autoritär regierten Land setzt das Regime auf Machterhalt. Religiöse Aktivitäten werden genau beobachtet. Gegen jede Art von vermeintlichen Extremismus oder subversiven Aktionen gehen Behörden und Sicherheitskräfte rigoros vor. In der jüngeren Vergangenheit waren davon verstärkt christliche Gemeinden betroffen.

Für Christen ist die Ausübung ihres Glaubens im bevölkerungsreichsten Land der Region schwieriger geworden, wenngleich die russisch-orthodoxe Kirche weniger betroffen zu sein scheint. Nach negativen Medienberichten über Christen wuchs auch in Teilen der Gesellschaft die Feindseligkeit gegenüber Christen muslimischer Herkunft. Die Überwachung christlicher Aktivitäten ist intensiviert worden. Aktivitäten staatlich nicht registrierter Gemeinden sind streng verboten; dazu gehören auch Jugendprojekte und soziales Engagement sowie Schulungen von Pastoren etc. Treffen im privaten Kreis werden geduldet. Bibelstunden oder Gebetsversammlungen stehen jedoch immer in der Gefahr, von Sicherheitskräften unterbunden zu werden.

Auch staatlich anerkannte Gemeinden leiden unter zunehmenden Hausdurchsuchungen. Gemeindeglieder wurden mit Geldbußen belegt und schikaniert. Insbesondere Jugendveranstaltungen stehen im Visier staatlicher Behörden; christliche Jugendliche werden eingeschüchtert. Zudem können insbesondere Christen vor Gericht keine faire Behandlung erwarten.

Einer der Hauptgründe für Hausdurchsuchungen in Kirchen ist das Bestreben der Behörden, jegliche christliche Literatur zu beschlagnahmen. Sicherheitskräfte konfiszieren etwa Bibeln, Gesangbücher und theologische Kommentare ebenso sowie DVDs und Computer. Dadurch werden ganze Gemeindebibliotheken, die ohnehin unter außerordentlich schwierigen Umständen zusammengetragen wurden, entwendet.

Weder die Einfuhr von Bibeln und anderer christlicher Literatur ist offiziell erlaubt, noch ihre Herstellung im Lande selbst. Da der Staat auch die Medien kontrolliert und Internetseiten mit religiösem Inhalt blockiert, ist es für Christen schwer, an Bibeln und andere Materialien in irgendeiner Form zu kommen.

In den vergangenen zehn Jahren wurde nur einer einzigen christlichen Gemeinde die Registrierung gewährt. Die amtliche Politik, Christen nicht nur mit Geldstrafen, sondern auch mit kurzen Haftstrafen von



drei bis 15 Tagen zu belegen, wird fortgeführt. Die Zahl der Christen, die dieser Behandlung unterworfen werden, hat sich merklich erhöht. Razzien, Drohungen und Einschüchterungen sind nicht auf ein bestimmtes Gebiet im Land beschränkt, sondern werden aus der Hauptstadt Taschkent ebenso gemeldet wie aus ländlichen Gebieten von Karakalpakstan im Westen bis zum Ferghana-Tal im Osten.

Doch nicht nur die Regierung ist der christlichen Minderheit gegenüber feindselig eingestellt. Der gesellschaftliche Druck insbesondere auf Christen muslimischer Herkunft ist immens. Andere religiöse Gruppen und sogenannte «Mahalla»-Komitees (Nachbarschaftskomitees) beobachten die Christen und zeigen sie an. Nachbarschaft, Familie und islamische Geistliche sind hier die Hauptquellen der Drangsalierung.

In etlichen Fällen haben Christen muslimischer Herkunft ihren Arbeitsplatz verloren, sobald ihr Glaube öffentlich wurde. In Fernsehprogrammen und Talkshows, aber auch in Zeitungen und Radiosendungen werden Christen häufig negativ dargestellt. In manchen Fällen wurden die Zuschauer vor Christen gewarnt und Arbeitgeber dadurch veranlasst, christliche Arbeitnehmer zu entlassen. Auf diese Weise haben etliche Familien ihre Einkommensquelle verloren.

Die Prognosen für usbekische Christen sind nicht ermutigend. Die Behörden haben begonnen, ihren Griff auf alle Gemeinden zu verstärken. Angefacht durch negative Fernsehberichte, nimmt die Feindseligkeit in Teilen der Gesellschaft zu. Eine große Herausforderung für die Gemeinde Jesu in Usbekistan ist – neben der Bewältigung der anhaltenden Repressionen – die Ausbildung und Schulung von örtlichen Pastoren.

Jemen Platz 8:

Der Jemen ist politisch sehr instabil. Terroristische Bewegungen und die regierungskritischen Proteste im Jahr 2011 haben die Lage in dem Land im Süden der Arabischen Halbinsel weiter verschlechtert. Viele Ausländer haben den Jemen verlassen. Regelmäßig ist es dort zu Entführungen von Ausländern gekommen, die für gewöhnlich mit Lösegeldzahlungen oder der Haftentlassung von Clan-Angehörigen im Austausch gegen die Freilassung der Entführten endeten. Vier der im Juni 2009 verschleppten ausländischen Christen werden immer noch vermisst.

Die jemenitische Verfassung garantiert Religionsfreiheit, erklärt aber gleichzeitig den Islam zur Staatsreligion und die Scharia (islamisches Recht) zur Grundlage aller Gesetzgebung. Ausländern werden einige Freiheiten zugestanden, ihren Glauben zu praktizieren. Schätzungsweise einige tausend Christen leben im Jemen. Die meisten von ihnen sind Ausländer aus westlichen Staaten, Süd- und Ostasien oder arabischen Ländern; hinzu kommen Flüchtlinge zumeist aus Äthiopien. In Aden gibt es für ausländische Christen drei katholische und eine anglikanische Kirche, doch im Norden des Landes sind keine Kirchengebäude gestattet.

Jemeniten hingegen dürfen weder zum Christentum noch zu einer anderen Religion übertreten. Konvertiten aus dem Islam droht die Todesstrafe, falls ihr neuer Glaube entdeckt wird. Das Evangelium an Muslime weiterzugeben, ist verboten. Einige Ausländer sind in der Vergangenheit wegen christlicher Aktivitäten des Landes verwiesen worden.

Die Zahl der Christen muslimischer Herkunft wird auf nur einige hundert geschätzt. Sie erfahren Verfolgung durch staatliche Behörden, die eigene Familie und Sippe sowie extremistische Gruppen, die die «Abtrünnigen» mit dem Tod bedrohen, sollten sie nicht zum Islam zurückkehren. Die wenigen Christen muslimischer Herkunft praktizieren ihren Glauben nur heimlich.

Aufgrund der unruhigen und gewaltbelasteten Lage im Jemen war der Informationsfluss zeitweise unterbrochen, so dass insgesamt weniger Informationen über die Situation der Christen erhältlich waren und es zu einer Abweichung von fünf Punkten kommt. Die Gesamtpunktzahl für den Jemen hat sich leicht verringert. Aus diesem Grunde wurde das Land einen Platz niedriger eingestuft.



Wie in anderen islamisch geprägten Ländern gingen auch im Jemen die Bürger auf die Straße und forderten Reformen sowie den Rücktritt des Präsidenten. Sie demonstrierten gegen die hohe Arbeitslosigkeit, die wirtschaftlichen Bedingungen und Korruption. Der Jemen ist das ärmste arabische Land im Nahen Osten. Gravierend sind die weit verbreitete Korruption, das niedrige Bildungsniveau, die Gewalt und die Misswirtschaft im Land. Offiziellen Statistiken zufolge ist jeder dritte Einwohner im Jemen arbeitslos; das betrifft vor allem die jüngere Generation. Beinahe die Hälfte der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze.

Nach drei Jahrzehnten Regierungszeit unterzeichnete am 23. November 2011 der jemenitische Präsident Ali Abdullah Saleh in Saudi-Arabien ein Abkommen zur Machtübergabe. Er übertrug die Führungsgewalt auf seinen Stellvertreter Abd-Rabbu Mansour Hadi. Im Februar 2012 soll es Präsidentschaftswahlen geben.

Die jemenitische Politik ist außerordentlich komplex. Das Land ist tief gespalten zwischen Saleh-Befürwortern und Gegnern. Der Süden des Landes fordert die Unabhängigkeit. Trotz Salehs Rücktritt besteht die Gefahr, dass der Konflikt, in dem sich schiitische Huthi-Rebellen und sunnitische Islamisten gegenüberstehen, blutiger wird. Eine gemeinsame jemenitische Identität gibt es nicht. In dem Land existiert ein autonomes Clan-System. Zudem operieren Gruppen von Al Kaida-Anhängern im Jemen und Rebellengruppen im Norden des Landes.

Irak Platz 9:

Instabilität, Konflikte zwischen den religiösen Ethnien, Bombenanschläge und anhaltender Terror gegen religiöse Minderheiten beherrschen die Berichte aus dem Irak.

Der Exodus von Christen im Irak hält weiter an. Nach Einschätzungen von Open Doors leben nur noch etwa 300.000 Christen im Irak, weniger als halb so viele wie im Jahr 1991. Die meisten gehören traditionellen Kirchen an, wie assyrischen, chaldäischen, katholischen oder armenischen Gemeinden. Zudem gibt es etliche tausend evangelikale Christen. Die Zahl der Christen muslimischer Herkunft wird auf 2.500 geschätzt.

Seit dem Sturz Saddam Husseins hat sich die Lage irakischer Christen beträchtlich verschlechtert. Die Gewalt gegen sie ist vielfältig motiviert: religiös, politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich. Irakische Christen sind seit Jahrhunderten in dem Land verwurzelt. Bereits vor 2.000 Jahren gab es in der Region erste Gemeinden – weit vor der Entstehung des Islams. Heute sind sie der Verfolgung durch kriminelle Banden und radikale Islamisten ausgesetzt, die sie als Verbündete des Westens ansehen. Während der westliche Einfluss im Land abnimmt und ausländische Truppen das Land verlassen, wollen Extremisten offenbar das Land regelrecht von Christen «säubern» und sie durch Gewaltakte und Einschüchterungen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen. Hunderttausende von Irakern, sowohl Muslime als auch Christen, sind bereits ausgewandert, und noch viel mehr leben als Binnenflüchtlinge vor allem in den kurdischen Gebieten im Norden des Landes.

Die irakische Regierung ist nicht im Stande, Rechtsstaatlichkeit durchzusetzen und ein Mindestmaß an Sicherheit zu gewährleisten. Die Korruption steigt auf allen Ebenen stark an. Laut Verfassung ist der Islam Staatsreligion und Quelle der Gesetzgebung. Kein Gesetz darf gegen die Lehren des Islams und die anerkannten Überlieferungen verstoßen. Deshalb leben Muslime, die Christen wurden, gefährlich. Denn nach islamischer Rechtsauffassung wird die Abkehr vom Islam bestraft. Hierfür kann die Todesstrafe verhängt werden, was im Irak von staatlicher Seite bisher aber nicht geschehen ist. Weiter wird verfassungsrechtlich Glaubens-, Religions- und Gewissensfreiheit für alle Bürger garantiert - explizit erwähnt werden dabei Christen, Yeziden und Mandäer (Sabäer). Grundsätzlich wird der Wechsel vom Islam zu einer anderen Religion in der irakischen Verfassung nicht geregelt. Das macht es für Konvertiten aus dem Islam unmöglich, sich auf Glaubensfreiheit zu berufen.



Die Hauptursache für die Verfolgung liegt im islamischen Extremismus. Analysten sehen eine Hauptursache für den wachsenden Extremismus im Abdriften des Iraks in den Einflussbereich des Irans, während gleichzeitig der Einfluss der USA im Land abnimmt. Irakische Christen fühlen sich von ihrer Regierung nicht ausreichend geschützt.

Wenngleich der Terror vonseiten islamischer Extremisten anhält, gab es im abgelaufenen Jahr weniger Berichte über Opfer als im letzten Berichtszeitraum des WVI. Trotz der Verschiebung von einem Platz nach unten, hat sich die Lage für Christen im Irak jedoch keinesfalls verbessert. Christen werden weiterhin bedroht, beraubt, vergewaltigt oder entführt, Kirchen werden angegriffen. Im Berichtszeitraum des WVI 2012-erfuhr Open Doors von 38 getöteten und zwischen 48 und 99 verletzten Christen. Die Zahlen könnten höher liegen. Im vorigen Berichtszeitraum lagen die Zahlen noch darüber: Laut WVI 2011 gab es mindestens 90 tote Christen und 230 verletzte, u.a. nach Sprengstoffanschlägen in Bagdad und auf einen Bus mit christlichen Studenten. Auch die Entführungen von Christen haben abgenommen, obwohl es auch weiterhin zu Verschleppungen kommt.

Im April 2011 explodierte in der Nähe des Hintereingangs einer katholischen Kirche in der Hauptstadt Bagdad eine Bombe. Mindestens sieben Personen wurden nach der Ostersonntagsmesse verletzt. Die Fenster der Kirche gingen zu Bruch. Im August 2011 wurden in Kirkuk Bombenanschläge auf zwei Kirchen verübt. Etliche Menschen wurden verletzt. In zwei weiteren Kirchen der Stadt fand man Sprengkörper. Einen Monat zuvor war in Kirkuk eine neue Kirche eröffnet worden. Die Anschläge könnten eine Reaktion darauf gewesen sein.

Aufgrund der anhaltenden religiös-motivierten Gewalt gegen Christen haben viele das Land verlassen oder sind in die Kurdengebiete im Norden gezogen. Anfang der 1990er Jahre lebten 850.000 Christen im Irak; im Jahr 2003 waren es nur noch 550.000. Anfang 2010 verblieben noch 345.000 Christen im Land. Genaue Zahlen sind schwierig zu ermitteln, zumal mehr als die Hälfte der noch im Land verbliebenen Christen als Binnenflüchtlinge (sogenannte IDPs, Internally displaced person) leben müssen, häufig in den Kurdengebieten oder der Niniveh-Ebene. Heute gibt es schätzungsweise nur noch etwa 300.000 Christen im Irak. Die größte nicht-muslimische Religionsgemeinschaft im Irak steht in der Gefahr, nach 2.000-jähriger Präsenz aus dem Land zu verschwinden.

Der Auszug von Christen im Irak könnte zudem politische und soziale Folgen für die Region haben. Das Forschungsinstitut «Economist Intelligence Unit» erwartet, dass «die Regierung der nationalen Einheit, welche die vier größten politischen Gruppen stellt, weiterhin schwach und gespalten sein wird und einige Blöcke sich zurückziehen werden, um sich der parlamentarischen Opposition anzuschließen.» Man erwartet, dass die Schwäche des Staates den aufständischen Gruppen in die Hände spielt, die ihre Machtbasis ausweiten. Das würde die Lage der Christen weiter verschärfen.

All dies wirkt sich auch auf die Kurdenregion im Norden aus wo viele Christen Zuflucht vor dem Terror gesucht haben. Eine neue beunruhigende Entwicklung ist die Verschlechterung der Lage in eben diesen Autonomen Kurdengebieten. Auch hier ist die Verfolgung mittlerweile auf dem Vormarsch. Die Angriffe islamischer Randalierer vom 2. bis 5. Dezember 2011 auf Geschäfte von Christen und einige vorwiegend christliche Ortschaften im Nordirak zeigen, dass die Zukunft für Christen im gesamten Irak düster ist.

Pakistan WVI Platz 10:

Für traurige Schlagzeilen im Hinblick auf die Christen in Pakistan sorgte im Jahr 2011 die Ermordung zweier hochrangiger Politiker. Am 2. März 2011 wurde der Minister für Minderheiten und römisch-katholische Christ, Shahbaz Bhatti, in der Hauptstadt Islamabad auf dem Weg zu seiner Arbeit in seinem Dienstwagen beschossen. Er verstarb auf dem Weg ins Krankenhaus. Zu der Tat bekannten sich pakistanische Taliban. Dem Bekenner schreiben zufolge wurde Bhatti wegen seiner Bemühungen exekutiert, das Blasphemiegesetz zu ändern: «Wir werden niemanden verschonen, der sich an Akten der Blasphemie beteiligt», hieß es. Der 42-Jährige war der einzige Christ in der Regierung. Er hatte sich ebenso wie der im Januar getötete Gouverneur der Provinz Punjab Salman Taseer für die Freilassung der wegen angeblicher Blasphemie zum



Tode verurteilten Christin Asia Noreen (bekannt als Asia Bibi) und gegen die berüchtigten Blasphemiegesetze eingesetzt. Nach Aussage eines Gemeindeleiters in Karachi war der Mord an Bhatti «eine der entmutigsten Taten der vergangenen Jahre für Christen». Die Position Bhattis im Kabinett wurde abgeschafft und der Posten auf das Niveau der Landesregierungen herabgestuft.

Christen sind in dem islamisch geprägten Land schon lange eine bedrängte Minderheit. Sie machen nahezu drei Prozent der Bevölkerung aus. Alle anderen sind Muslime. Morddrohungen gehören für Pastoren und Gemeindeleiter zum Alltag. Fast jeden Monat kommt es zu tätlichen Angriffen und der Beschädigung kirchlicher Immobilien. Der Druck kommt mehreren Seiten.

Vier weitere Christen wurden im Berichtszeitraum getötet. Zwei von ihnen wurden am 22. März 2011 vor ihrer Kirche in Hyderabad, Provinz Sindh, niedergeschossen. Doch der Trend zeigt eine Verschlechterung der Lage für Christen in Pakistan. In diesem WVI rückt es unter die zehn ersten Länder vor.

Islamische militante Organisationen und eine auf den Regeln des Islams basierende Kultur machen Christen zu Bürgern zweiter Klasse. Gleichzeitig gewährt ihnen Pakistans Gesetzgebung eine gewisse Freiheit, etwa Kirchen zu betreiben. Doch andererseits ist die schwache und korrupte Zentralregierung offenbar weder willens noch fähig, religiöse Minderheiten wie die Christen zu schützen. Pakistanische Christen haben in ihrer Heimat wenige Verbündete. Die Verfolgungsdynamik besteht schon seit vielen Jahren. Einem Bericht des Forschungsinstituts «Pew Research Report» vom Januar 2011 zufolge könnte Pakistan Indonesien noch vor dem Jahr 2030 als Heimat der größten muslimischen Bevölkerung zu übertreffen.

Doch trotz des feindlichen Klimas wächst die christliche Minderheit in Pakistan. Immer wieder treten einzelne Muslime christlichen Gemeinden bei, insgesamt in bemerkenswerter Zahl.

Eritrea Platz 11:

Das ostafrikanische Eritrea ist auf dem WVI 2012 einen Platz vorgerückt. Die leichte Verschlechterung der Lage im Land rührt hauptsächlich auf eine höhere Anzahl von Übergriffen gegen die kleine Gruppe unabhängiger und staatlich nicht anerkannter Christen zurückzuführen. Präsident Isaias Afewerki's Regierung hat Christen, die sich außerhalb staatlich genehmigter Kirchen versammeln, zu Staatsfeinden erklärt.

In Eritrea leidet aber auch die Glaubensgruppe der Zeugen Jehovas unter aggressiver Verfolgung. Hauptziel der Verfolgung ist derzeit ein kleiner Teil der Gemeinde Jesu in dem ostafrikanischen Land. Doch die Verfolgungslage ist so angespannt, dass in naher Zukunft auch anerkannte Kirchen betroffen sein könnten.

Hauptquelle der Verfolgung ist das autoritäre Regime, das seine Macht erhalten will. Sein Rückhalt aus der Bevölkerung ist geschwunden, so dass Christen, die sich außerhalb der staatlichen Zensur versammeln, nicht mehr wie früher verraten werden.

Das Verfolgungsmuster in Eritrea weist deshalb häufig die besondere Dynamik einer staatlich betriebenen Verfolgung auf: Keine spontanen Tötungen durch Einzelpersonen oder von religiösen Führern inspirierte Gruppen, sondern systematisches Handeln durch den Staat. Christen aus der nicht anerkannten Minderheit werden unter Druck gesetzt, damit sie ihre Religion ändern oder verleugnen. Sie werden gefoltert und gezwungen, sich in die staatlich registrierten Denominationen einzureihen.

Zwar ist im vergangenen Jahr kein eritreischer Christ getötet worden, doch starben fünf Christen aufgrund unbehandelter Krankheiten in Haft. Gefangene wurden aus der Haft entlassen, damit sie nicht im Gewahrsam der Regierung sterben. Manchen wurde die medizinische Behandlung verweigert; andere wurden ärztlich nicht angemessen versorgt.

Hausgemeindecristen, die entdeckt wurden, kamen ohne ordentliche Gerichtsverhandlung ins Gefängnis. Aufgrund des harten Vorgehens der Regierung im ganzen Land ist es schwer genau festzustellen, wie



viele Christen in Haft sind. Derzeit sind nach Open Doors-Schätzungen rund 1.000 Christen aufgrund ihres Glaubens landesweit in Polizeistationen, Militärlagern oder Schiffscontainern unter unmenschlichen Bedingungen eingesperrt. Viele sitzen seit Monaten, manche seit Jahren ohne offizielle Anklage oder Gerichtsverfahren ein.

Im Mai 2002 erklärte Präsident Issayas Afewerki alle Kirchen für illegal – darunter über 30 unabhängige Gemeinden. Nur die Eritreisch-Orthodoxe und die Katholische Kirche sowie die Evangelisch-Lutherische Kirche - die bereits seit 1952 im Land vertreten sind, und der Islam sind anerkannt. Seitdem veranlasst die Regierung Kirchenschließungen und verbietet Privatversammlungen. Wer sich außerhalb der staatlich anerkannten Glaubensrichtungen versammelt, z.B. in Privathäusern, kann verhaftet, gefoltert und massiv bedrängt werden, seinen Glauben zu verleugnen. Viele Christen haben seit dem Regierungserlass das Land verlassen. Bei der Mehrzahl der Christen in Eritrea handelt es sich um jene, die seit 2002 zum Glauben gekommen sind.

Die eritreisch-orthodoxe Kirche ist die größte Konfession in Eritrea und gilt als vergleichsweise regierungsnah; auch sie ist jedoch nicht frei. Schenkt man einigen Berichten Glauben, so spionieren manche ihrer Mitglieder Aktivitäten nicht anerkannter Christen aus, um sie der Regierung zu melden.

Die christliche Gemeinde wächst an Größe und Stärke. Doch auch die Verfolgung nimmt zu. Seit dem 20. Juni 2011 werden christlichen Gefangenen Besuche und die Versorgung durch Verwandte verweigert. Im vergangenen Jahr wurde ein hartes Durchgreifen bei Hausgemeinden beobachtet, was zur Inhaftierung von mindestens 23 Jugendlichen führte.

Ein neues Niveau der Verfolgung zeigte sich, als die Regierung von orthodoxen und katholischen Priesteramtskandidaten die Teilnahme am Militärdienst forderte. Geistliche sind normalerweise vom Wehrdienst ausgenommen. Der Widerspruch der betroffenen Kirchen war erfolglos, die Jugendlichen wurden zwangsrekrutiert.

Die Regierung ist enttäuscht darüber, dass es ihr trotz des harten Vorgehens gegen die Hausgemeinden nicht vollständig gelungen ist, deren Aktivitäten einzudämmen. Enthüllungen der Internetplattform WikiLeaks zufolge plant die Regierung, besonders gegen die Leitung solcher Hausgemeinden vorzugehen.

Open Doors erwartet, dass die Verfolgungslage im kommenden Jahr insgesamt unverändert bleibt. Falls die Regierung jedoch beginnen sollte anerkannte Gemeinschaften zu verfolgen oder ihre Aktionen gegen Hausgemeinde auszuweiten, könnte dies zum Widerstand gesellschaftlicher Gruppen gegen die staatlichen Aktionen führen und so auch zu einer Schwächung der Verfolgung beitragen.

Laos Platz 12:

Das ostasiatische Land ist auf dem WVI 2012 nicht mehr unter den ersten zehn vorderen Ländern. Doch hat sich die Situation für Christen im Laufe des vergangenen Jahres nicht wesentlich verändert. Das kommunistisch-atheistische Regime und die Behörden üben auf alle Teile der Gesellschaft eine strenge Kontrolle aus. Das betrifft auch religiöse Aktivitäten.

Nur drei christliche Konfessionen sind staatlich anerkannt und haben die Registrierung erhalten: die Katholische Kirche, die Laos Evangelical Church und die Siebenten-Tags-Adventisten. Anderen kleineren protestantischen Freikirchen wird die Registrierung verweigert. Die Aktivitäten nicht registrierter Gemeinden gelten als illegal. Mitglieder von Hausgemeinden und deren Leiter werden unter verschiedenen Vorwänden verhaftet und zeitweilig in Gewahrsam genommen. Nur sehr vorsichtig können Christen mit anderen über ihren Glauben sprechen, ohne dabei die staatlich gesetzten Grenzen zu überschreiten.

Der Theravada-Buddhismus ist die von der laotischen Regierung bevorzugte Religion. Die christliche Minderheit wird als landesfeindlich eingestuft, da man in ihren Reihen «ausländische Agenten» vermutet. In der Folge kommt es zu Repressionen durch örtliche Beamte, die willkürlich gegen Christen vorgehen.



Staatliche Stellen verhalten sich passiv gegenüber den lokalen Behörden auf Provinz- und Bezirksebene, die die religiösen Rechte sowie die Rechte ethnischer Minderheiten einschränken. Zwar hat es in südlichen Gebieten (z. B. in der Provinz Attapeu) einige Fortschritte gegeben, doch in etlichen Gebieten im Norden des Landes ist es zu einer verschärften antichristliche Haltung gekommen, die sich vor allem gegen Christen aus dem Stamm der Hmong richtet.

Lokalbehörden machen sich oft die vorherrschende negative Haltung der Gesellschaft gegenüber Christen zur Rechtfertigung von Überwachungsmaßnahmen zunutze. Häufig beobachten buddhistische Leiter und Dorfschamanen örtliche Christen genau.

Doch trotz des anhaltenden Druckes von mehreren Seiten und der Unfreiheit wächst die Gemeinde Jesu auch in Laos, vor allem innerhalb von Stammesgruppen. Daher ist die Verfolgungssituation unter diesen Volksgruppen am schlimmsten. Die Mehrheit der laotischen Christen sind Stammesangehörige. Vereinzelt werden Christen festgenommen, inhaftiert und bedrängt, ihren Glauben aufzugeben. Das betrifft besonders Christen aus den Stämmen Katin oder Hmong. Im April 2011 haben mindestens vier Hmong-Christen ihr Leben verloren und etliche weitere wurden verhaftet. Gemeinderäumlichkeiten und andere Besitztümer wurden entweder zerstört oder beschlagnahmt.

Als ermutigendes Zeichen gilt das Eingreifen der Regierung im Fall mehrerer vertriebener christlicher Familien. Die Regierung gab den Familien ein eigenes Stück Land, das sie landwirtschaftlich bestellen können, ihren Kindern wurde der Besuch öffentlicher Schulen erlaubt und Christen wurden in staatliche Krankenhäuser aufgenommen.

Nigeria (Nord) Platz 13:

Die Hauptquelle der Verfolgung von Christen im Norden Nigerias ist der islamische Extremismus. Für den Berichtszeitraum erreichten Open Doors aus Nigeria bestätigte Berichte über mindestens 300 Christen, die aufgrund ihres christlichen Bekenntnisses getötet wurden. Die Dunkelziffer könnte zwischen 1.000 und 1.500 liegen. Auf dem WVI 2012 stieg das westafrikanische Land von Platz 23 auf Platz 13 auf. Das vergangene Jahr war ein Jahr des Terrors für die nigerianischen Christen.

Diese Veränderung wirft ein Schlaglicht auf die strukturelle Entwicklung im Norden des Landes. Dabei geraten religiöse Minderheiten im Scharia-beherrschten Norden Nigerias in einen Teufelskreis, der sie regelrecht zu ersticken droht. Ausschlaggebend hierfür sind die beständigen Spannungen zwischen tief im Machtanspruch des Islams verwurzelten gesellschaftlichen Gruppierungen einerseits und der Zentralregierung andererseits.

Die Serien brutaler Angriffe im Berichtszeitraum zeigen, wie anhaltend gefährdet Christen im Norden Nigerias sind. Vor allem die radikal-islamische Sekte «Boko Haram» (zu Deutsch: moderne Erziehung ist Sünde) verübte mehrfach brutale Gewalttaten. Kein anderer Name steht so für Verfolgung wie Boko Haram. Die Gruppe wurde 2001 gegründet; im Jahr 2009 wurde sie verboten. Nach Rückschlägen durch den Einsatz der Sicherheitskräfte ist es der Gruppe jedoch gelungen, sich neu zu organisieren. Inzwischen hat sie sich zu einer ernstzunehmende Bedrohung nicht nur für Christen entwickelt.

Neben Kirchen, Häusern und Geschäften von Christen griffen Mitglieder der Gruppierung auch staatliche Gebäude, Polizeistationen und selbst Moscheen an, die in ihrem Augen zu moderat in ihren Predigten waren.

Am 12. Juni 2011 zündeten Boko Haram Aktivisten in Maiduguri (nordöstlicher Bundesstaat Borno) eine Bombe und töteten etwa 14 Menschen, darunter einen Pastor und seinen Sekretär. Beide wurden auf dem Kirchengelände erschossen. Christliche Gemeindeleiter in Maiduguri sind beunruhigt. Die Regierung sei zu nachlässig, um den Aktivitäten der Terrorgruppe ein Ende zu setzen. Von 2009 bis November 2011 sind über 50 Kirchen von Sektenmitgliedern zerstört und zehn Pastoren getötet worden. Zahlreiche weitere Christen wurden ermordet.



Die in Nigeria entstandene Boko Haram, die sich mit dem Terrornetzwerk Al-Kaida im Magreb (AQIM) verbündet hat, übernahm auch die Verantwortung für den Bombenanschlag vom 26. August 2011 in Nigerias Hauptstadt, Abuja. Die Explosion einer Autobombe tötete mindestens 19 Menschen und verletzte viele weitere. Das Ziel war die Zentrale der Vereinten Nationen. Dadurch internationalisierte Boko Haram ihren Kampf gegen den westlichen Einfluss in Nigeria.

Ein anderes Gesicht des extremistischen Islams in Nordnigeria ist die allgemeine Unterstützung radikaler Äußerungen gegen Christen durch breite Schichten der Gesellschaft. Islamische Extremisten sind untereinander verbunden.

Die vielen Angriffe und Toten, das ständige Niederbrennen von Häusern oder Kirchen und das Gefühl, diesen Attacken schutzlos ausgeliefert zu sein, schüren besonders unter jugendlichen Christen Rachegeanken. Ende August 2011 übten junge Christen- von muslimischen Jugendlichen provoziert - Vergeltung für den Tod von drei Christen. Berichten nigerianischer Tageszeitungen zufolge, wurden dabei mehr als zwölf Muslime getötet und eine größere Anzahl von Christen verletzt. Auf die christlichen Jugendlichen hatten zuvor entweder Muslime oder Sicherheitskräfte geschossen.

Nach diesem Vorfall erhielten Christen in Jos, der Hauptstadt des zentralen Bundesstaates Plateau, Drohungen aus benachbarten nördlichen Staaten. Open Doors Mitarbeitern in Nigeria berichteten, die Stimmung sei äußerst angespannt, ja geradezu explosiv. Gewaltbereite Muslime in der Region würden offenbar auf einen Zwischenfall warten, um «zum Angriff überzugehen».

Im April 2011 gewann Amtsinhaber Goodluck E. Jonathan von der regierenden volksdemokratischen Partei (PDP), ein Christ, die nigerianische Präsidentschaftswahl. Jonathans Kandidatur löste wegen seiner christlichen Überzeugung eine breite Debatte aus. Ein politisches Abkommen zwischen Muslimen und Christen besagt, dass ein muslimischer Präsident immer durch einen christlichen abgelöst werden muss und umgekehrt. Aus diesem Grund waren die Muslime der Meinung, alle Präsidentschaftsbewerber hätten Muslime sein müssen. Jonathans Sieg löste schwere Unruhen in mehreren nördlichen Bundesstaaten aus. Von Yobe im Nordosten bis zu Sokoto im Nordwesten wurden hunderte von Toten gemeldet. Zahlreiche Kirchen wurden zerstört.

Die Verbindung der Aktivitäten terroristischer Gruppen und die breite gesellschaftliche Unterstützung auf der lokalen Ebene für die weitere Islamisierung Nordnigerias, stellt die Gemeinde Jesu in diesem Teil des Landes vor große Herausforderungen. Das gilt umso mehr, als ein mögliches Ziel der Fanatiker in der Eliminierung aller christlichen Präsenz im «Haus des Islams» besteht.

Für den Bundesstaat Plateau, gelegen an der Grenze zum vorwiegend muslimischen Norden und dem christlichen Süden, ist die Gefahr eines Bürgerkrieges sehr groß. Erschwerend kommt hinzu, dass in dieser Region viele ethnische Gruppen um die Kontrolle von fruchtbarem Land sowie um politische und wirtschaftliche Macht wetteifern.

Während im Laufe des vergangenen Jahrzehnts der Konflikt in erster Linie religiöse und ethnische Züge trug, liegen seine Wurzeln in den schwelenden wirtschaftlichen und politischen Streitfragen und in der rasanten Bevölkerungszunahme. Die Auswirkung der Entwicklungen in Nordnigeria sowie in Plateau liegt noch im Dunkeln.

Im Norden Nigerias leben unter den etwa 70 Millionen Einwohnern schätzungsweise 27 Millionen Christen. Einem Informanten von Open Doors zufolge «stehen etwa fünf Millionen Christen in den nördlichen Scharia-Staaten unter intensivem Druck».

Aufgrund der herrschenden Strukturen und der ausgeprägten Solidarität unter Muslimen und den einzelnen Scharia-Staaten – noch dazu in einer angespannten sozio-ökonomischen Lage – erwartet Open Doors, dass sich die Verfolgungslage in Nordnigeria verschlechtern wird. Es steht zu befürchten, dass auch Chris-



ten aus den bislang ruhigeren Gebieten des Nordens in den Teufelskreis religiös motivierter Gewalt hineingezogen werden.

Mauretanien Platz 14:

Mauretanien ist nicht oft in den Nachrichten und scheint von der internationalen Gemeinschaft vergessen zu sein. Den Leiden der kleinen christlichen Minderheit in dem Land im Nordwesten Afrikas wird kaum Aufmerksamkeit geschenkt. Aufgrund harter staatlicher Restriktionen ist es für christliche Organisationen und Christen im Allgemeinen sehr schwer bis unmöglich, im Lande zu arbeiten.

Nach Somalia und Eritrea ist Mauretanien das afrikanische Land, das auf dem WVI 2012 von Open Doors am höchsten eingestuft wird.

Auch auf dem Government Restrictions Index des US-Forschungsinstituts PEW-Forum wird das Land als «hoch» eingestuft. Diese Zuordnung besagt, dass religiöse Überzeugungen und Praktiken durch Gesetze, Handlungen und die Politik der Regierung stark eingeschränkt werden.

Mauretanien ist stolz auf seine islamische Identität. Abgesehen vom Islam wird keine andere Religion offiziell anerkannt. Die Verfassung des Landes enthält keinerlei Regelungen zur Religionsfreiheit, und seine Gesetze verbieten den Übertritt zum christlichen Glauben. Die Strafe für Apostasie (Abfall vom Islam) ist der Tod. Daher haben einheimische Christen kaum Möglichkeiten, öffentliche Gottesdienste zu feiern. Einzig in kleinen Hausgemeinden können sie sich treffen. Und selbst dies geschieht aus Sicherheitsgründen nur selten.

Etliche Christen wurden in der letzten Zeit getötet. Im Jahr 2009 wurde der US-amerikanische Lehrer Chris Leggett wegen Verbreitung des Christentums von islamischen Extremisten ermordet. Eine junge Frau - sie war vom Islam zum Christentum übergetreten - starb im Mai 2010. Ihr Vater und ihre Brüder hatten sie zuvor misshandelt, weil sie sich weigerte, zum muslimischen Glauben zurückzukehren.

2011 hat sich die allgemeine Lage nicht wesentlich verbessert. Berichten zufolge wurden mehrere einheimische Christen muslimischer Herkunft geschlagen. Über Ermordungen von Christen liegen keine Informationen vor. Der Druck auf Christen hat im Vergleich zum vergangenen WVI jedoch zugenommen.

In Mauretanien ist der Verfolgungsdruck auf Christen muslimischer Herkunft vonseiten der Familie, Stammesmitgliedern und Leitern örtlicher Moscheen sehr hoch.

Etwas Freiheit genießen christliche Gemeinden von Ausländern, doch selbst für sie ist die Situation schwierig. Für mauretanische Christen ist es völlig unmöglich, ihre Gemeinden registrieren zu lassen; daher müssen sie sich im Geheimen versammeln.

Ein extremistischer Islam ist fraglos der Hauptfaktor bei der zunehmenden Verfolgung in dem Land. In jüngster Zeit ist die extremistisch-islamische Ideologie in Mauretanien immer deutlicher zutage getreten. Wie die von den USA finanzierte Nachrichtenseite «Magharebia» kürzlich in einem Länderbericht bemerkte, gewinnen Salafisten durch ihre Bemühungen, strenge moralische Regeln durchzusetzen, zunehmend an Einfluss.

Islamisten erzeugen Spannungen und Opposition gegen Christen. Im Dezember 2011 fragten islamistische Parlamentsmitglieder in der Nationalversammlung die Regierung nach ihrer Haltung gegenüber christlichen Organisationen. Das führte zu einer zunehmenden Überwachung christlicher Aktivitäten. Im Juli 2011 forderte der Rat der mauretanischen Imame die Regierung auf, offensichtliche Apostasie und Missionierung zu kriminalisieren.

Darüber hinaus wächst in Mauretanien der Einfluss von Al Kaida im Maghreb (AQIM). Die Gruppe wird von einheimischen Mauretaniern unterstützt und beobachtet Christen in dem Land. Nördliche Regionen sind



zunehmend unter der Kontrolle extremistischer Muslimgruppen, die zumeist Verbindung zum Terrornetzwerk Al Kaida haben.

Verglichen zum vorigen WVI verschlechterte sich die Lage im Land, wenn auch nicht dramatisch. Auf dem WVI 2012 ist das Land um eine Position abgestiegen, da andere Länder vorgerückt sind. Die Punktzahl ist aufgrund einer leichten Zunahme der Verfolgung sogar gestiegen.

Das zumeist aus Wüsten bestehende Land wird von einem stark repressiven Regime regiert und ist bislang vom «arabischen Frühling» unberührt geblieben, der in einigen Nachbarländern zu drastischen Umwälzungen in Politik und Gesellschaft geführt hat. Der Einfluss des extremistischen Islam nimmt zu, was zu einer verstärkten Unterdrückung von Christen führen wird.

Ägypten Platz 15:

Ägypten ist die Heimat von zehn Millionen Christen – das sind etwa drei Viertel aller Christen des Nahen Ostens. Zwischen dieser großen christlichen Minderheit und der muslimischen Mehrheit gab es von jeher Spannungen. Während der vergangenen Monate haben diese jedoch spürbar zugenommen.

Die Revolution, die zum Sturz von Präsident Hosni Mubarak führte – er trat am 11. Februar 2011 zurück - vereinte Muslime und Christen im Widerstand gegen einen verhassten Diktator. Gemeinsam forderten sie ein Ende der Korruption sowie für ein Lösungskonzept für die strukturelle Armut und die hohe Arbeitslosigkeit. Doch nach dem Umsturz verschlechterten sich die muslimisch-christlichen Beziehungen.

Ägyptische Christen, die ihre neu gefundene Freiheit anfangs genossen, hegten die Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer Lage. In den auf das Verfassungsreferendum folgenden Ereignissen gewannen jedoch die Islamisten die Oberhand. Seitdem ist es der die Regierung nicht gelungen, die notwendige Rechtsstaatlichkeit nicht wiederherzustellen. Die zunehmende Intensität der Gewalt gegen Christen ist ein Hinweis darauf, dass sich die Lage für sie verschlechtert hat. Ägypten überspringt mehrere Positionen im aktuellen WVI von Platz 19 auf Platz 15.

Radikale islamische Fundamentalisten sehen in der gegenwärtigen Situation ihre Gelegenheit politisch Fuß zu fassen. Die Muslimbruderschaft, die dschihadistische Gamaa Islamiyya und die salafistische Ansar al-Sunna Society präsentieren sich auf öffentlicher Bühne. Nach Jahrzehnten der Unterdrückung gründeten islamistische Gruppen politische Parteien, stellten sich zur Wahl und wollen die künftige Entwicklung im Land mitbestimmen.

Die Situation der Christen in Ägypten kam mit dem sogenannten «Maspero-Massaker» Anfang Oktober 2011 wieder in die Schlagzeilen. In Kairo waren überwiegend koptische Demonstranten vor den als «Maspero» bekannten Sitz des staatlichen Fernsehens gezogen, um dagegen zu protestieren, dass immer wieder Kirchen und Christen angegriffen werden. Aus der friedlich begonnenen Kundgebung wurde ein Gewaltexzess: Schlägertrupps griffen Christen an; das Militär ging mit Panzern gegen die Menschengruppen vor. 26 Menschen starben, hunderte wurden verletzt. Die meisten Opfer sollen Christen gewesen sein. Bei den blutigen Ausschreitungen griff das Militär nicht zum Schutz der Christen ein. Im Gegenteil: Soldaten beteiligten sich sogar an den Tötungen. Dieses Massaker kann kaum als isolierter Zwischenfall angesehen werden, sondern ist Teil eines insgesamt negativen Trends, der in der Silvesternacht 2011 mit dem Bombenanschlag auf eine Kirche in Alexandria begann. Dabei wurden zahlreiche Christen getötet oder verletzt. Der enorme Anstieg der Zahl von getöteten und verletzten Christen sowie angegriffener Kirchen und Häuser bedeutet eine deutliche Zunahme der Verfolgung.

Ultra-konservative Salafisten, die für eine strenge Form und konsequente Anwendung islamischer Gesetze wie in der Frühzeit des Islam eintreten, schüchtern weiterhin einheimische Christen ein. Sie blockieren Kircheneingänge und fordern, dass Kirchen aus den Kommunen ausgelagert oder Instandsetzungen von Kirchen verboten werden. Berichten zufolge ist auch die Zahl von Entführungen koptischer Mädchen und Frauen seit der Revolution vom 25. Januar 2011 gestiegen. Frauen werden zur Ehe mit einem Muslim und



damit zum Übertritt zum Islam gezwungen. In ländlichen Gebieten werden Kopten terrorisiert. Sicherheitskräfte schützen sie nicht ausreichend.

Schon während der Regierungszeit Mubaraks wurden christliche Gemeinden unterdrückt. Die Militärrat, der eine zunehmend christenfeindliche Haltung zeigt und Sympathien für die Muslimbrüder hat, wird voraussichtlich auch nach den Parlamentswahlen eine Beibehaltung seiner Kontrolle der Regierung anstreben, wie er es die vergangenen 50 Jahre lang getan hat.

Gemessen an dem öffentlichen Auftreten der Salafisten sieht die Zukunft für Christen und für gemäßigte Muslime düster aus. Sollten sie bürgerliche und politische Rechte erlangen, so könnte dies die Stellung der Christen wesentlich verbessern. Doch diese Perspektive erscheint angesichts der wachsenden Unterstützung der Muslimbrüder und Salafisten durch die wenig gebildete Bevölkerung eher unwahrscheinlich. Nach dem Sieg der radikalen Muslime bei den Parlamentswahlen am 25. November ist mit hoher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass sich die Lage der Christen verschlechtern wird.

Sudan Platz 16:

Die Verfolgung von Christen im Sudan hat im Laufe der vergangenen Monate stark zugenommen.

Der heutige Sudan entspricht dem früheren Nord-Sudan vor der Unabhängigkeit des Südsudans. Das Land ist auf dem WVI 2012 von Platz 35 auf Platz 16 vorgerückt. Diese Veränderung rührt vor allem von einer höheren Zahl von Übergriffen her, bei denen Christen und Kirchen betroffen waren. Die offizielle Zahl getöteter Christen ist niedrig. Doch in den umstrittenen Grenzregionen zum Süden, Abyei, Süd Kordofan und Blue Nile hat es viele tausend Tote gegeben. Religionszugehörigkeit war dabei ein Aspekt, der sich jedoch mit politischen Loyalitäten und dem Streben nach der Kontrolle über Bodenschätze vermischte.

Auch Hunderte, vermutlich Tausende von Christen sind aufgrund ihres Glaubens umgekommen. In der Kriegs- bzw. Bürgerkriegssituation des Landes ist jedoch eine Schätzung schwierig bis unmöglich. Daher ist in die Bewertung des Landes im WVI die Tatsache, dass viele Christen aufgrund ihres Glaubens starben, in die höhere Positionierung allgemein ohne Festlegung einer Zahl eingeflossen.

Christen sind ohnehin in einer exponierten Stellung, da Regierung wie Gesellschaft im Sudan die Religionsfreiheit stark einschränken. Die Hauptquelle für Verfolgung liegt auch hier im islamischen Extremismus.

Der Sudan hat sich am 9. Juli 2011 friedlich in einen muslimischen Norden und den vorwiegend christlich-animistischen Südsudan geteilt. Im nunmehr unabhängigen Süden ist die Religionsfreiheit prinzipiell garantiert. In den sechzehn Bundesstaaten des Nordens jedoch unterliegen sämtliche Bürger dem islamischen Recht (Scharia). Der Präsident des Nordens, Omar al-Bashir, hatte bereits im Dezember 2010 öffentlich angekündigt, dass im Falle einer Teilung des Landes die Scharia, das islamische Recht, noch schärfer durchgesetzt werden würde. Sie gilt als wesentliche Quelle für Recht und Verfassung. Arabisch soll offizielle Sprache werden.

Gleichzeitig unterstützt die muslimische Mehrheitsgesellschaft den Präsidenten, indem sie Verfassungsänderungen fordert, um dem Land einen noch offensichtlicheren islamischen Charakter zu geben. Eigentlich erscheint dies überflüssig, umso mehr, als das islamische Recht in der Praxis bereits stärker als zuvor zur Anwendung kommt. Es scheint, als würden sich islamische Gesellschaftsgruppen und die Regierung vereinen, um eine strenge islamische Gesellschaft zu etablieren.

Die Verfolgung von Christen im Sudan hat verschiedene Quellen: (a) islamische Gruppierungen und weite Teile der Öffentlichkeit, die einen islamischen Staat errichten wollen; (b) die Familie von Christen muslimischer Herkunft; (c) der Staat in seinem Vorgehen gegen anerkannte Christen. Ein Glaubenswechsel wird schlicht nicht anerkannt, jeder islamisch geborene Sudanese gilt zeitlebens als Muslim.



Viele traditionelle Christen haben den Sudan (Nordsudan) in Richtung Südsudan verlassen. Höchstwahrscheinlich wird die Zahl der Christen muslimischer Herkunft im Sudan steigen.

In naher Zukunft wird die Christenverfolgung im Sudan ernsthaft zunehmen. Christen im Lande sind eingeeignet zwischen Islamisierung und Arabisierung. Die Auswirkung eines möglichen Krieges zwischen dem Sudan und dem Südsudan werden für Christen möglicherweise noch katastrophaler sein. Religiös motivierte Übergriffe wären in den Wirren eines Krieges nur sehr schwer auszumachen.

Bhutan Platz 17:

Die etwa 700.000 Bewohner des südasiatischen Landes erleben derzeit, wie sich auf Geheiß von König Jigme Khesar Namgyel (offiziell «Fünfter Drachenkönig») das Land von einer einst absoluten über die gegenwärtige konstitutionelle Monarchie hin zu einer für die Zukunft angestrebten Demokratie wandelt. Im Jahr 2008 fanden die ersten freien Wahlen statt.

Diese Veränderungen betreffen auch Christen in positiver Weise. Auf dem WVI 2012 wird das buddhistisch geprägte Land mit einer geringeren Punktzahl niedriger platziert. Vorjahr war es noch auf Platz 14.

Premierminister Jigme Thinley zufolge fasst «die demokratische Kultur allmählich kräftig Wurzeln». Andererseits will er die kleine christliche Minderheit im Land offiziell nicht anerkennen. Thinley will den Wechsel der Religion generell verhindern: «Es gibt keinen Grund, warum Christen andere zu ihrem Glauben einladen sollten. Dass es in unserem Land Christen gibt, ist gut; wir sind Verfechter einer kulturellen Vielfalt.» Doch es sei «die schlimmste Form von Diskriminierung», wenn Menschen, die einer anderen Religion angehören, andere bekehren wollten.

Das Parlament plant nun die Einführung eines neuen Abschnitts 463 in das Strafgesetzbuch. Danach würde sich jeder Mensch, der andere mit Hilfe falscher Versprechungen oder Bestechung zum Religionswechsel zu überzeugen sucht, strafbar machen. Bhutanesische Christen sehen sich unter Generalverdacht und weisen Anschuldigungen der Zwangsbekehrung durch Geldgeschenke oder andere Vergünstigungen zurück

Obwohl christliche Kirchen noch nicht offiziell anerkannt sind, sucht die Regierung nach Möglichkeiten einer Registrierung. Das Hauptthema bei Verhandlungen wird die Frage des «Evangelisierens» sein. Momentan sehen sich Christen in einer Übergangszeit.

Die Kirche im Bhutan ist keine Untergrundkirche mehr. Christen dürfen sich ohne behördliche Einmischung sonntags in Privathäusern versammeln. In dieser Hinsicht hat sich die Lage für Christen beachtlich verbessert. In entlegenen Ortschaften treffen sie allerdings nach wie vor auf Schwierigkeiten.

Die Lage der Christen bleibt vage, solange ihr Status nicht offiziell geregelt ist. Eine weitere positive Entwicklung ist, dass keine Berichte über Christen vorliegen, die verhaftet, körperlich misshandelt oder in anderer Form geschädigt worden sind. Gelegentlich kommt es zu Diskriminierungen.

Ob die christliche Minderheit eine Zunahme an Religionsfreiheit erleben wird, hängt weitgehend davon ab, wie die geplanten Regelungen im Strafrecht (Antibekehrungsgesetz) ausgelegt werden. Zudem muss der Prozess um die Anerkennung und Registrierung von Gemeinden sowie die Etablierung von religiösen Rechten und Pflichten festgelegt werden. Man kann den Umgang mit der christlichen Minderheit als Testfall im Hinblick auf eine demokratische Entwicklung im Land ansehen.

Turkmenistan Platz 18:

In Turkmenistan unterliegen Christen weiterhin der engen Überwachung durch die Behörden. Weder die leichte Abnahme der Punkte noch die niedrigere Einstufung bedeuten, dass sich die Lage für die christli-



che Minderheit wesentlich verbessert hat. Allerdings kam es im Berichtszeitraum zu keinen Entführungen von Christen oder Angriffen auf Häuser.

Wie in anderen zentralasiatischen Ländern muss zwischen der Situation staatlich anerkannter registrierter und nicht registrierter Gemeinden unterschieden werden. Großkirchen wie die russisch-orthodoxe Kirche scheinen weniger von Repressionen betroffen zu sein. Jede nicht registrierte religiöse Aktivität ist strikt verboten.

Eine Registrierung zu erlangen, ist ein mühsamer bürokratischer Vorgang. Für indigene turkmenische Gemeinschaften ist es schlicht *unmöglich*; für die anderen ist es *schwierig*. Doch selbst registrierte Gemeinschaften haben große Schwierigkeiten, einen Versammlungsort zu finden, oder gar eine gottesdienstliche Versammlung unter freiem Himmel abzuhalten. Polizei und Geheimdienst beobachten jede christliche Aktivität sehr genau.

Die niedere Beamtenschaft und Ortsbehörden sind Christen gegenüber im Allgemeinen sehr voreingenommen. Dutzende von Christen wurden für jeweils kurze Zeit in Haft genommen. Die strenge Überwachung macht es Kirchen schwer, ihre Mitglieder zu unterweisen. Herstellung und Import religiöser Literatur sind verboten. Registrierte Gemeinschaften dürfen eine Importgenehmigung beantragen, normalerweise wird der Antrag jedoch abgelehnt.

Im Berichtszeitraum konnten turkmenische Gemeinden keine Bibeln, Kommentare, Gesangbücher usw. einführen. Indigene Christen muslimischer Herkunft stehen vor besonderen Problemen, da sie mit der offenen Feindseligkeit der eigenen Familie, von Freunden und Nachbarschaft zurechtkommen müssen. Sie stehen unter dem ständigen Druck, ihrem neuen Glauben abzuschwören.

Der turkmenische Pastor Ilmurad Nurliev ist nach seiner Verurteilung zu vier Jahren Gefängnis weiterhin in Haft. Ihm wurde im Oktober 2010 aufgrund falscher Vorwürfe der Prozess gemacht. Von bisherigen Amnestien blieb er ausgenommen.

Wie für alle anderen zentralasiatischen Staaten ist der Ausblick auch für Turkmenistan nicht sehr positiv. Solange die Behörden Christen als zerstörerisches Element für die Gesellschaft betrachten, ist keine Änderung zu erwarten.

Vietnam Platz 19:

Vietnam gehört zu den Ländern, die trotz gestiegener Bewertungspunkte eine Position nach hinten gerückt sind. Das ist vor allem der verschlechterten Lage der Christen in Ägypten geschuldet. Daher kann der Abstieg des südostasiatischen Landes auf der Liste nicht mit einer Verbesserung der Lage gleichgesetzt werden. Das Gegenteil ist der Fall.

Die vietnamesischen Behörden behalten alle christlichen Aktivitäten im Lande fest im Blick. Christen sind häufig mit behördlicher Willkür konfrontiert. Oft werden sie beschuldigt, «gesellschaftliche Unruhen» zu verursachen, «die örtliche Regierung zu bekämpfen» oder ihnen wird «Subversion» vorgeworfen.

Kirchliche Leiter werden überwacht und müssen hinsichtlich ihrer Äußerungen und Handlungen sehr vorsichtig sein. Christen werden regelmäßig von der Geheimpolizei verhört, besonders, wenn sie mit anderen über ihren Glauben gesprochen haben. Berichte zeigen, dass die vietnamesische Armee im Mai und Juli 2011 zwei Dörfer christlicher Hmong angegriffen hat. Bei diesen Attacken wurden mindestens 16 Personen verletzt. Auslöser für diese Angriffe war eine Mischung aus der staatlich forcierten marxistisch-leninistischen Ideologie und der ständigen Vernachlässigung der ethnischen Minderheiten, die im Grenzgebiet von Kambodscha und Laos leben.

Besonders auf lokaler Ebene kommt es zu Willkür seitens der Behörden. Der Grad religiöser Freiheit in einer Region oder einer Ortschaft hängt stark davon ab, wie «kommunistisch» sie ist. Die lokalen Behör-



den legen fest, was Christen erlaubt wird und was nicht. Einige Ortsvorsteher sind eifrig bemüht, traditionelle, religiös-animistische Praktiken durchzusetzen. Wer diese Praktiken ablehnt, wird von Nachbarn angefeindet, mitunter sogar aktiv verfolgt.

Christen, die ethnischen Minderheiten und Stämmen angehören, sind am meisten von Verfolgung und Benachteiligung aufgrund ihres Glaubens betroffen. In Stammesgebieten stoßen sie auf Widerstand durch religiöse Dorfführer und Schamanen. Besonders dann, wenn Christen in ihr Dorf kommen, um das Evangelium zu verkündigen. Deswegen überwachen sie jene, die Konvertiten helfen und berichten den Ortsbehörden über ihre Aktivitäten. Unter Einsatz ihrer starken gesellschaftlichen Stellung beeinflussen örtliche religiöse Führer kommunale Behörden oft dahingehend, Maßnahmen gegen das zunehmende Wachstum von christlichen Gemeinden zu ergreifen. In ländlichen Gebieten müssen Christen in sehr schwierigen Umständen leben. Evangelisation und christliche Unterweisung erfolgen heimlich.

Solange Christen beschuldigt werden, aufgrund ihres Glaubens gesellschaftliche Unruhen zu verursachen – sei es vor Gericht oder durch die dörfliche Gesellschaft – ist eine echte Besserung der Lage unwahrscheinlich. Anhaltende Streitigkeiten in den Stammesgebieten führen dazu, dass sich die Diskriminierung vietnamesischer Christen verfestigt. Ihnen wird die Anerkennung als Bürger verweigert, die in der gegenwärtigen Lage einen wertvollen Beitrag für ihr Land und die Gesellschaft leisten können.

Tschetschenien Platz 20:

Tschetschenien ist formal immer noch Teil der Russischen Föderation, doch die Unabhängigkeitskriege während der 1990er Jahre gegen islamische Rebellen und die russische Armee sind der Allgemeinheit noch in Erinnerung. Weiterhin bestehen in dem Land im Nordkaukasus Spannungen, und gelegentlich kommt es zu terroristischen Anschlägen – auch im benachbarten Dagestan und anderen nordkaukasischen Regionen –, obwohl Russland viele separatistische Führer getötet hat und es 1999 gelang, ein moskautreundliches tschetschenisches Regime einzusetzen.

Tschetschenien ist eins der Gebiete in Russland, wo der Islam eine wichtige Rolle spielt. Offiziell gilt in Tschetschenien die russische Gesetzgebung, aber es gibt auch einige örtliche Vorschriften, welche die Religionsfreiheit einschränken.

Das Regime des tschetschenischen Präsidenten Ramzan Kadyrov hat seine Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, die Scharia einzuführen, was noch nicht erfolgt ist. Die Regierung hat jedoch bereits Kleidervorschriften erlassen. Einer unausgesprochenen Regel zufolge müssen alle Frauen, die für die Regierung arbeiten, bei der Arbeit ihren Kopf bedecken, und alle für die Regierung tätigen Männer müssen freitags eine besondere Kleidung anziehen. Langsam aber sicher wird das Land islamisiert.

Es wird angenommen, dass der Prozess dieser allmählichen Islamisierung vom tschetschenischen Regime aus Pragmatismus durchgeführt wird, um dem Druck islamistischer Gruppen nachzukommen, die im ganzen Land noch sehr stark sind. Das seit langem existierende Bestreben, Tschetschenien in ein all-islamisches Kalifat umzuwandeln, wird auch unter der Regierung Kadirovs aufrecht erhalten. In Grosny, der Hauptstadt von Tschetschenien, wurde die größte Moschee im Kaukasus erbaut. Die Jugend ist sowohl von der korrupten Regierung als auch von der grassierenden Arbeitslosigkeit enttäuscht.

Alle einheimischen Christen sind Christen muslimischer Herkunft und leiden unter staatlicher und familiärer Unterdrückung. Es gibt nur wenige Versammlungen tschetschenischer christlicher Gruppen, und diese haben nicht mehr als drei bis fünf Mitglieder. Örtliche Beamte und Verwandte überwachen die Aktivitäten von Christen und setzen sie unter starken Druck, zum Islam zurückzukehren.

Wie in anderen Ländern ist die Christenverfolgung nicht nur religiös, sondern auch politisch motiviert, da das Christentum mit Russland in Verbindung gebracht wird, mit dem man einen Krieg hatte. Tschetschenische Christen, deren Glaube bekannt wird, gelten als Verräter am Islam und an der Gesellschaft.



Der Übertritt zum Christentum ist für die Familie eine große gesellschaftliche Schande, und manchmal wird der «Schuldige» getötet, um die Ehre wieder herzustellen. Gemeinschaft mit anderen Christen zu pflegen oder den eigenen Glauben offen zu bekennen, ist fast unmöglich. Die Gemeinde Jesu in dem Land muss viele Nöte ertragen. Menschen, deren christlicher Glaube entdeckt wurde, erhielten ernstzunehmende Todesdrohungen und mussten das Land verlassen.

Das allgemeine religiöse Klima in Tschetschenien ist immer islamisch geprägt gewesen, und der Einfluss des Islams nimmt zu. Das einzige, was die Islamisierung des Landes eindämmt, ist seine politische Abhängigkeit von Russland. Tschetschenien bleibt einer der schwierigsten Orte für Christen.

China Platz 21:

Erstmals befindet sich China nicht mehr unter den ersten 20 Ländern im WVI. Das liegt jedoch daran, dass die Verfolgung in anderen Ländern zugenommen hat. Die Situation der Christen in China bleibt relativ unverändert.

Es werden hitzige Diskussionen darüber geführt, wieweit sich die Lage der Christen wirklich verbessert hat. Während einige Kommentatoren die Verfolgung als beendet sehen, sind andere der Meinung die Lage habe sich sogar verschlechtert. Die Antwort ist eine Mischung aus beiden.

Das Christentum setzt sein sehr schnelles Wachstum im heutigen China fort. Offiziellen Angaben aus dem Jahr 2011 zufolge gehören 23 Millionen Christen der staatlich anerkannten registrierten chinesischen protestantischen Kirche (Drei-Selbst-Patriotische Kirchen) an. Darüber hinaus gebe es zwischen 40 und 50 Millionen nicht registrierte Christen (Hausgemeindecristen). Einige andere Schätzungen liegen weit höher. Open Doors geht von insgesamt 80 Millionen Christen in China aus.

Die Verstärkung hat noch einen weiteren Typus von Hausgemeinde hervorgebracht: die sogenannte «Dritte Kirche». Hierbei handelt es sich um meist gut ausgebildete urbane Christen, häufig in gehobenen beruflichen Positionen. Auch diese nicht anerkannten Gemeinden haben mit behördlicher Willkür zu rechnen. Zu ihren Mitgliedern gehören u.a. Universitätsprofessoren, Ärzte, Anwälte und KP-Parteimitglieder. Diese Bewegung gehört zu den am schnellsten wachsenden christlichen Gemeinschaften in China. Die ihr angehörenden Kirchen streben in ihrem Gottesdienst und ihrem Verhältnis zum Staat eine größere Offenheit an und verpflichten sich zum Engagement für die Bedürfnisse der Gesellschaft. Um staatliche Einmischung fernzuhalten, begrenzen sie ihre Versammlungsgröße bei Gottesdiensten auf 200 Besucher, obwohl viele von ihnen in Großstädten für sonntägliche Treffen große Räumlichkeiten anmieten. Dabei machen sie sich eine rechtliche Grauzone im Hinblick darauf zunutze, ob derartige Gemeinden Immobilien besitzen und unabhängig funktionieren dürfen.

Mehr als 450 ausländische kirchliche Organisationen und Gruppen sind heute in China aktiv. Hausgemeindecristen dürfen Konferenzen im Ausland abhalten und bitten häufig um Hilfe, um ihre Mitglieder angesichts des zunehmenden Materialismus zur Nachfolge Jesu anzuleiten.

Viele christliche Arbeitgeber halten mit ihren Fabrikangestellten Bibelstunden ab. Einige christliche Netzwerke bieten humanitäre Hilfe an. Überall im Land entstehen christliche Buchläden. Für Millionen von Christen, wenn auch nicht für alle, ist durch das Internet ein noch nie dagewesener Zugang zu Predigten, Bibelübersetzungen und sogar zu interaktivem Gebet und Seelsorge möglich.

Zudem berichten Informanten aus dem Netzwerk von Open Doors, dass Regierungsvertreter einen offenen Dialog mit ausgewählten Hausgemeindecristen geführt haben. was viele Christen hoffen lässt, dass die Regierung «endlich versteht, dass Hausgemeinde-Christen keine politische Bedrohung für den Staat sind».

Es gibt außerdem Anhaltspunkte dafür, dass die Regierung Partner finden muss für den Umgang mit dem moralischen Vakuum, das sich infolge der «kapitalistischen Vetternwirtschaft», der Korruption und der



gesellschaftlichen Ungleichheit in China entwickelt. Möglicherweise zieht die Regierung christliche Kirchen als einen solchen wertvollen Alliierten in Betracht. Viele sehen den positiven Wandel in der Haltung politischer Leiter als Resultat des Engagements der Hausgemeinden nach dem Erdbeben in der Provinz Sichuan vom Mai 2008.

China ist immer noch ein Einparteiensstaat mit einer Regierung, die den meisten Christen nicht ihre vollen religiösen Rechte gewährt. Selbst denjenigen, die staatlich sanktionierte Drei-Selbst-Kirchen besuchen, ist die Ausübung ihres Glaubens nur innerhalb der genehmigten Kirchengebäude erlaubt.

Die Regierung hinderte im Oktober 2010 eine christliche chinesische Delegation daran, zu einem Kongress nach Kapstadt/Südafrika zu reisen. Ihnen wurde verboten, den der Tagung vorausgegangenem Lausanner Vertrag zu unterzeichnen. Dieser sieht ein deutlich breiter angelegtes Engagement zur Weitergabe des christlichen Glaubens vor, als China derzeit gestattet.

Für Schlagzeilen sorgte im Jahr 2011 auch die große Shouwang-Hausgemeinde in der Hauptstadt Peking. Sie strebte durch ihr Vorgehen bewusst eine offizielle Klärung der rechtlichen Stellung von Hausgemeinden an, besonders in der Frage ob eine Hausgemeinde Eigentum besitzen darf, ohne Teil der offiziellen Kirche zu werden.

Die 1000-Mitglieder große Shouwang-Gemeinde wurde durch behördliches Eingreifen daran gehindert, ein von ihr angestrebtes Gebäude zu kaufen oder auch nur zu nutzen. In der Folge versammelten sich seit April Gemeindeglieder zum Gottesdienst an öffentlichen Plätzen. Daraufhin kam es zu Festnahmen. Einer der Pastoren wurde unter Hausarrest gestellt. Der Organisation «China Aid» zufolge wurden seitdem mehr als 700 Gemeindeglieder kurzzeitig in Haft genommen.

Es muss hinzugefügt werden, dass die bewusste Provokation der Shouwang-Gemeinde gegenüber der Regierung von anderen Hausgemeindeführern kritisiert wurde. .

Wer in China für die Rechte von Christen kämpft oder Aktivisten unterstützt, muss weiterhin mit Repressalien rechnen. Pastor Shi Enhao wurde im Juli 2011 zu zwei Jahren Arbeitslager verurteilt, mutmaßlich wegen der Organisation «illegaler Versammlungen» - ein staatlicher Euphemismus für Hausgemeinden. Der tatsächliche Grund war jedoch seine Zugehörigkeit zu einer Organisation mit dem Namen «Chinesische Hausgemeinden-Allianz». 17 ihr angehörende Pastoren hatten dem nationalen Volkskongress am 10. Mai 2011 eine Petition für mehr Freiheit vorlegt.

Auch Christen und Unterstützer von christlichen Gemeinden im Uigurischen Autonomen Gebiet Xinjiang sehen sich schweren Bedrängnissen gegenüber. China greift hart gegen muslimischen Extremismus durch. Der Hausgemeindeführer Alimujiang Yimiti aus Xinjiang kam im August 2009 für 15 Jahre in Haft, weil er angeblich «ausländische Organisationen unrechtmäßig mit Staatsgeheimnissen versorgt» hatte.

Der Organisation «China Aid» zufolge wurden mehr als 300 Christen in elf chinesischen Provinzen inhaftiert; nur wenige wurden verurteilt.

In den kommenden Jahren ist keine größere Veränderungen in der Dynamik Kirche – Staat zu erwarten, besonders in Anbetracht der angespannten politischen Stimmung, die jedem Wechsel an der Führungsspitze vorausgeht: Im Herbst 2012 wird der Parteivorsitz und im Frühjahr 2013 für die Staatsführung neu geregelt.

Die chinesische kommunistische Partei ist nicht bereit, in naher Zukunft die Macht zu teilen. Solange dies der Fall ist, wird die Gemeinde Jesu nur in dem Maß frei sein, wie sich die Partei nicht von ihr bedroht fühlt. Auch wenn es gewisse Freiräume für Gemeinden und Dienste gibt, sind die Verhaltensregeln meist unklar. Da die neueren Hausgemeinden (Dritte Kirche) aktiv mehr Gerechtigkeit und Einfluss in der Gesellschaft zu anstreben, könnte die Situation sich wieder verschlechtern.



Katar Platz 22:

Wie in anderen arabischen Ländern war das Jahr 2011 auch in Katar geprägt von sozialen Unruhen, wenn auch die Stellung des regierenden Emirs nie bedroht war. Einer der Gründe dafür ist, dass der Emir die Gehälter im öffentlichen Sektor um 60 Prozent erhöht hat.

Fast alle Bürger und Staatsangehörige Katars sind der Definition nach entweder sunnitische oder schiitische Muslime. Staatsreligion ist ein streng konservativer Islam. Die Mehrheit der schätzungsweise über 1,8 Millionen Menschen in Katar sind ausländische Gastarbeiter, die teilweise unter sklavenähnlichen Bedingungen arbeiten müssen.

Es gibt rund 90 000 Christen im Land, die meisten von ihnen sind Ausländer. Katholische, anglikanische, orthodoxe, koptische und asiatisch-christliche Kirchen besitzen einen Rechtsstatus. Doch die Treffen dürfen nur von Ausländern besucht werden. Die Anerkennung als Kirche ist schwer zu erlangen: Mindestens 1.500 eingetragene Mitglieder sind erforderlich.

Die Verfassung Katars erklärt: «Die Freiheit zum Praktizieren religiöser Riten in Übereinstimmung mit dem Gesetz und den Erfordernissen der öffentlichen Ordnung und Moral soll allen Personen garantiert sein.» Doch tatsächlich erfahren auch ausländische Christen bei der Ausübung ihres Glaubens Einschränkungen. Die Weitergabe des christlichen Glaubens an Muslime ist strikt verboten. Öffentliche Gottesdienste sind nur auf zugewiesenen Grundstücken erlaubt. Beim Evangelisieren erappte Ausländer werden häufig abgeschoben. Einigen wurde später die Erneuerung ihres Visums verweigert.

Während des Berichtszeitraums sind weiterhin ausländische Gastarbeiter wegen christlicher Aktivitäten des Landes verwiesen worden, aber weniger als im vorigen Berichtszeitraum.

Ein Muslim, der vom Islam zu einer anderen Religion übertritt, gilt als Abgefallener (Apostat) und kann mit der Todesstrafe belegt werden. Seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1971 ist noch keine Hinrichtung vollstreckt oder eine andere Bestrafung wegen Apostasie gemeldet worden. Dennoch sehen sich Christen muslimischer Herkunft schwerer Verfolgung seitens ihrer Familien und Kollegen oder auch durch die Regierung ausgesetzt, die ihren Glaubenswechsel nicht anerkennt und sie weiterhin als Muslime betrachtet.

In Abständen erhält Open Doors Meldungen, dass Christen muslimischer Herkunft ihres Glaubens wegen von ihrer Familie, welche die Bekehrung als eine Verletzung der Familienehre betrachtet, misshandelt werden. Folge dieser Unterdrückung ist, dass Konvertiten ihren neuen Glauben geheim halten.

Die Gesamtpunktzahl für Katar ist leicht zurückgegangen, daher die Abstufung von Platz 17 auf Platz 22. Doch hat sich die Lage für Christen im Allgemeinen nicht wesentlich verbessert. Open Doors gingen jedoch keine Berichte über Misshandlungen von Christen zu - wenngleich diese im familiären Kontext stattgefunden haben könnten. Überdies sind weniger christliche Gastarbeiter wegen ihrer christlichen Aktivitäten abgeschoben worden.

Es ist schwer einzuschätzen, wie die Zukunft für Katar aussehen wird. Solange das Volk durch steigende Löhne oder anderer positiver Effekte aus dem «arabischen Frühling» in positiver Stimmung bleibt, kann der Status quo in dem öl- und gasreichen Golfstaat weiterhin aufrechterhalten werden. Seit den letzten Unruhen im Nahen Osten scheint die örtliche Bevölkerung offener zu werden für einen Wandel. Dies könnte auch der Beginn einer offeneren Haltung gegenüber dem christlichen Glauben sein.

Algerien Platz 23:

Die Großdemonstrationen gegen das autoritäre Regime in Algerien begannen im Dezember 2010 und führten zur Aufhebung des 19-jährigen Ausnahmezustandes – was symbolische Bedeutung hat. Er war ausgerufen worden, um die algerischen Behörden in den 1990er Jahren im brutalen Konflikt mit islamistischen Rebellen zu unterstützen.



Die jüngsten Proteste in dem nordafrikanischen Land, bei denen fünf Menschen getötet und mehr als 800 verletzt wurden, sind aufgrund massiver polizeilicher Unterdrückung nach nur wenigen Monaten gestoppt worden. Anders als in benachbarten Ländern, führten diese Demonstrationen zu keinen Veränderungen der Machtverhältnisse. Die Militärregierung unter Präsident Abdelaziz Bouteflika bleibt weitgehend unverändert im Amt. Ihr Fortbestehen war durch die Aufhebung des Ausnahmezustandes nicht wirklich bedroht.

Die Politik Algeriens der letzten Zeit wird von hoher Instabilität charakterisiert. Die Unterdrückung von Christen blieb indes konstant. Kirchliche Leiter deuten an, dass der Druck auf Christen sogar zugenommen hat.

Die sehr junge algerische Kirche - die vor allem aus Christen der ersten Generation besteht - ist mit vielen Arten von Diskriminierung durch den Staat und Familienmitglieder konfrontiert. Vom «arabischen Frühling» in anderen nordafrikanischen Ländern ermutigt, verstärken islamistische Gruppen, insbesondere die Salafisten, ihren Druck auf eine Regierung, die bereits mit islamischen Parteien zusammenarbeitet. Die Islamic Salvation Front (FIS) bleibt weiter verboten.

Islamisten treten immer sichtbarer auf und überwachen die Aktivitäten von Christen. Die Verfassung Algeriens erklärt den Islam zur Staatsreligion und verbietet religiösen Organisationen jede Aktivität, die den Lehren und Moralvorstellungen des Islam entgegensteht. Ein im September 2006 in Kraft getretenes Anti-Missionsgesetz - Vorschrift 06-03 - beschränkt die Ausübung nicht-islamischer Religionen, indem etwa öffentliche religiöse Versammlungen wie Gottesdienste verboten werden.

Algerien fiel im WVI 2012 um einen Platz zurück, während gleichzeitig die Gesamtpunktebewertung stieg. 2011 verschlechterte sich die Lage für Christen in Algerien etwas; die Zahl der gemeldeten Zwischenfälle hat sich erhöht. Ein Beispiel dafür ist der Fall von Karim Siaghi. Der Christ muslimischer Herkunft wurde im Mai zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Ihm wird zur Last gelegt, einem Nachbarn auf dessen Bitten hin eine christliche CD geschenkt und den Propheten Mohammed beleidigt zu haben.

Ein weiteres Verfolgungsbeispiel sind die Kirchenschließungen durch den Gouverneur der Provinz Bejaïa. Seiner Aussage zufolge waren alle Kirchen in der Provinz illegal, weil sie nicht registriert waren. Seit Inkrafttreten der Vorschrift 06-03 im Februar 2008 hat die Regierung jedoch keiner neuen Kirchengemeinde die Registrierung genehmigt. Daher versammeln sich Christen weiterhin in inoffiziellen «Hauskirchen», bei denen es sich oft um Privatwohnungen oder Büros von Gemeindemitgliedern handelt. Einige dieser Gruppen kommen offen zusammen, während andere heimlich in Privathäusern Gottesdienst halten.

Die dem Anschein nach positive Nachricht, dass die algerisch-protestantische Kirche (EPA) nach vielen Jahren endlich die Registrierung erlangte, stellte sich als Enttäuschung heraus. Zwar sind die genauen Gründe für den Beschluss der Zentralregierung nicht bekannt, die EPA als Dachorganisation protestantischer Gemeinden anzuerkennen, doch wird vermutet, dass die Regierung bei der internationalen Gemeinschaft einen guten Eindruck machen wollte. Faktisch bringt die Anerkennung kaum mehr Freiheiten. Denn auch weiterhin müssen einheimische Gemeinden einzeln anerkannt werden und dafür die Registrierung erlangen. Die Registrierung der EPA hat in der Praxis sogar zu mehr Kontrolle geführt. Auf lokaler Ebene intensivierte sich die Unterdrückung, und keine der EPA angehörenden Ortsgemeinden ist registriert worden. Es wurde über die Schließung örtlicher Kirchen und die Inhaftierung von Christen berichtet. Für das kommende Jahr werden keine Verbesserungen der Lage algerischer Christen erwartet.

Komoren Platz 24:

Obwohl die Komoren auf dem WVI 2012 von Position 21 auf 24 abgestiegen sind, hat sich die Situation der Christen nicht verändert. Zwar wurde Open Doors kaum ein Vorfall gemeldet, doch die staatlichen Begrenzungen bleiben eng.



Nach einer im Mai 2009 durchgeführten Volksbefragung wurde die Verfassung des Inselstaates im Indischen Ozean geändert und das Land als islamischer Staat ausgerufen. Dieser Schritt bedeutet eine schwere Einschränkung der Religionsfreiheit. Das Strafrecht verbietet die Werbung zum Übertritt zu einer anderen Religion als dem Islam. Jeder vom Islam zum Christentum Übergetretene kann strafrechtlich verfolgt und vor Gericht gestellt werden.

Deshalb operieren Christen muslimischer Herkunft in Untergrundgemeinschaften. Nur Ausländern ist es erlaubt, sich zu versammeln. Die Polizei ist wachsam und vernimmt Ausländer eingehend. Die öffentliche Verteilung von Bibeln und christlicher Literatur oder der Versuch, Muslime zu bekehren, wird schwer bestraft. Ausländische Christen können ausgewiesen werden.

Die einheimische muslimische Gemeinschaft übt enormen Druck auf nicht-muslimische Bürger und Ausländer aus, damit sie auf den Komoren, vor allem im Ramadan, islamische Riten praktizieren. Dies schüchtert Nicht-Muslime ein, so dass sie ihre Gottesdienste in Abgeschiedenheit feiern. Eine derartige Härte vonseiten der Gesellschaft ist ungewöhnlich. Die meisten Bürger kennen einander gut und gehen unabhängig vom Glauben friedlich miteinander um. Der Einfluss radikaler Elemente aus dem Iran veranlasst jedoch Muslime in örtlichen Moscheen dazu, hinsichtlich christlicher Aktivitäten wachsam zu sein. Ein Informant äußerte gegenüber Open Doors: «Sie verunglimpfen den christlichen Glauben fortwährend, schüren die Emotionen und fördern so Verfolgung.»

Der iranische Einfluss geht auf Ahmed Abdallah Mohamed Sambi zurück, den vorigen Präsidenten der Komoren. Er wurde im Mai 2006 gewählt. Sambi war Geistlicher und Geschäftsmann und hat im Iran islamische Politiktheorie studiert. Zudem war er ein enger Freund des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad. Sie entwickelten im Jahr 2006 bilaterale Beziehungen für Wirtschaftsfragen sowie den Forschungs-, Technologie- und Informationsaustausch. Seither haben die beiden Länder kulturelle und politische Gemeinsamkeiten und pflegen enge Beziehungen. Der politische und religiöse Einfluss des Irans war bereits in der Vergangenheit sehr stark; seit dem Tod des libyschen Diktators Muammar al-Gaddafi, der mit dem Iran zu konkurrieren versuchte, ist er sogar noch gewachsen.

Christen muslimischer Herkunft haben dem Verfolgungsdruck widerstanden. In einigen Teilen der Gesellschaft genießen sie jetzt mehr Akzeptanz als früher. Ein Beispiel: Auf Grande Comore, der größten Insel der Komoren, müssen die Christen weiter im «Untergrund» anbeten. Doch während Verwandte deren neuen Glauben akzeptiert haben, sind andere Teile der Gesellschaft wie Polizei, extremistische Kräfte oder leitende muslimische Geistliche aus Moscheen dafür nicht offen. In der Region Anjouan, eine der drei Hauptinseln der Republik, besonders in der Stadt Musamadu, ist bekannt, wer Christ ist und wo sich eine Gruppe trifft. Niemand geht hier gegen die Gläubigen vor.

Diesen positiven Beispielen steht jedoch der Druck der Mehrheitsgesellschaft gegenüber, die muslimische Sitten und Riten streng hütet. Zudem korrigieren radikale Kräfte aus dem Iran jegliche Andeutungen einer Mäßigung christenfeindlicher Ansichten. Ob aktiv daran beteiligt oder nicht: Die Regierung hat den Rahmen für diese Verfolgungsdynamik etabliert.

Open Doors erwartet daher eine Zunahme der Verfolgung in naher Zukunft. Berichten zufolge wächst die Zahl der Christen. Obwohl die Zahlen noch gering sind, kann diese Entwicklung zu negativen Reaktionen seitens der verschiedenen Parteien aus dem religiösen Umfeld führen.

Aserbaidsschan Platz 25:

Aserbaidsschan rangiert niedriger als im vorigen WVI; jedoch mit einer höheren Gesamtpunktzahl.

Die an Russland, Georgien, Armenien, die Türkei und den Iran grenzende Republik ist offiziell ein säkularer Staat und in etwa mit der Türkei vergleichbar. Die Bevölkerung ist mehrheitlich muslimisch. Die Regierung ist gegen jede Form von Religion negativ eingestellt.



Der fundamentalistische Islam gilt bei der Führung des Landes als destabilisierender Faktor. Die Präsenz einer riesigen Aseri sprechenden Gemeinschaft im Süden des islamischen Irans ist ein Grund zur Besorgnis. In verschiedenen Regionen wächst der Einfluss des traditionellen Islams. Die Unterdrückung von Christen ist nicht nur religiös, sondern auch nationalistisch-ethnisch motiviert.

Aseri-Christen werden als Verräter angesehen, da man das Christentum mit dem Erzfeind des Landes - Armenien - in Verbindung bringt. Die allgemeine Wahrnehmung von Christen in Aserbaidschan ist negativ.

Open Doors-Informationen zufolge werden behördliche Überprüfungen immer strikter. Die Regierung ist bei der Kontrolle von religiösen Gruppen aktiver. Die Lage der Christen hat sich im Vergleich zum WVI 2011 verschlechtert.

Alle Kirchen und religiösen Gruppen mussten ihre staatliche Registrierung bis zum 1. Januar 2010 erneuern. Doch seit diesem Datum hat keine neue Gemeinde die Registrierung erlangt. Eine erfolgreiche Registrierung scheint beinahe unmöglich. Nicht registrierte religiöse Aktivitäten sind strafbar; die Geldbußen für eine Gesetzesübertretung sind hoch. Fast alle protestantischen Denominationen sind heute ohne rechtlichen Status. Privathäuser dürfen nicht für die Abhaltung von Gottesdiensten genutzt werden. Nicht anerkannte Gemeinden bekommen Probleme mit der Polizei. Es gibt Hausdurchsuchungen in protestantischen Kirchen. Gemeindliche Leiter werden festgenommen oder mit einer Geldstrafe belegt.

Die Freiheit, eine Kirche zu bauen, besteht überhaupt nicht. Gemeinden benötigen dafür eine ausdrückliche Genehmigung, die kaum gewährt wird. Im Berichtszeitraum ist keine derartige Baugenehmigung erteilt worden.

Der Gesetzgebung vom Dezember 2010 zufolge ist es für nicht registrierte Gemeinden gesetzwidrig, sich zu versammeln. Doch einige nehmen das Risiko auf sich. Viele Christen finden keine Arbeitsstelle oder haben Schwierigkeiten sie zu behalten. Geheimdienstkräfte beobachten sie genau. Die Rolle der Geheimdienste und der Polizei ist bedeutend.

Es gibt auch ein Komitee für religiöse Angelegenheiten, das alle Aktivitäten kontrolliert. Die Zahl einheimischer Christen wächst weiter, und manche geben trotz des Risikos ihren Glauben weiter. Das Wachstum der Gemeinde Jesu in Aserbaidschan ist ermutigend. Doch angesichts der gesetzlichen Restriktionen, die weiter zunehmen werden, ist auch eine Zunahme der Unterdrückung zu erwarten.

Libyen Platz 26:

Libyen fällt auf dem WVI um eine Position zurück, steigt jedoch in der Punktzahl. Unter der despotischen Herrschaft von Muammar al-Gaddafi war die Situation für Christen in dem nordafrikanischen Land bereits außerordentlich hart. Es gab einige Freiheiten für ausländische Christen, zumeist Gastarbeiter aus afrikanischen Nachbarländern. Schwarz-Afrikaner und nicht-arabische Afrikaner erlebten Rassismus. Nach dem Umsturz in Libyen wurde die Lage für diese Menschen gefährlich, da sie als mögliche Söldner Gaddafis im Kampf gegen die Opposition angesehen wurden.

Unter Gaddafis Herrschaft hatte Libyen keine ordentliche Verfassung die Religionsfreiheit geregelt oder geschützt hätte. Es gab das « Grüne Buch» der Rechtsvorschriften, ein Werk Muammar al-Gaddafis. Darin wurden die Regierungsform und soziale Ordnung aus islamischer Sicht geregelt. In der Praxis war es Gaddafis Gesetz.

Die gefürchtete und allgegenwärtige Geheimpolizei sorgte dafür, dass die Restriktionen für die Organisation kirchlicher Aktivitäten sowie die Weitergabe christlicher Literatur durchgesetzt wurden. Die Weitergabe des christlichen Glaubens an muslimische Libyer wurde kriminalisiert.

Wie in den meisten islamisch geprägten Ländern führt der Übertritt vom Islam zu einer anderen Religion für Konvertiten auch in Libyen häufig zu gesellschaftlichem Druck. Christen muslimischer Herkunft stehen



immer in Gefahr, vonseiten ihrer Familien verfolgt zu werden. Es wurden einige Fälle gemeldet, bei denen Christen von Familienmitgliedern verprügelt wurden.

Die meisten libyschen Christen fürchten sich, mit anderen Christen zusammenzukommen, da jede Art von religiöser Versammlung - außer islamischen - verboten ist. Im vorigen Berichtszeitraum hat man vielen Gemeinden von Ausländern die Genehmigung entzogen. Mindestens zwei Christen wurden inhaftiert und möglicherweise gefoltert. Aus dem Gefängnis entlassene Christen werden im Allgemeinen des Landes verwiesen.

Die Aufstände in den Nachbarländern Ägypten und Tunesien sowie die militärische Unterstützung durch die NATO ermutigten das libysche Volk gegen Gaddafi zu kämpfen, der seit 1969 an der Macht war. Aber nach einem blutigen Bürgerkrieg ist zu befürchten, dass die Zukunft schlimmer sein wird als unter Gaddafi.

Während der Aufstände, die im Februar 2011 begannen, waren Christen offener im Bekenntnis zu ihrem Glauben. Nun fürchten sie die Folgen ihres Bekennermutes. Aufgrund der Unruhen haben 75 Prozent der ausländischen Christen das Land verlassen. Unklar ist, wie viele Christen im Land verbleiben oder zurückkehren.

Der Nationale Übergangsrat (NTC) hat nach Monaten der Kämpfe die Macht übernommen. Seine Absichten hinsichtlich der Religionsfreiheit hat er bereits enthüllt, indem er einen gefährlichen Präzedenzfall schuf. Unter seiner Aufsicht wurde bei der Einnahme von Tripolis die Saint-Georges-Kirche geplündert. Zudem sind zwei Christen wegen der Einfuhr christlicher Bücher vom NTC festgehalten worden. Es ist zu erwarten, dass der NTC das islamische Recht (Scharia) einführt und Libyen ein viel stärker islamisch ausgerichtetes Land wird. Der damalige NTC-Präsident verkündete öffentlich eine «Demokratie gemäß der Scharia» - ein Widerspruch in sich selbst. Diese Entwicklung würde die Stellung der Christen in Libyen noch weiter zurückstufen.

Oman Platz 27:

Anfang des Jahres 2011 kam es auch im Sultanat Oman zu inneren Unruhen. Zwei Menschen starben. Der Aufruhr in dem Land im Osten der Arabischen Halbinsel ebte größtenteils ab, nachdem die Schaffung von 50.000 Arbeitsplätzen, mehr Redefreiheit für die Bürger, eine Verbesserung der Wohlfahrtspflege sowie eine Kabinettsänderung versprochen wurden. Hinsichtlich der Situation der einheimischen Christen gibt es keine sichtbare Veränderung.

Der Islam ist im Sultanat Staatsreligion. Laut Verfassung ist die Scharia (islamisches Gesetz) Grundlage jeder Gesetzgebung. Jedem Bürger wird die freie Ausübung seines Glaubens garantiert, solange die öffentliche Ordnung dabei nicht gestört wird. Doch das Strafgesetz sieht Freiheitsstrafen für jeden vor, der den Propheten Mohammed, den Koran oder den Islam beleidigt. Die Regierung hält die Religionszugehörigkeit ihrer Bürger in den Personalausweisen fest, für Ausländer in den Aufenthaltsberechtigungskarten.

Auf den Lehrplänen aller staatlichen Schulen steht Islamunterricht. Apostasie wird nicht als Verbrechen geahndet, wird jedoch auch nicht vom Rechtssystem respektiert. Dieses setzt voraus, dass alle Bürger Omans Muslime sind. Schon die Vorstellung eines Glaubenswechsels erzeugt Unverständnis. Ein Konvertit aus dem Islam ist daher mit Problemen beim Familienrecht konfrontiert. Es spricht einem Vater das Sorgerecht für seine Kinder ab, sollte er den Islam verlassen. Christen muslimischer Herkunft droht bei Entdeckung ihrer Konversion Verfolgung seitens der Familie und der Gesellschaft. Sie können ihre Familie, ihr Haus und ihren Job verlieren und sogar getötet werden.

Im Berichtszeitraum wurde die Abschiebung von ausländischen Gastarbeitern wegen ihrer christlichen Aktivität fortgesetzt.



Der Großteil der 35.000 Christen im Oman sind Ausländer. Es gibt nur wenige einheimische Christen muslimischer Herkunft. Alle religiösen Organisationen müssen registriert sein; christliche Versammlungen werden auf teilnehmende Staatsbürger und politische Botschaften überprüft.

Ausländischen Christen wird gestattet, in Privathäusern oder auf Werksgeländen diskret Gottesdienste zu halten. Die dafür genehmigten Räumlichkeiten unterliegen jedoch strengen Auflagen, um jeglichen Anstoß bei Einheimischen zu vermeiden.

Es gab für den Oman einen geringen Anstieg in der Punktzahl, der vor allem von den obengenannten Ausweisungen und weiteren Informationen über nationale Gesetze herrührte. Diese sind in Bezug auf die Religionsfreiheit restriktiver, als früher angenommen.

Der geringe Punkteanstieg führt nicht zu einer höheren Einstufung auf dem WVI. Die niedrigere Platzierung erklärt sich mit Veränderungen in anderen Ländern.

Brunei Platz 28:

Das Sultanat Brunei ist ein kleiner Staat auf der südostasiatischen Insel Borneo und grenzt an Malaysia. Der Islam ist Staatsreligion. Die Verfassung garantiert Religionsfreiheit, doch Gesetze schränken diese Freiheit in der Praxis ein.

Die Beobachtung der kleinen christlichen Minderheit ist strenger geworden. Das erklärt auch die Verschiebung im WVI um einen Platz nach oben.

Brunei Darussalam ist eine muslimische Nation, basierend auf der «Melayu Islam Beraja»-Ideologie (MIB, Malaiisch-muslimische Monarchie). Die vorherrschende sunnitische islamische Glaubensrichtung/Rechtsschule ist die der Schafiiten. Alle anderen Religionen dürfen in Frieden und Harmonie praktiziert werden. Doch in der Praxis dürfen nur Nicht-Malaien ihren Glauben wählen. Der Großteil der Bevölkerung sind Malaien. Tritt ein Malaie zu einem anderen Glauben über, «stört» er damit «Frieden und Harmonie» und wird unvermeidlich einer Umerziehungsmaßnahme zum islamischen Glauben unterzogen.

Im Berichtszeitraum erklärte der Sultan, das islamische Strafrecht einführen zu wollen, was für die christliche Minderheit – und besonders für Christen muslimischer Herkunft – die Lage erschweren würde. Die Überwachung von Kirchen und christlichen Versammlungen scheint zugenommen zu haben. Der Staat schickt Spione in diese Versammlungen. Christen müssen äußerst vorsichtig agieren. In einem Fall ist ein Pastor von Beamten offen gewarnt worden, vorsichtiger zu sein mit seinen christlichen Aktivitäten und bei der Auswahl der Personen mit denen er sich trifft.

Es ist sehr schwierig für bestehende Gemeinden, eine staatliche Genehmigung für die Renovierung einer Kirche zu bekommen. Anbaugenehmigungen werden nie erteilt, ganz gleich, ob die Gemeinde registriert ist oder nicht. Die Einfuhr von Bibeln, christlicher Literatur und anderen Materialien ist auf den persönlichen Gebrauch beschränkt. Ein Import für dienstliche Zwecke, also zur Nutzung im Gemeindedienst, ist nicht möglich. Materialien in der Landessprache sind verdächtig und somit schwer zu bekommen. Dementsprechend stehen Gemeindeleiter vor großen Herausforderungen bei der Unterweisung ihrer Mitglieder und in ihrem Gemeindedienst.

Solange der Staat einer bestimmten Religion den Vorzug gibt und die freie Religionswahl verweigert sowie die Erlaubnis für einen Glaubenswechsel an die Beibehaltung von Frieden und Harmonie in der Gesellschaft knüpft, wird sich für die christliche Minderheit in Brunei nichts Wesentliches ändern.



Marokko Platz 29:

Die Umsturzwellen des «arabischen Frühlings» in Nordafrika und des Nahen Osten hat auch das Königreich Marokko ergriffen. Die Proteste führten nicht zum Ende der Monarchie, doch König Mohammed VI. kündigte Reformen an, um den sozialen Frieden wiederherzustellen.

Die Proteste in dem nordafrikanischen Land endeten im Juli 2011 damit, dass der König sich zu gewaltigen politischen Zugeständnissen gezwungen sah. Dazu gehörten u. a. Änderungen in der Regierung, eine Verfassungsreform, eine stärkere Verpflichtung zur Respektierung bürgerlicher Rechte und ein Ende der Korruption.

Es war Pragmatismus, dass Mohammed VI. – der als direkter Nachkomme des Propheten Mohammed, dem Gründer des Islams, gilt – dem Druck der moderat-islamischen Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (PJD) nachgab. Bei den Ende 2011 abgehaltenen Parlamentswahlen erlangte die PJD einen gewaltigen Sieg und ist nun, dem neuen verfassungsmäßigen Verfahren entsprechend, berechtigt, einen Premierminister stellen.

Ausländer dürfen ihren Glauben praktizieren; eine staatlich anerkannte marokkanische Kirche gibt es nicht. Doch auch Ausländerkirchen sind Beschränkungen ausgesetzt, wenngleich diese nie so massiv waren, wie in benachbarten nordafrikanischen Ländern.

Die Hauptquelle der Verfolgung ist der fundamentalistisch-islamische Einfluss auf die Behörden und innerhalb der Gesellschaft. Der Islam ist Staatsreligion, aber die Verfassung sieht eine gewisse Religionsfreiheit vor. In der Praxis gibt es eine Anzahl von Einschränkungen bei der Ausübung dieser Freiheit. Beispielsweise verbietet die Regierung die Weitergabe christlicher Materialien und untersagt jede Art von Evangelisation.

Gemeinschaften aus ausländischen Christen praktizieren ihren Glauben offen. Per Gesetz steht die Konversion eines Muslims zu einer anderen Religion zwar nicht unter Strafe. Christen mit muslimischem Hintergrund erfahren jedoch gesellschaftlichen Druck und sind sozial isoliert. Marokkanische Christen muslimischer Herkunft werden regelmäßig von der Polizei verhört und teilweise wie Kriminelle behandelt. Zudem müssen Konvertiten mit Ablehnung vonseiten ihrer Freunde und Familienmitgliedern rechnen.

Verglichen mit dem WVI 2011 scheint sich die Lage der Christen in Marokko etwas verbessert zu haben. Dennoch steigt Marokko von Position 31 auf Platz 29 auf. Denn islamistische Kräfte werden in Marokko immer sichtbarer. Charakteristisch für die Situation der Christen im Jahr 2010 waren: großer Druck auf einheimische Hausgemeinden und die Ausweisung von über 150 christlichen Ausländern. Im Jahr 2011 gab es weniger Vorfälle dieser Art. Die Behörden wendeten den Großteil ihrer Ressourcen dafür auf, die Unruhen im Land unter Kontrolle zu bringen.

Der «arabische Frühling» schürte auch bei der jungen christlichen Generation Hoffnung auf mehr Freiheit. Es wird sich zeigen, ob diese Hoffnung Realität wird oder ob staatliche Restriktionen wieder zunehmen werden.

In der Praxis wird sich auch zeigen, wie gemäßigt die Islamisten in der Regierung sind, und ob gemäßigten Muslimen die Bildung einer Koalition gelingt, um dem Druck von Al-Kaida und anderen fundamentalistischen Gruppen zu widerstehen.

Kuwait Platz 30:

Die Volksaufstände Anfang 2011 im Nahen Osten und der Region Nordafrika regten auch einige Proteste in Kuwait an, doch werden sie nach Einschätzung von Beobachtern wohl kaum zu radikalen Systemveränderungen führen.



Premierminister Scheich Nasser al-Mohammad al-Sabah und sein Kabinett traten im Dezember 2011 nach einem Streit mit ihren parlamentarischen Gegnern wegen Korruptionsvorwürfen zurück.

Die Verfassung Kuwaits garantiert Religionsfreiheit, doch bildet die Scharia, das islamische Recht, die Grundlage aller Rechtsprechung. Auch darüber hinaus gibt es in dem Land auf der Arabischen Halbinsel einige Einschränkungen: Die Religionsausübung darf nicht im Widerspruch zur öffentlichen Ordnung und Moral stehen und muss etablierten Sitten entsprechen.

Der Wechsel vom Islam zu einer anderen Religion ist demnach nicht gestattet, die Weitergabe des christlichen Glaubens verboten. Die Regierung hat die Missionierung durch sunnitische Muslime hingegen aktiv unterstützt.

Hauptquellen der Verfolgung von Christen muslimischer Herkunft sind die eigene Familie und muslimische Extremisten, in geringerem Maße auch die Behörden. Es gibt nur ein paar hundert kuwaitische Christen muslimischer Herkunft. Die meisten der 420.000 Christen sind Gastarbeiter aus dem Ausland.

Die Zahl der Christen muslimischer Herkunft wächst; sie sind auch mutiger geworden, ihren Glauben weiterzugeben. Doch dafür riskieren sie Diskriminierung, Schikane, polizeiliche Überwachung ihrer Aktivitäten, willkürliche Festnahme und Inhaftierung, Misshandlung und Beschimpfung.

Der Glaubenswechsel vom Islam hin zu einer anderen Religion wird nicht anerkannt und führt zu rechtlichen Problemen mit Blick auf Personenstands- und Eigentumsangelegenheiten vor Gericht. Die Regierung verlangt islamischen Religionsunterricht an staatlichen und privaten Schulen für alle Schüler. Christlicher Religionsunterricht ist selbst rechtlich anerkannten Christen untersagt.

Für Ausländer gibt es vier registrierte Konfessionen, deren Mitglieder sich auf abgeschlossenen Grundstücken versammeln. Diese sind jedoch zu klein für die Zahl der Menschen, die zusammenkommen. Es ist außerordentlich schwer, an eine Immobilie für gottesdienstliche Versammlungen zu gelangen. Andererseits haben diese Einschränkungen eine stärkere Zusammenarbeit und Gemeinschaft unter den Kirchen gefördert.

Die Situation für Christen in Kuwait ist in den vergangenen Jahren mehr oder weniger stabil geblieben. Während des vorigen Berichtszeitraums erreichten Open Doors Berichte über einen Christen, der wegen seines Glaubens aus dem Land fliehen musste. Ein anderer wurde verhaftet.

Auch in diesem Berichtszeitraum musste ein Christ fliehen. Es wurden keine Verhaftungen gemeldet, doch könnte es durchaus zu Festnahmen gekommen sein.

Für den WVI 2012 erhielt Open Doors Informationen zu nationalen Gesetzen, die in Bezug auf die Religionsfreiheit restriktiver sind, als zuvor angenommen. Dies führte zwar zu einer leichten Zunahme der Punkte; in der Rangliste rutscht Kuwait dennoch von Platz 28 auf Platz 30 ab.

Türkei Platz 31:

Die Türkei fiel um einen Platz im WVI zurück. Die türkische Republik wurde als säkularer Staat gegründet. Doch Christen erfahren verschiedene Formen der Diskriminierung. Staatliche Einschränkungen der Religionsfreiheit haben ihren Ursprung in der Interpretation der säkularen Verfassung und der Gesetze des Landes, die tendenziell gegen nicht-muslimische Minderheiten gerichtet sind. Es besteht ein gewaltiger Unterschied zwischen der offiziellen Auslegung der säkularen Gesetzgebung des Landes und den inoffiziellen Praktiken durch staatliche Stellen, Polizeibeamte und Richter.

Staatliche Beschränkungen, gesellschaftliche Feindseligkeiten und Nationalismus sind Ursachen für die Verletzungen der Religionsfreiheit in der Türkei und führen auch zu Menschenrechtsverletzungen (Verbrechen aus Hass, unfaire Behandlung vor Gericht, Diskriminierung usw.).



Muslimische Türken, die sich für den christlichen Glauben interessieren, werden häufig Opfer von Diskriminierung durch ihre Familien. In einer patriarchalischen Gesellschaft wie in der Türkei gilt der Religionswechsel eines Familienmitgliedes mancherorts noch als Verletzung der Familienehre. Viele Christen muslimischer Herkunft werden enterbt oder aus dem Familienverbund verbannt. Ihnen droht auch der Arbeitsplatzverlust.

Die Regierung verhält sich passiv im Blick auf diese Arten der Diskriminierung, da sie nur eine kleine Minderheit betreffen. Einige registrierte Gemeinden dürfen Gottesdienste organisieren. In der Öffentlichkeit zu predigen, ist gestattet, doch riskieren diese Prediger, von der Polizei und türkischen Nationalisten drangsaliert zu werden. Evangelisation ist möglich, doch bekommen Christen hierfür kein Dauervisum.

Eine Bibelübersetzung ins moderne Türkisch ist seit Jahren erhältlich. Druck und Vertrieb von Bibeln und christlicher Literatur in Kirchen ist erlaubt; ihre offene Weitergabe jedoch führt zu Problemen.

Christen, die sich aufgrund ihrer religiösen Haltung für andere engagieren, werden gelegentlich von Regierungsvertretern und Staatsbeamten bedroht oder bedrängt. Die Weitergabe von Glaubenslehren durch nicht-muslimische religiöse Gruppen ist gesellschaftlich inakzeptabel und manchmal gefährlich.

Bei manchen Gottesdiensten sind Polizisten anwesend, um Kirchgänger zu schützen, aber auch, um die Aktivitäten der Christen zu beobachten. Dieser «Schutz» ist jedoch unregelmäßig, und von Zeit zu Zeit werden kirchliche Immobilien verwüstet.

Der traditionell säkulare Staat hat sich unter Premierminister Recep Tayyip Erdoğan und Präsident Abdullah Gül (beide Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung, AKP) in den vergangenen Jahren mehr zu einem am Islam orientierten Staat entwickelt.

Als die Türkei aktiv über ihre Mitgliedschaft in der Europäischen Union verhandelte, führte das Land eine Reihe von Reformen ein. Diese trugen anfangs zu einer wachsenden religiösen Toleranz und zum Schutz von Minderheiten bei. Die Morde von drei Christen in Malatya (Osttürkei) im Jahr 2007 schaden dem Ansehen der Türkei auf internationalem Parkett. Der Prozess um die Täter läuft noch immer. Die notwendigen Reformen wurden jedoch nicht vollendet. Trotz einiger Verbesserungen hat es das Land nicht geschafft, die Diskriminierung von Christen auszumerzen.

Nur die armenische und die griechisch-orthodoxe Kirche werden von der Regierung offiziell anerkannt. Es ist zu erwarten, dass die Unterdrückung von Christen fortgesetzt wird. Die rechtliche und gesellschaftliche Stellung christlicher Minderheiten hat sich nicht verbessert.

Indien Platz 32:

Indiens steht auf demselben Platz wie im Vorjahr. Die Bedingungen für Christen haben sich nicht verbessert. Monat für Monat kommt es weiterhin zu zerstörerischer Gewalt gegen Evangelisten, Pastoren und kirchliche Versammlungen. Für gewöhnlich finden die Übergriffe in entlegenen oder ländlichen Gebieten statt.

Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 109 Fälle von Gewalt gegen Christen erfasst. In vielen Fällen wurde ein Pastor oder Evangelist von einer Gruppe attackiert und zusammengeschlagen. Meist haben die Behörden nicht in angemessener Weise reagiert.

Die Angriffe gegen Christen oder Kirchen erfolgen in der Regel durch Banden, - die von extremistischen Hindu-Organisationen beeinflusst und mobilisiert werden. Sie folgen der «Hindutva»-Ideologie, der zufolge jeder Inder Hindu zu sein hat. Allen Minderheiten stehen ihre Anhänger feindselig und hasserfüllt gegenüber.



Obwohl sie bei den letzten Wahlen auf nationaler Ebene eine herbe Niederlage einfuhr, regiert die hindu-nationalistische Partei BJP (Bharatiya Janata Party) auf der Landesebene die Regierung über zwei Drittel der Bevölkerung. Als radikale Hindu-Partei versucht die BJP weiterhin, ihre extremistische Version des Hinduismus im kulturellen Mainstream zu etablieren.

«Der sich wie ein Virus verbreitende Hindu-Extremismus ist heute die größte Bedrohung der Kirche», sagte im August 2011 ein Gemeindeführer in Delhi. Ortsverwaltungen und Polizei stellen sich oft parteiisch und stellen sich nicht selten auf die Seite der Täter – in gewisser Hinsicht eine Form von Amnestie für Schlägertrupps.

Im Berichtszeitraum erlebten indische Christen keine Massaker wie im Jahr 2008 im Bundesstaat Orissa. Doch dauern die Folgen aus den pogromartigen Ausschreitungen gegen Christen nach der Ermordung eines Hindu-Führers an: Nach einem Bericht der nationalen Minderheitenkommission Ende 2011, ist aus den 827 in der Provinz Kandhamal registrierten Straftaten erst in 512 Fällen Anklage erhoben worden; in 65 Fällen wurden 361 Personen verurteilt. Bis heute wurden insgesamt 2.246 Personen aus Mangel an gerichtlich verwertbaren Beweisen freigesprochen. Die übrigen 321 Fälle sind noch anhängig. Sporadisch kommt es in dieser Gegend weiterhin zu Gewalttaten. An Weihnachten 2010 stürmten etwa 200 Extremisten in der Ortschaft Koyi Konda einen Gottesdienst. Die Männer verprügelten Gottesdienstteilnehmer, zerstörten Mobiliar und legten in zehn Häusern von Christen sowie an Getreidefeldern Feuer.

Im Bundesstaat Maharashtra stoppten Hindu-Extremisten am 2. Mai den Bau einer Kirche und organisierten einen Boykott gegen die Christen des Ortes. Dieser ging so weit, dass deren Kinder die örtliche Schule nicht mehr besuchen durften. Derartige Vorfälle sind in ganz Indien nahezu an der Tagesordnung. Meist werden sie von Zwangsbekehrungsvorwürfen begleitet, die als Vorwand für die Übergriffe dienen.

Ein Auslöser von Angriffen ist das unverminderte Wachstum christlicher Gemeinde. Besonders aus den unteren Gesellschaftsschichten bzw. unter den Dalits (Unberühmbaren) kommen viele Menschen zum Glauben an Jesus. Die Gemeinde Jesu in Indien wächst beträchtlich. Nach offiziellen Angaben gibt es 2,3 Prozent Christen unter den mehr als 1,2 Milliarden Einwohnern. Doch nach Einschätzungen von Open Doors könnte die Zahl bei fünf Prozent liegen – über 70 Millionen Christen.

Zudem gibt es wachsende Spannungen zwischen Muslimen und Christen in den Staaten Kerala, Kaschmir und Assam. In bestimmten Regionen stellen maoistische Aufständische und buddhistische Fundamentalisten ebenfalls eine Bedrohung für Christen dar – ein kleiner, aber zunehmender Trend.

Trotzdem bleibt Indien jedoch ein weitgehend pluralistisches Land. Die meisten christlichen Leiter sind der Ansicht, dass die erdrückende Armut auf vielen Ebenen eines der Hauptprobleme ist. 40 Prozent der Kinder unter fünf Jahren sind unterernährt. 72 Prozent der Kinder besuchen keine Schule. In Indien gibt es 60 Millionen Kinder, die bereits arbeiten müssen und noch immer haben 600 Millionen Menschen keinen Zugang zu elektrischem Strom.

Der indische Parlamentarier Dr. Shashi Tharoor, sagte, Indiens Bestimmung sei «nicht die einer Supermacht, sondern die eines super-armen Landes».

Obwohl die Mehrheit der Christen in Indien weiterhin relativ frei ihren Glauben leben kann, gehen in vielen Landesteilen Hindu-Extremisten gegen Christen vor. Sie formieren sich besonders in den ländlichen Gebieten neu und gründen Schulen zur Weitergabe ihrer Ideologie. Selbst gut ausgebildete Führer wollen den Hinduismus zu einer viel weniger toleranten Religion machen.

Pastor Richard Howell, Generalsekretär der Evangelischen Allianz Indien, zufolge, «sehen sich Christen in Indien weiterhin der schlimmsten Verfolgung in Indien gegenüber, die es je gab». Christen richten sich auf einen Anstieg der Verfolgung ein.



Burma/Myanmar Platz 33:

«Ein frischer Wind weht durch das Land!» Das ist die Kurzfassung dessen, was Beobachter wie die Internationale Crisis Group (ICG) über das südostasiatische Myanmar nach seinem Übergang zu einer neuen, halb bürgerlichen Regierung im März sagen. Es sind etliche positive Anzeichen zu beobachten, seit die neue Führung im Amt ist. Damit nährt sie Hoffnungen auf weitere spürbare Veränderungen.

Zwei dieser Zeichen sind Aung San Suu Kyis Rückkehr auf die politische Bühne und die mögliche Wiederzulassung ihrer Partei, der National League for Democracy, sowie die Haftentlassung von Hunderten inhaftierter politischer Dissidenten.

Doch auf die mit der neuen Regierung verbundenen glänzenden Aussichten fallen auch einige dunkle Schatten: Die Mehrheit der sogenannten «politischen Gefangenen», insgesamt mindestens 2000, ist immer noch in Haft. Zudem führt die Armee ihren Krieg gegen ethnische Rebellen – von denen dem Namen und der Konfessionszugehörigkeit nach die meisten Christen sind – mindestens ebenso intensiv wie zuvor weiter.

Etlichen Berichten zufolge ist die Armee wiederholt in christliche Dörfer des Kachin-Stammes eingedrungen. Christen wurden drangsaliert und manchmal zu Trägerdiensten gezwungen. In einem Fall verwandelte die Armee ein christliches Dorf im August 2011 in einen militärischen Vorposten, einschließlich Befestigungen, Gräben und Landminen. Obwohl die Christen einen Beschwerdebrief an die Behörden sandten, unternahm die neue Regierung nichts, um den Christen zu helfen. Dieses Ereignis passt in die lange Geschichte des ethnischen Konflikts mit dem Kachin-Stamm, der in der nördlichen Grenzregion zu China und Indien lebt. Nach Aussagen internationaler Beobachter stimmt die gegenwärtige Reaktion der Streitkräfte nicht mit der Rhetorik des neuen Präsidenten überein, der von Versöhnung redet.

Andererseits ist im September 2011 eine neue Menschenrechtskommission eingerichtet worden, in dem Minderheiten vertreten sind. Ein Mitglied ist ein bekanntes, respektiertes Mitglied der christlichen Minderheit der Kachin. Da die Kommission erst vor kurzer Zeit geschaffen wurde, muss sich erst noch zeigen, wie unabhängig sie arbeiten und welche speziellen Aufgaben sie wahrnehmen wird. Dennoch ist ihre Bildung ein ermutigendes Zeichen.

So nahm das Land auf dem WVI 2012 bei den Punkten leicht ab, wurde aber aufgrund der Veränderungen in anderen Ländern beträchtlich niedriger eingestuft. Daher muss betont werden, dass es bislang noch immer keine bemerkenswerten Veränderungen hinsichtlich der Verfolgung von Christen im früheren Burma gibt.

Ob der eingangs erwähnte «frische Wind» die missliche Lage der christlichen Minderheit verändern wird, bleibt unklar. Der Druck vonseiten der Gesellschaft und des Militärs scheint derzeit unverändert. Ein protestantischer Gemeindeführer erklärte besorgt, die neuen Maßnahmen könnten eine kurzweilige Bemühung gewesen sein, um den jährlich wechselnden ASEAN-Vorsitz (Verband Südostasiatischer Staaten) für 2014 zu erhalten – was das Land vor kurzer Zeit erreicht hat – und um die internationale Gemeinschaft davon zu überzeugen, ihre Sanktionen gegen Myanmar aufzuheben.

Tadschikistan Platz 34:

In diesem Jahr rangiert das zentralasiatische Tadschikistan einen Platz niedriger als im WVI 2011. Doch von einer Verbesserung der Lage für die christliche Minderheit kann nicht die Rede sein. Die Veränderung ist in erster Linie auf die drastische Verschlechterung der Lage im Sudan zu tun, die das afrikanische Land um fast 20 Listenplätze nach oben trieb.

Die neuen Religionsgesetze unterscheiden streng zwischen staatlich registrierten und nicht registrierten Gemeinden. Christen muslimischer Herkunft werden auch in Zukunft mehr Probleme bekommen. Unklar



ist, wie neue Verordnungen umgesetzt werden, doch in Anbetracht der Erfahrungen, die die Christen gemacht haben, scheint eine weitere Verschlechterung möglich zu sein.

Im August 2011 führten die Behörden ein neues «Gesetz über die elterliche Verantwortung» ein, das Eltern für die religiösen Aktivitäten ihrer Kinder voll verantwortlich macht. Dieses Gesetz macht Tadschikistan, verglichen mit den anderen zentralasiatischen Staaten, einzigartig – weniger im Alltag, sondern vielmehr in den Bereichen der Rechtsprechung und der ideologischen Ausrichtung.

In der Vergangenheit war es schon mühsam, gemeindliche Aktivitäten wie Kindergottesdienste oder Jugendcamps durchzuführen. Doch jetzt untersagt das neue Gesetz jegliche Teilnahme von Personen unter 18 Jahren an religiösen Aktivitäten mit Ausnahme von Beerdigungen.

Kinder können Religionsunterricht nur in Einrichtungen bekommen, die eine staatliche Lizenz haben. Über die Hälfte der Bevölkerung Tadschikistans ist unter 18 Jahren. Eltern, die gegen diese Verordnung verstoßen, müssen mit empfindlichen Geldbußen und sogar Haftstrafen zwischen fünf und acht Jahren rechnen. Die Regierung stellte ihre Entschlossenheit in religiösen Dingen vor Kurzem dadurch unter Beweis, dass im August 2011 junge Muslime am Betreten von Moscheen für die Eid-al-Fitr-Gebete gehindert wurden. Sie wollten das Ende des muslimischen Fastenmonats Ramadan feiern.

Insbesondere Christen muslimischer Herkunft werden durchaus auch angegriffen und drangsaliert; sie werden überwacht und unter Druck gesetzt, ihren christlichen Glauben aufzugeben. Eine Quelle der Verfolgung ist die Familie und auch die Gesellschaft als Ganzes. Solange sich die Gesamtlage in der Region Zentralasien nicht ändert, wird die christliche Minderheit dauerhaften und wahrscheinlich zunehmenden Restriktionen ihrer Freiheit gegenüberstehen.

Tunesien Platz 35:

Tunesien ist das Land, in dem die Protestbewegungen des «arabischen Frühlings» ihren Anfang nahmen. Es ist auch das Land, in dem – basierend auf seiner Tradition politischer Aktivisten und seiner allgemein gut gebildeten Bevölkerung – der Übergang zur Demokratie die größte Chance auf Erfolg haben könnte.

Das nordafrikanische Tunesien gilt als das liberalste Land der Region und ist stark vom Tourismus abhängig. Davon abgesehen wird Tunesien nach Einschätzung der unabhängigen «International Crisis Group» (ICG) den Drang nach radikaler politischer Veränderung gegen die Erfordernisse der Stabilität abwägen, den Islamismus in die neue Landschaft integrieren und mit internationaler Hilfe grundlegende sozio-ökonomische Probleme anpacken müssen.

Eine breite Koalition von Arbeitslosen, Anwälten, Intellektuellen, Arbeitern aus der Mittelschicht sowie Gewerkschaften, die radikale politische Veränderungen verlangten, stand hinter der Jasmin-Revolution vom Dezember 2010. Die Proteste führten zum Sturz von Präsident Ben Ali und Premierminister Ghannouchi.

Im Oktober 2011 wurden erste Wahlen abgehalten. Als Sieger ging die islamische Ennahda-Partei vor, welche bereits ihre Absicht verkündet hat, Schritte zur Einführung der Scharia zu unternehmen und Tunesien zu einem islamischen Staat umzugestalten.

Aufgrund der hochgradigen Polarisierung zwischen den Liberalen, der säkular eingestellten Elite und den gut organisierten Islamisten in Tunesien ist unklar, wie viel von dem islamischen Programm umgesetzt werden wird. Doch das Land wurde von den ständigen Turbulenzen im Gefolge der Revolution beeinflusst. Radikale Muslime kehren nach Tunesien zurück – die meisten von ihnen aus dem französischen Exil – und verbreiten fundamentalistische Botschaften. Sie organisieren gewalttätige Demonstrationen, die von den geschwächten Sicherheitsdiensten der Regierung nur schwer kontrollierbar sind.



Die besonders gewalttätige Ermordung von Pater Marek Rybinski, einem polnischen Priester und Missionar vom Orden der Salesianer im Februar 2011, ist ein deutliches Beispiel für die Zunahme religiös motivierter Gewalt im Land.

Ein anderes Beispiel ist der Fall eines einheimischen Gemeindeleiters. Er musste das Land verlassen, weil sein Leben und das seiner Familie ernsthaft bedroht waren.

Zwar anerkennt die Verfassung Tunesiens Religionsfreiheit und einen Wechsel vom Islam hin zu einem anderen Glauben, doch die Verwaltungsbeamten auf allen Ebenen handeln in der Praxis oft anders.

In Tunesien lebende ausländische Christen erleben mehr Überprüfungen und haben den Verdacht, dass ihre Telefone angezapft sind. Pastoren von Ausländergemeinden werden überwacht; die Einfuhr von christlicher Literatur in arabischer Sprache wird behindert.

Einheimische Gemeinden können sich nicht registrieren lassen – seit der Unabhängigkeit im Jahr 1956 ist keiner neuen Gemeinde mehr die offizielle Registrierung bewilligt worden. Ist ihre Konversion vom Islam bekannt geworden, werden einheimische Christen muslimischer Herkunft verhört und geschlagen.

Berichte aus Tunesien lassen erkennen, dass der Druck auf Christen, der sowohl von den Behörden als auch von den Familien Christen muslimischer Herkunft ausgeht, seit der Jasmin-Revolution zugenommen hat. In diesem Zusammenhang wird sich zeigen, ob der demokratische Wandel die Lage der kleinen christlichen Minderheit in Tunesien Land verbessern wird.

Syrien Platz 36:

Die Proteste gegen die Regierung von Präsident Bashar al-Assad und deren gewaltsame Niederschlagung dauern seit Monaten an. Die Situation im Land kann am besten als chaotisch beschrieben werden. Syriens gesellschaftliches und politisches Klima ist außerordentlich explosiv; das Land steht am Rande eines Bürgerkrieges. Sollte das derzeitige Regime stürzen, werden künftige Machthaber nicht notwendigerweise demokratischer regieren, so Beobachter.

Syrien hat mehr als 20 Millionen Einwohner, 1,9 Millionen davon sind Christen. Unter dem säkularen Regime von Präsident Assad hat die christliche Gemeinschaft bislang in relativer Freiheit gelebt. Solange Christen die kommunale Harmonie nicht störten oder die Regierung bedrohten, wurden sie toleriert und genossen Kulturfreiheit.

Die anerkannte syrische Kirche ist keine verborgene oder geheime Kirche. Sie ist in der Gesellschaft respektiert, wenngleich jede christliche Versammlung von der Geheimpolizei überwacht wird. Aufgrund von politischem Druck und von Abkommen mit anderen religiösen Führern können oder wollen diese Gemeinden in Syrien nicht offen evangelisieren. Christen muslimischer Herkunft haben viele Probleme, zu meist vonseiten der Familie und Freunde.

Die Regierung sieht sich auch mit starken fundamental-islamischen Gruppen konfrontiert, die gegenüber Christen und anderen Minderheiten feindselig eingestellt sind.

Extremistische Kämpfer aus dem Ausland - meist aus anderen arabischen Ländern - leben und operieren seit März 2011 in Syrien. Diese ausländischen Kämpfer sind in Häuser eingedrungen und haben Christen und andere Minderheitengruppen bedroht. Christenfeindliche Einstellungen nehmen inmitten der jetzigen gewalttätigen und chaotischen Situation im Land deutlich zu.

Als Angehörige einer Minderheitenreligion haben die meisten Christen früher das alawitische Regime unterstützt, da es ihnen relativen Frieden und Ruhe bot. Heute jedoch unterstützen die meisten Christen die Regierung nicht mehr; sie möchten ein Friedensabkommen und ein Ende der Gewalt.



Ihre frühere Unterstützung des alawitischen Regimes hat sie jedoch zum Ziel für Angriffe seitens der Opposition werden lassen. Zudem sind sie auch aus religiösen Gründen in Gefahr, da sich fundamentalistische-islamische Gruppen gegen jede nicht-muslimische Religion im Land wenden.

Seit März 2011 sind vor allem sunnitische und salafistische Demonstranten auf die Straße gegangen. Nach Jahrzehnten der Vorherrschaft der Eliten der alawitischen Minderheit hat sich die Frustration der religiösen Mehrheitengruppen angestaut. Christenfeindliche Spannungen traten zunächst in Form von Drohungen auf. Bei einigen Demonstrationen wurden Christen zur Teilnahme gezwungen oder aufgefordert, nach Libanon zu emigrieren. Alawiten werden mit dem Tode bedroht. Die Lage hat sich noch weiter verschlechtert.

Berichte einheimischer Christen lassen darauf schließen, dass sich die gesellschaftliche Stimmung zunehmend gegen Christen wendet. So sollen bereits Versammlungsorte von Christen – vor allem Kirchengebäude – überfallen und dabei Menschen verletzt worden sein.

Einheimische Christen melden, dass fundamentalistische Taxifahrer geschworen hätten, jeder unverschleierte Kundin etwas anzutun. Vor einigen Monaten sind in Damaskus zwei Christinnen verschleppt worden. Einer Frau gelang es, aus dem fahrenden Auto zu springen. Die andere Frau wurde mitgenommen. Bis heute fehlt von ihr jede Spur.

In Anbetracht dieser Entwicklungen stieg die Gesamtpunktzahl für Syrien erheblich an. Das Land rückte vom Platz 38 auf Position 36 im Index vor.

Was ist für die Zukunft der Christen in Syrien zu erwarten? Solange die Alawiten vereint bleiben, verbleibt die Macht weiter in den Händen des Assad-Clans. Die Alawiten würden in diesem Fall weiterhin den Apparat des militärischen Geheimdienstes kontrollieren und die Baath-Partei das Monopol über das politische System behalten. Trotz der gegenwärtig traurigen Menschenrechtsslage befürworten Christen das Weiterbestehen eines säkularen Regimes, das vom extremen Islam nicht so stark beeinflusst ist.

Obwohl kaum vorhersagbar ist, wie sich die Ereignisse entwickeln werden, wird erwartet, dass ein Regierungswechsel zu Anarchie und zu Machtkämpfen führen würde. Dies könnte zu einer Machtübernahme durch islamische Extremisten führen – und damit zu einer Verschlechterung der Lage für Christen und anderer Minderheitengruppen. Sollte das geschehen, würden Christen entweder isoliert oder aus dem Land getrieben - ein Szenario ähnlich wie im Irak.

Vereinigte Arabische Emirate Platz 37:

Die Vereinigten Arabischen Emirate (VEA) sind eins der liberalsten Länder in der Golfregion. Ausländer machen rund 85 Prozent der Bevölkerung aus.

Laut Verfassung ist der Islam Staatsreligion. Alle Anordnungen und Gesetze müssen mit der Scharia, dem islamischen Recht, in Einklang stehen. Die Verfassung sieht Religionsfreiheit unter der Bedingung vor, dass weder geltende Gesetze, noch die öffentliche Moral und Ordnung oder muslimischen Sitten verletzt werden. In der Praxis schränkt die Regierung diese Freiheit ein.

Es gibt einige Kirchen in den VAE, jedoch muss die Nutzung eines Gebäudes oder eines Raumes für religiöse Zwecke genehmigt sein. Christen in den VEA, bei denen es sich zumeist um ausländische Gastarbeiter handelt, dürfen sich in Privathäusern versammeln, erleben aber trotzdem Repressionen, vor allem aufgrund der diskriminierenden Haltung der Regierung und der feindseligen Haltung der Gesellschaft Christen gegenüber. In der Vergangenheit kam es deshalb schon Ausweisungen von Ausländern. Die Weitergabe nicht-islamischer religiöser Literatur ist verboten.

Zu Übergriffen kommt es auch durch Einheimische, die christliche Migranten beobachten. Das ist im ganzen Land Realität, wenn auch kleinere, konservativere Emirate restriktiver als die größeren.



Christen muslimischer Herkunft stehen aufgrund des stark vom Islam beeinflussten politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens unter Druck insbesondere seitens ihrer Familien und Verwandten.

Alle Bürger der VAE sind traditionell Muslime. Sie haben nicht die Freiheit, ihren Glauben zu wechseln. Auf den Abfall vom Islam (Apostasie) steht die Todesstrafe. Um dieser Bestrafung, gesellschaftlicher Stigmatisierung oder anderen Strafen zu entgehen, werden Konvertiten gedrängt, zum Islam zurückzukehren oder in ein anderes Land zu reisen, wo ihre Bekehrung erlaubt ist.

Unter der muslimischen Bevölkerung gibt es sehr wenige Christen. Einem Muslim das Evangelium zu verkündigen, gilt als Bekehrungsversuch und ist untersagt. Einheimische Christen mit muslimischem Hintergrund praktizieren ihren Glauben im Geheimen.

Die Gesamtpunktzahl für die Vereinigten Arabischen Emirate hat sich leicht erhöht. Wegen des Punkteintritts bei anderen Ländern mit ähnlicher Platzierung steigen die Emirate von Platz 34 auf Platz 37 ab. Für den aktuellen Berichtszeitraum erhielt Open Doors weiterführende Informationen über die Verfassung und nationale Regelungen, die hinsichtlich der Religionsfreiheit restriktiver sind, als früher vermutet.

Im Allgemeinen hat sich an der Glaubensfreiheit für Christen im gegenwärtigen Berichtszeitraum kaum etwas verändert. Ausländischen Christen, die Muslimen das Evangelium oder christliche Literatur weitergeben, droht die Festnahme, Inhaftierung und Abschiebung. Diesbezüglich erhielt Open Doors jedoch keine Berichte.

Es gab einige Meldungen über gesellschaftliche Diskriminierung aufgrund der Religionszugehörigkeit. Der gesellschaftliche Druck hat einige Muslime von einem Religionswechsel zurückschrecken lassen.

Christen in den VAE sehen viele Möglichkeiten für einen muslimisch-christlichen Dialog. Zwar waren die VAE vom «arabischen Frühling» nicht sehr betroffen, doch die jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten haben viele Bürger dazu veranlasst, über Staatsmacht und eine gute Regierung nachzudenken. Vereinzelt kam es dabei zu Glaubensgesprächen mit Christen.

Äthiopien Platz 38:

Äthiopien ist aufgrund einer höheren Zahl an Übergriffen auf Christen aktuell von Platz 43 auf Platz 38 gestiegen. Die Gründe für die Verfolgung in dem ostafrikanischen Land sind klerikale Überheblichkeit und islamischer Extremismus. Offenbar stehen Erneuerungsbewegungen innerhalb der äthiopisch-orthodoxen Kirche (EOC) und protestantische Gemeinden im Visier der EOC und radikaler Muslime.

Früher richtete sich vor allem die äthiopisch-orthodoxe Kirche (EOC) gegen aufkommende protestantische Gemeinden und bedrängte deren Mitglieder. Protestantische Gemeinden sind in Äthiopien die am schnellsten wachsende Glaubensgemeinschaft. Doch auch Erneuerungsbewegung in den eigenen Reihen wurden unterdrückt.

Inzwischen haben sich Islamisten in mehrheitlich muslimischen Gebieten als Hauptverfolger von Protestanten aber auch EOC-Mitgliedern herausgestellt. Gegner der Christen finden sich heute mehr innerhalb gesellschaftlicher Gruppen als in Kreisen der Regierung.

Es existiert kein Gesetz, das die Integration von neu zum Glauben gekommenen Christen in einheimische Gemeinden untersagt. Allerdings stellen sich Ortsansässige und die Familien der betreffenden Christen häufig gegen sie. Daher «ermutigen» leitende Mitglieder der EOC und muslimische Gruppen zum Angriff auf Kirchen und Konvertiten. Die Ziele sind dabei völlig verschieden, jedoch haben beide einen gemeinsamen «Feind» und eine ähnliche Strategie.



Die EOC bleibt weiter eine Quelle der Verfolgung von Christen in Äthiopien. Leiter sehen durch das Aufkommen anderer Kirchen und Gemeinden ihre historische Vorherrschaft bedroht. Ihrer Ansicht nach, so berichten einheimische Informanten, würden Protestanten und Islamisten ihnen Mitglieder nehmen und damit die Kirche und die Nation zu zerstören versuchen. EOC-Mitglieder zeigen ihrer Konfession gegenüber Hingabe und starkes Engagement.

Der «innere Kern» der EOC stellt sich auch gegen Erneuerungsbewegungen innerhalb der Kirche. Vermeintlichen Reformer gelten insgeheim als Agenten der Protestanten. Eine Reihe von Priestern und anderen kirchlichen Mitarbeitern wurden aus der Kirche ausgeschlossen, nachdem ihnen unterstellt wurde, «reformatorisch» zu sein.

Radikaler Islamismus ist eine weitere Quelle für Verfolgung in Äthiopien. Muslime missbilligen es, wenn Mitglieder der örtlichen Moscheegemeinde von protestantischen Christen evangelisiert werden.

Darüber hinaus ist die unvorhergesehene Verschiebung des Islamismus in Äthiopien vom sunnitischen Islam hin zur wahhabitischen Richtung, einer strengen Form des Islam, eine negative Entwicklung in Äthiopien. Es wird vermutet, dass Leiter und Predigereinheimischer islamischer Bewegungen und Prediger aus arabischen Ländern Intoleranz sowie eine neues Selbstbewusstsein gefördert haben.

Auffallend ist auch die häufige Erhebung falscher Anschuldigungen gegen Christen. Fast alle Inhaftierungen waren die Folge von fingierten Anschuldigungen. Die Beamten schienen sich des internationalen Drucks bewusst zu sein. Behauptungen, es komme zu Menschenrechtsverletzungen, weisen sie heftig zurück. Jedes Mal, wenn Christen ins Gefängnis mussten, gab es zahllose Vorwände. Die Beleidigung anderer Religionen, illegale Versammlungen, illegales Bauen, Diebstahl und Bedrohung des öffentlichen Friedens sind einige davon. Es wurden falsche Zeugen herangezogen, und es kam zur Verurteilung.

Die Spannung zwischen der EOC und den Islamisten hat die Aufmerksamkeit der Regierung erregt. Mit dem Wohlwollen des Ministeriums für Bundesangelegenheiten wurde ein «Forum des Religionsdialogs für Frieden und Entwicklung» gegründet. Dem Forum gehören Führungspersönlichkeiten aus EOC, Islamisten und Protestanten gehören an. Inzwischen berichten einige Gemeindeführer, dass das Forum dafür benutzt werde, «allgemein übliche» Restriktionen durchzusetzen, etwa gegen das Evangelisieren außerhalb von Kirchen.

Im Bundesstaat Benishangul Gumuz beispielsweise ist es Christen nicht erlaubt, an öffentlichen Versammlungsorten, in Büros, Schulen, auf Märkten usw. über Religion zu diskutieren. Im Staat Oromia wurden Gemeinden Massenveranstaltungen an öffentlichen Orten untersagt. Oromia ist die Region, wo viele islamistische Angriffe stattgefunden haben.

EOC und Islamisten werden protestantische Christen weiterhin als Bedrohung betrachten. Doch radikale Muslime zielen auch auf die EOC im Allgemeinen ab. Open Doors erwartet, dass die Verfolgung aller Christen – ungeachtet ihrer Konfession – kurzfristig zunehmen wird, und das umso mehr, als der extremistische Islam in Äthiopien aus dem Ausland unterstützt wird. Zudem zieht es einige extremistische Gruppen wie Al Shabaab aus dem benachbarten Somalia nach Äthiopien.

Dschibuti Platz 39:

Die Punktebewertung für Dschibuti bleibt gleich. Das ostafrikanische Land verbleibt auf Platz 39. Open Doors hat zwar nur eingeschränkten Zugang zu Informationen über die Christen im Land, doch den Einschätzungen nach hat sich ihre Situation nicht verändert.

Hauptquelle der Verfolgung ist der islamische Extremismus. Dem Religionsfreiheitsbericht (IRF) des US-Außenministeriums vom Juli bis Dezember 2010 zufolge «schützen die Verfassung und andere Gesetze sowie die Staatsführungen die Religionsfreiheit. In der Praxis setzte die Regierung diese Schutzvorkehrungen im Allgemeinen durch».



Obwohl der Islam Staatsreligion ist, hat die Regierung dem IRF-Bericht zufolge «denen keine Sanktionen auferlegt, die sich entschlossen, die islamischen Lehren zu ignorieren oder andere Glaubensrichtungen zu praktizieren».

Das Fazit des IRF im Hinblick auf Familienfragen trübt diesen Eindruck jedoch: «Die Regierung gestattet nur nicht-muslimischen ausländischen Einwohnern eine standesamtliche Ehe. Muslime werden im Rahmen einer religiösen Zeremonie verheiratet. Ein Nichtmuslim darf eine muslimische Frau nur nach der Bekehrung zum Islam ehelichen.» Nach dem Familienrecht «ist ein Hindernis für die Eheschließung gegeben, wenn eine muslimische Frau beabsichtigt einen Nichtmuslim zu heiraten».

Aufgrund von begrenzten Informationen ist es schwierig, die Haltung der Regierung Christen gegenüber genau zu bestimmen, besonders gegenüber Christen muslimischer Herkunft.

Gelegentliche Berichte aus früheren Jahren über Verfolgung haben unterschieden zwischen «registrierten Ausländergemeinden» und «einheimischen Christen», von denen die meisten nur heimlich ihren Glauben leben können. Derartige Unterscheidungen machen es wahrscheinlich, dass auch die Regierung an Verstößen gegen das Recht auf Religionsfreiheit beteiligt ist. Im IRF-Bericht für Juli bis Dezember 2010 heißt es: «Es gab gelegentliche Berichte über gesellschaftliche Diskriminierung auf der Grundlage von Religionszugehörigkeit, Überzeugung oder Praxis. Gesellschaftliche Normen und Gebräuche haben vom Missionieren durch Nichtmuslime und vom Religionswechsel aus dem Islam abgeschreckt; nicht-muslimische religiöse Gruppen haben sich im Allgemeinen nicht am öffentlichen Missionieren beteiligt». Aus Angst vor Entdeckung teilen Konvertiten ihrer Familie und der örtlichen Gemeinschaft ihren neuen christlichen Glauben oft nicht mit.

Sowohl die Regierung als auch gesellschaftliche Gruppen wollen den islamischen Charakter des Landes schützen. Doch offenbar betreiben die eigene Familie von Konvertiten und die örtliche Gemeinschaft die Verfolgung aktiver als die Regierung. In Anbetracht eines Mangels an direkten Informationsquellen für den Berichtszeitraum ist es schwierig, Angaben zur künftigen Entwicklung der Lage für Christen zu machen.

Jordanien Platz 40:

Jordanien erlebte einen gemäßigten «arabischen Frühling». Die Regierung reagierte auf lokale Proteste für politische Reformen mit erheblichen Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst und Subventionen für Nahrungsmittel und Energieversorgung. Dadurch wurden die Proteste begrenzt.

In einem der bekanntlich am stärksten westlich orientierten Länder im Nahen Osten erleben traditionelle Christen ein gewisses Maß an religiöser Freiheit. Gemäß der jordanischen Verfassung «stellt der Staat die freie Ausübung aller Religionen sicher, solange diese mit den Sitten und Gebräuchen des Landes einhergehen und diese nicht der öffentlichen Ordnung oder Moral zuwiderlaufen». Der Islam ist Staatsreligion, das jordanische Rechtssystem basiert auf der Scharia (Islamische Gesetzgebung) und Gesetzen europäischen Ursprungs. Allerdings ist eine Abkehr vom Islam verboten und die «öffentliche Missionierung» von Muslimen gilt als Verstoß gegen Regierungsvorgaben.

Im Großen und Ganzen war das Zusammenleben von Muslimen und Christen im Berichtszeitraum friedlich. Christen muslimischer Herkunft fallen jedoch noch immer unter die Rechtsprechung von Scharia-Gerichten und haben im Allgemeinen wenig Aussicht, Schikane und Verhöre zu vermeiden.

In der Vergangenheit hat die eigene Familie Anklage vor Scharia-Gerichten gegen die Konvertiten erhoben, was den Verlust des Sorgerechtes für die Kinder, die Scheidung der Ehe und den Entzug einzelner Bürgerrechte zur Folge hatte. Christen muslimischer Herkunft sind Diskriminierung und seelischem sowie körperlichem Missbrauch durch ihre Familien und manchmal auch durch Behörden und die Gesellschaft ausgesetzt.



Geheimdienstbeamte haben Berichten zufolge mehrmals Christen muslimischer Herkunft zu ihrem Glauben verhört, mit einem Gerichtsprozess und anderen Konsequenzen gedroht sowie Belohnungen wie etwa einen Arbeitsplatz für eine Rückkehr zum Islam in Aussicht gestellt. Weiter wurden Arbeitszeugnisse, die für Bewerbungen oder die Eröffnung eines Geschäftes wichtig waren, verweigert und Arbeitgebern wurde geraten, Christen muslimischer Herkunft zu entlassen.

Über einige Jahre hinweg gab es beträchtliche Spannungen zwischen evangelikalen Freikirchen und traditionellen Kirchen in dem haschemitischen Königreich. Diese scheinen sich weitgehend gelegt zu haben. Die meisten neuen Christen entstammen der nominellen christlichen Gemeinschaft, aber seit Kurzem kommen mehr und mehr Muslime in Jordanien zum christlichen Glauben. Während die Gemeinde Jesu in dem Land zahlenmäßig insgesamt abnimmt, erleben die Freikirchen ein ermutigendes Wachstum: eine Verdopplung im Zeitraum 1995 bis 2010. Daraufhin haben die Behörden diese Gemeinden verstärkt beobachtet und Geheimdienstmitarbeiter sind vor manchen Gemeinden postiert. Manche Gemeindeleiter werten dies jedoch anders: Die Sicherheitsdienste seien wegen der Drohungen gegen christliche Kirchen in der Region zum Schutz abgestellt worden.

Die Religionsfreiheit für Christen in Jordanien hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht bedeutend verändert. Entsprechend rangiert das Land auf Platz 40. Es gab keine nennenswerten Übergriffe auf Christen im Berichtszeitraum. Jedoch übten örtliche Behörden Druck besonders auf Christen muslimischer Herkunft aus; sie wurden überwacht und manchmal verhaftet. Christen muslimischer Herkunft erlebten auch Bedrohung durch die eigenen Familien und radikal-islamische Gruppen.

In Jordanien bleiben Christen weiter eine Gemeinschaft unter mäßigem Druck. Die Anzahl der Christen hat seit der Unabhängigkeit des Landes (1946) abgenommen, die Gründe hierfür sind niedrige Geburtsraten und Abwanderung ins Ausland.

Andererseits sind zahlreiche Christen aus dem Irak ins Land gekommen – eine noch anhaltende Entwicklung. Auch viele muslimische Flüchtlinge kommen aus dem Irak, aus den Palästinensergebieten und Syrien nach Jordanien, was zusammen mit dem Anwachsen des politisierten Islam den Druck auf die Christen erhöht, besonders auf Freikirchen und Christen muslimischer Herkunft.

Kuba Platz 41:

Kuba ist eines der wenigen in der Welt verbliebenen kommunistischen Länder. Vor einigen Jahren hat der alternde Landeschef Fidel Castro seinem Bruder Raúl die Regierung übertragen. Die erhofften Veränderungen blieben aus.

Kuba isoliert sich weiter vom Rest der Welt und steht unter totalitärer Kontrolle. Die Christen stellen knapp 57 Prozent der Bevölkerung, wobei die Mehrheit zur römisch-katholischen Kirche gehört. In den vergangenen Jahren ist die Zahl protestantischer Christen deutlich gewachsen und viele religiöse Organisationen berichteten von bemerkenswertem Mitgliederzuwachs und Aufbrüchen, besonders unter der jungen Bevölkerung. Die meisten Kirchen verzeichneten eine zunehmende Teilnahme von Kindern am Religionsunterricht, da die Regierung keine entsprechenden Veranstaltungen an Samstagen und Sonntagen mehr anbietet.

Die Verfassung Kubas garantiert zwar Religionsfreiheit, doch die Regierung schränkt diese in der Praxis ein. Kirchen müssen sich staatlich registrieren lassen, was jedoch schwierig ist.

Es gibt zahlreiche nicht-registrierte Hauskirchen ohne gesetzlichen Status, die Schikanen durch die Behörden erdulden müssen. Die Regierung begrenzt den Bau neuer Kirchengebäude; Genehmigungen sind nur schwer zu erlangen.



Eine Erlaubnis zum Druck christlicher Literatur gibt es selten. Bibeln, theologisches Studienmaterial und altersgerechte christliche Literatur sind kaum vorrätig.

Die wachsende Zahl der nicht-registrierten Hauskirchen hat keinen Zugang zu den Materialien, denn Bibeln werden in Kuba über offizielle Kanäle verteilt und auch nur an registrierte Kirchen.

Das totalitäre Regime duldet keine Konkurrenz. Religiöse Gruppierungen beklagen eine weitverbreitete Überwachung und Unterwanderung durch den Geheimdienst. Pastoren und Christen werden verschiedentlich unter Druck gesetzt, nicht zu evangelisieren und ihre Aktivitäten auf ihr Gemeindegelände zu beschränken.

Die in der Vergangenheit teils heftige Verfolgung von Christen verändert sich allmählich. Während die Christen früher misshandelt, verhaftet und manchmal sogar ermordet wurden, geschieht Verfolgung nun latenter. Weiterhin gibt es Drangsalierung, strenge Überwachung und Diskriminierung, gelegentlich kommt es auch zur Verhaftung von Leitern. Christen werden beobachtet und Gottesdienste sind mit Spionen durchsetzt; einige werden bedroht und an Schule und Arbeitsplatz diskriminiert.

Open Doors liegen keine Berichte vor, nach denen Personen aus rein religiösen Gründen verhaftet oder festgehalten worden wären. Gemäß dem Internationalen Bericht zur Religionsfreiheit im Auftrag des US-Außenministeriums behaupteten jedoch einige religiöse Gruppierungen, dass ihnen die Regierung wegen ihrer religiösen Aktivitäten Verbrechen zur Last gelegt habe, die sie nicht begangen hätten. Einige Pastoren und Christen teilten mit, dass sie unter scharfer Beobachtung stehen, wegen evangelistischer Tätigkeiten bedroht wurden, und angewiesen wurden, Aktivitäten auf ihr Kirchengrundstück zu beschränken.

Weil viele Gemeinden nicht registriert sind, haben sie keinerlei Rechtsstatus. In manchen Regionen erleben die Christen allerdings mehr Druck als in anderen, etwa in Varadero. Dies ist eine speziell für Touristen ausgelegte Region. Nur Kubaner, die dort arbeiten, dürfen dort auch wohnen. Christen wurden bereits wiederholt aufgefordert, dort nichts «Christliches» zu unternehmen. Besonders Jugendliche dürfen nicht angesprochen werden; dies werde als «Unterwanderung mit falscher Ideologie» eingeschätzt, so ein Pastor. Die Regierung von Kuba ist darauf bedacht, die Region «sauber» und für die tausenden nach Varadero reisenden Touristen angenehm zu erhalten.

Im aktuellen WVI verbleibt Kuba weiterhin auf Platz 41. Die Situation der Christen bleibt unverändert. Dies wird voraussichtlich auch in Zukunft so bleiben, solange das kommunistische Regime regiert. Verbesserungen sind nicht zu erwarten. Die von religiösen Organisationen gemeldeten Aufbrüche und Mitgliederzunahmen in Gemeinden unter der jungen Bevölkerung sind ein Zeichen der Hoffnung.

Belarus/Weißrussland Platz 42:

Das osteuropäische Weißrussland (Belarus) wird oft als die letzte in Europa verbliebene Diktatur angesehen. Regiert wird das Land seit 1994 von Alexander Lukaschenko mit autoritärem Führungsstil. Seine Regierung lässt wenig Raum für andersdenkende Gruppierungen, besonders politische.

Nach der Präsidentschaftswahl 2010 wurden Menschenrechte wie Redefreiheit und Versammlungsfreiheit wiederholt verletzt.

Obwohl die Verfassung die Gleichheit von Religionen und Denominationen festschreibt, ist die orthodoxe Kirche die einzige offiziell anerkannte Konfession – 80 bis 85 Prozent aller Christen in dem Land gehören ihr an. Katholiken und Lutheraner werden lediglich geduldet.

Die Registrierung einer christlichen Gemeinde in Weißrussland ist schwierig, wenn nicht gar unmöglich. Tatsächlich ist es jeder religiösen Organisation verboten, aktiv zu werden, es sei denn sie besitzt die Anerkennung als religiöse Körperschaft.



Das Gesetz zur Freiheit des Gewissens und religiöser Organisationen erklärt religiöse Aktivitäten von nicht-registrierten Organisationen zu einer kriminellen Handlung, was mit zwei Jahren Gefängnis oder hohen Geldstrafen geahndet wird.

Religiösen Gemeinschaften ist es untersagt, eigenen Medien zu entwickeln, religiöse Bildungseinrichtungen zu gründen, Geistliche auszubilden oder aus dem Ausland einzuladen, damit diese den Bedürfnissen der Christen begegnen könnten.

Mitglieder religiöser Organisationen haben nicht das Recht, außerhalb der Ortschaft, wo sie registriert sind, ihre Glaubensüberzeugungen weiterzugeben oder religiöse Handlungen durchzuführen (predigen, Literatur verteilen, öffentliche Gebetsversammlungen und Gottesdienste abhalten, etc.).

Protestanten und Katholiken sind in ihren Aktivitäten eingeschränkt und werden vom Geheimdienst beobachtet. Weil die evangelikalen Gemeinden zahlenmäßig wachsen, nimmt die Verfolgung ihnen gegenüber an Intensität zu.

Von Gewalt begleitete Hausdurchsuchungen in nicht-registrierten Kirchen sind an der Tagesordnung. Im März 2010 musste ein Pastor zweimal eine Geldstrafe in Höhe von über einem Monatsgehalt zahlen, weil er einer nicht-registrierten Gemeinde vorsteht. Jedes Mal folgte die Verurteilung auf eine zuvor im Gottesdienst durchgeführte Razzia.

Im Juli 2010 wurde ein Pastor gleich drei Mal an einem Tag dafür verurteilt, dass er in einem Dorf über seinen Glauben gesprochen hatte.

Einige Leiter der Christlich-Demokratischen Partei in Weißrussland wurden bedroht und sogar für längere Zeit ins Gefängnis gesteckt. Zwei von ihnen kamen ins Arbeitslager, wurden jedoch später wieder freigelassen. Einer der Jugendleiter der Partei, Dimitry Daschkevitsch, wurde unter unmenschlichen Bedingungen eingekerkert und durch Schlaf- und Nahrungsentzug sowie andauernde psychische Angriffe gefoltert.

Die überaus restriktiven Religionsgesetze in Weißrussland werden weiterhin von der Regierung als Mittel zur Unterdrückung religiöser Minderheiten eingesetzt. Eine Änderung ist derzeit nicht in Sicht.

Indonesien Platz 43:

Die Situation für die Christen in Indonesien hat sich bedeutend verschlechtert. Christen sehen sich mehr und mehr Feindseligkeiten und Verfolgung ausgesetzt.

Obwohl staatliche Behörden sich gerne den Anschein der Neutralität geben, suchen sie offensichtlich nur das Wohlwollen und die Unterstützung muslimischer Parteien, gerade auch extremistischer Prägung.

Bis 2010 haben mehr als 50 Regierungsbezirke (eine eben unterhalb der Provinzregierung) in 16 von insgesamt 33 Provinzen Indonesiens an die Scharia angelehnte Nebengesetze erlassen. Eine andere Quelle spricht von 151 Nebengesetzen, die im Zeitraum von 1999 bis 2009 in 24 Provinzen erlassen wurden. Diese Gesetze regeln den Moralkodex und das religiöse Leben, etwa hinsichtlich Prostitution, Glücksspiel, Alkoholenuss, Pornografie, Korankenntnis und muslimischer Kleiderordnung.

Die veränderte Haltung der Regierung zeigt sich deutlich im Umgang mit der Indonesischen Christlichen Kirche Taman Yasmin (GKI) in Bogor, West Java. Trotz Anordnung des Obersten Gerichtshofs im Dezember 2010, die Kirche wieder zu eröffnen, weigerte sich der Bürgermeister und äußerte gegenüber dem Innenminister Gamawan Fauzi, dass die Kirche nicht in einer Straße gebaut werden solle, die einen islamischen Namen trägt. Entsprechend ließ er die Kirche versiegeln und untersagte jedwede Treffen. Die Behörden setzten den Beschluss des Obersten Gerichtshofes nicht durch und beraubten so die Christen ihrer Rechte.



Übergriffe auf Kirchengebäude gab es im Jahr 2010 regelmäßig; die meisten Fälle wurden von den Behörden weder untersucht, noch wurde jemand verurteilt.

Zum ersten Mal in der Landesgeschichte erlebte die christliche Minderheit einen Anschlag durch einen Selbstmordattentäter. Am 25. September 2011 attackierte ein 31-jähriger Muslim die Christliche Gemeinde Bethel Injil Sepuluh in Keputon, Solo auf Java. 27 Menschen wurden dabei verletzt; der Attentäter starb. Wäre er etwas früher gekommen oder hätte er einen anderen Kircheneingang benutzt, so läge die Zahl der Opfer weitaus höher.

Am 26. September fand die Polizei eine ähnliche Bombe außerhalb der Maranatha Gemeinde in der Stadt Ambon auf der gleichnamigen Insel. Einige Tage zuvor – am 11. September – waren muslimische und christliche Gruppen aneinander geraten, wobei drei Personen getötet und mehr als ein Dutzend verletzt wurden.

In der Woche vor Ostern 2011 entdeckte die Polizei in Serpong, nahe Jakarta, fünf Sprengkörper, vergraben unter einer Gasleitung in der Nähe einer katholischen Kirche. Die Bomben sollten am Karfreitag explodieren, konnten aber entschärft werden.

Das in Jakarta ansässige «Setara Institut für Frieden und Dialog» berichtete von 99 Vorfällen allein im Zeitraum seit Juli 2011, die mit Gewalt und Konflikten einher gingen. Dies ist ein enormer Anstieg zum Vorjahr in dem insgesamt mit 99 Vorfällen registriert wurden.

Extremistische muslimische Gruppierungen verhalten sich zunehmend feindselig und gewaltbereit gegenüber Christen und werden von nationalen und lokalen Behörden nicht daran gehindert. Radikale nutzen gerne die Blasphemiegesetze als Legitimation für ihre Aktionen.

Der nachsichtige Umgang der Behörden mit den Urhebern christenfeindlicher Übergriffe hat einen Freiraum für Extremisten geschaffen der die Zukunft der christlichen Minderheit zunehmend schwierig erscheinen lässt. Darin liegt auch der Grund für das Vorrücken des Landes im WVI 2012.

Palästinensergebiete Platz 44:

Das Grundgesetz in den Palästinensergebieten – gegenwärtig ein Ersatz für eine Verfassung – erklärt den Islam zur offiziellen Staatsreligion und die Scharia (islamische Gesetzgebung) zur Grundlage der Rechtsprechung. Offiziell wird Glaubensfreiheit garantiert, solange die öffentliche Ordnung oder Moral nicht verletzt werden.

Die Dynamik der Christenverfolgung in den Palästinensergebieten ist komplex. Die Situation im Gazastreifen stellt sich anders dar als im Westjordanland, da beide Gebiete unterschiedliche Regierungen haben – wenngleich sich Hamas und Fatah seit Kurzem annähern. Die Palästinenserbehörde herrscht in beiden Gebieten – die nicht den Status einer eigenständigen Nation haben – und zeigt dabei eine insgesamt negative Haltung gegenüber den Christen. Berichten zufolge nimmt der Druck auf Christen zu, insbesondere auf Christen muslimischer Herkunft. Die Situation ist vergleichbar mit der zum WVI 2011.

Im Palästinensergebiet gibt es verschiedene christliche Gruppen: traditionelle Christen (zumeist mit palästinensischem oder arabischem Hintergrund) und Christen muslimischer Herkunft.

Palästinensische Christen sehen sich von mehreren Seiten verfolgt und bedrängt. Im Bereich der Verfolgung arabischer Christen gilt es zu unterscheiden zwischen politischer - aufgrund ihrer Volkszugehörigkeit - und religiöser - aufgrund ihres Glaubens. Im Allgemeinen wird die Bevölkerung im Palästinensergebiet mehr und mehr muslimisch. Die Anzahl palästinensischer Christen nimmt rasant ab. Der Hauptgrund hierfür liegt in der Auswanderung von Christen. Neben dem wachsenden Einfluss des Islams spielen dabei auch die wirtschaftlichen Verhältnisse eine Rolle. Christen können relativ leicht auswandern, wenn sie über die finanziellen Mittel verfügen, Englisch sprechen und Kontakte oder Verwandte im westlichen Aus-



land haben. Die Restriktionen von israelischer Seite sind ein weiterer Grund für die Emigration arabischer Christen aus den Gebieten.

Die etwa 40.000 Christen bilden eine Minderheit in dem islamisch geprägten Umfeld. Traditionelle Christen haben das Recht, ihre Religion auszuleben und zu praktizieren, es sei denn, sie versuchen Muslime zu evangelisieren.

Christen muslimischer Herkunft werden von der Gesellschaft und ihren Familien unterdrückt, wenn ihr Glaubenswechsel bekannt wird. Der Staat versagt darin, einzelnen Christen zu ihrem Recht zu verhelfen oder ihre Rechte zu schützen. In manchen Fällen müssen sie um ihrer Sicherheit willen in sogenannte «Schutzhäuser» in der Region fliehen.

Im Gazastreifen üben insbesondere radikal-islamische Gruppierungen Druck auf die Christen aus. Hinzu kommt die Unterdrückung durch die Hamas, so dass sich immer mehr Christen gezwungen sehen, das Land zu verlassen.

Auch im Westjordanland werden Christen diskriminiert, obwohl von dort keine massive Verfolgung gemeldet wird.

In der Gesamtpunktzahl haben die Palästinensergebiete im Vergleich zum WVI 2011 zugelegt; die Region verbleibt aber auf Platz 44. Der Hauptgrund für den Punktezuwachs liegt in einem «Ehrenmord». Aus Sicherheitsgründen können keine Einzelheiten dazu genannt werden. Auch wurde ein christlicher Chirurg im Februar 2011 in Gaza angegriffen. Danach erhielt er mehrere Warnungen, er solle seine evangelistischen Aktivitäten einstellen. Der Arzt gab an, dass er mit niemanden über seinen Glauben spreche.

Der Palästinenserpräsident Mahmud Abbas bat am 23. September 2011 vor den Vereinten Nationen um die Anerkennung eines unabhängigen palästinensischen Staates. Der Sicherheitsrat berät darüber; die USA haben bereits erklärt, dass sie im Falle einer Abstimmung ihr Veto einlegen würden.

Die UNESCO hat die Palästinensergebiete zwischenzeitlich am 31. Oktober 2011 als Vollmitglied aufgenommen.

Einige Beobachter erwarten keine Auswirkungen des «arabischen Frühlings» in anderen arabischen Ländern in Gaza, da die Bevölkerung im Land mit der Hamas insgesamt zufrieden sei. Andere wiederum befürchten, dass der wachsende Einfluss der Muslimbruderschaft in Ägypten sich auch auf die Palästinenser und damit nachteilig besonders auf die Christen auswirken wird.

Kasachstan Platz 45:

Kasachstan ist Mitglied der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und stellte 2010 den Präsidenten. Um einen guten Eindruck zu machen, haben die Behörden in Kasachstan ein geplantes Gesetz zur Religionsausübung ausgesetzt, welches religiösen Gruppierungen etwa Muslime und Christen sowie auch kleineren Gruppen wie Zeugen Jehovas geschadet hätte.

Wegen dieser Aussetzung fiel das Land aus dem WVI und landete vergangenes Jahr auf Platz 52. Beobachter verschiedener Nichtregierungsorganisationen hatten gewarnt, dass das Gesetz ratifiziert werden würde, sobald sich das Land nicht mehr im internationalen Blickpunkt befinde.

Diese Stimmen behielten Recht, denn im September 2011 erließ das Parlament zwei Gesetze, welche die Religionsfreiheit weiter einschränken. Diese Verordnungen sind seit Oktober 2011 in Kraft.

Der Name der Gesetze ist Programm: Das «Gesetz zu Religionsausübung und religiöse Gemeinschaften» beschäftigt sich ebenso mit Religion wie eine weitere Gesetzessammlung, die gleich neun andere Gesetze



berührt. Es ist bezeichnend, dass der Begriff «Freiheit» in den Titeln nicht auftaucht, im Unterschied zu den Vorläufern aus dem Jahr 1992.

Öffentliche Diskussionen dazu wurden untersagt und Warnungen vom Ausland – einschließlich der OSZE – blieben von der Regierung unbeachtet. Ohne diese Missachtung einer befreundeten Organisation zu berücksichtigen, hat der Europäische Rat Kasachstan eingeladen, Vollmitglied in der «Kommission für Demokratie durch Recht» – bekannt als «Venediger Kommission» zu werden. Die Gesetze zielen darauf ab, den extremistischen Islam einzudämmen, doch nicht-registrierte christliche Gemeinden leiden ebenfalls darunter. Auf größere Kirchen wie die orthodoxe Kirche scheinen die Gesetze weniger Auswirkung zu haben.

Im Zusammenhang mit dem Einführungsprozess der Gesetze ließ der Präsident verlautbaren: «Wir müssen Ordnung in unser Haus bringen. Ich gehe davon aus, dass Sie (das Parlament) diese Sache mit Ernsthaftigkeit angehen, und wir alles tun werden, was getan werden muss».

Wie bereits in anderen zentralasiatischen Staaten fordern die Verordnungen von religiösen Gruppierungen eine erneute Registrierung. Das stellt insbesondere für einige kleinere christliche Glaubensgemeinschaften eine unüberwindliche Hürde dar. Das System aus vier Ebenen der Registrierung ist sehr kompliziert; der Prozess ist bürokratisch und mühsam.

Nicht-registrierte religiöse Aktivitäten sind verboten. Einer nicht-registrierten Gruppierung vorzustehen, ihr anzugehören oder diese finanziell zu unterstützen, ist eine Straftat. Dies hat große Auswirkung auf christliche Gemeinschaften, die sich nicht registrieren lassen wollen etwa Baptistengemeinden oder auf jene, welche die Voraussetzungen für die neue Registrierung nicht erfüllen. Die Gesetzesänderungen sehen schwere Strafen für Personen vor, die in irgendeiner Weise mit solchen Gruppierungen in Verbindung stehen.

Die verschiedenen Neuregelungen sind zahlreich. Jeder nur denkbare Aspekt der Religionsausübung wird eingeschränkt. Alle religiösen Materialien unterliegen der Zensur, neue Gottesdiensträume erfordern eine Bewilligung durch die lokalen und nationalen Regierungsbehörden, Gründer von Religionsgemeinschaften müssen Bürger Kasachstans sein und Dienste unter Jugendlichen werden definitiv schwieriger.

Der Sprung im aktuellen WVI von 8,5 Punkten nach oben liegt nicht in der äußerst rigiden neuen Gesetzgebung. Die Regierung ist zudem entschlossen, gegen alle Religionen vorzugehen, die von ihr als extremistisch eingestuft werden - einschließlich des Christentums.

Christen müssen mit ernststen Folgen rechnen, da sie eine Minderheit stellen und so ein leichtes Ziel bieten. Die ersten nach dem Berichtszeitraum eingegangenen Zeichen weisen auf harte Zeiten für Christen hin: Eingeladene Pastoren wurden daran gehindert, an Konferenzen teilzunehmen, erste Entwürfe zeigen die zu erwartende Zensur aller religiöser Literatur und Gegenstände. Christen – wie auch andere Gruppierungen – sind angehalten, täglich über ihre Maßnahmen gegen religiösen Extremismus zu berichten.

Falls die Entwicklung so weiter geht, wird Kasachstan bald einen Platz inmitten der anderen zentralasiatischen Länder im WVI einnehmen.

Bahrain Platz 46:

«Wenn sich nicht alle Konfliktparteien auf einen umfassenden Dialog einigen, der sinnvolle Reformen zum Ziel hat, wird Bahrain in einen anhaltenden und kostspieligen politischen Stillstand geraten», so die Analyse der «International Crisis Group» (ICG) in ihrem am 28. Juli 2011 gegebenen Länderkurzbericht.

In Bahrain demonstrierte die mehrheitlich schiitische Bevölkerung gegen die sunnitische Regierung und brachte so den Streit um die Vorherrschaft zwischen Saudi Arabien und dem Iran zum Ausdruck. Die Saudis sandten der Regierung in Bahrain Truppen, um den Funken der Revolution des «arabischen Frühling» auszulöschen. Der Iran beschränkte sich bislang auf rhetorische Drohungen.



Die Verfassung des Königreichs Bahrain erklärt den Islam zur Staatsreligion und weiter: «Der Staat garantiert die Unantastbarkeit der Anbetung und die Freiheit, religiöse Riten, Feste, Prozessionen und Versammlungen abzuhalten, solange diese im Einklang mit den landesüblichen Gebräuchen stehen». Die Scharia (islamische Gesetzgebung) ist Grundlage für die Rechtsprechung im Land.

Das hauptsächlich vom schiitischen Islam geprägte Land ist aufgrund seiner Position im internationalen Bankwesen und Handel im Allgemeinen recht tolerant. Es gibt zwei christliche Buchläden und einige christliche Krankenhäuser. Eine beträchtliche Anzahl von ausländischen Christen - zumeist aus Südostasien - lebt und arbeitet in Bahrain. Ausländer können ihren Glauben relativ ungehindert in privaten Gottesdienststräumlichkeiten praktizieren. Es gibt jedoch nur wenige zur Verfügung stehende Gebäude, die von mehreren Dutzend Gemeinschaften gleichzeitig genutzt werden müssen. Die Missionierung von Muslimen ist gesetzlich verboten. Werbung für die Gottesdienste darf nur in Englisch, nicht aber in Arabisch erfolgen.

Üblicherweise zeigt die Gesellschaft keine Toleranz gegenüber dem Glaubenswechsel eines Muslims hin zu einem anderen Glauben. Konvertiten wurden von ihren Familien und Dorfgemeinschaften verbannt und manchmal auch körperlicher Gewalt ausgesetzt.

Christen muslimischer Herkunft wagen es in der Regel nicht, über ihren Glaubenswechsel zu sprechen. Manche hielten es für besser, das Land für immer zu verlassen. Der Druck geht hauptsächlich von Familien und der Gesellschaft aus, weniger von der Regierung.

Die Verfolgung von staatlicher Seite her hat offenbar sogar abgenommen. Derzeit ist die Regierung damit beschäftigt, die Stabilität im Land zu bewahren und Proteste niederzuschlagen.

Bahrain ist mit Rang 46 einen Platz niedriger eingestuft als im Vorjahr; die Gesamtzahl der Punkte hat sich gleichwohl leicht erhöht. Die Herabstufung erklärt sich durch die Zunahme von Punkten in anderen Ländern des WVI.

Der Grund für die höhere Punktevergabe sind weitere Informationen über die mangelnde Freiheit für Muslime, ihren Glauben wechseln zu können. Da die Verfassung den Islam als Staatsreligion benennt und das islamische Gesetz als wichtigste Quelle der Rechtsprechung gilt, ist es Muslimen verboten, ihren Glauben zu verlassen.

Christen muslimischer Herkunft werden auch nach ihrem Glaubenswechsel weiter vom Staat als Muslime angesehen. Eine Gesetzesänderung diesbezüglich wurde nicht gestattet. Hinsichtlich der Religionsfreiheit für Christen bleibt Bahrain eines der freiesten Länder der arabischen Halbinsel.

Kolumbien Platz 47:

Formal betrachtet ist das südamerikanische Kolumbien ein modernes demokratisches Land, in dem Rechtsstaatlichkeit und Religionsfreiheit garantiert werden.

Doch weite Teile des Landes werden von kriminellen Organisationen, Drogenkartellen, revolutionären und paramilitärischen Truppen kontrolliert. In seinen zwei aufeinander folgenden Amtsperioden gelang es Präsident Álvaro Uribe recht gut, den Einfluss dieser Gruppierungen zu schwächen. Allerdings konnte er deren Aktivitäten nicht völlig ausschalten, und so bleibt eine Bedrohung der nationalen Sicherheit.

Recherchen von Open Doors haben ergeben, dass kriminelle Organisationen gezielt gegen Christen vorgehen. Daher ist Kolumbien erneut unter den 50 Ländern, in denen Christen am stärksten verfolgt und benachteiligt werden.



Die Verfolgung durch kriminelle Organisationen wird weithin durch die Kombination zweier Faktoren verstärkt: Das organisierte Verbrechen sieht Christen, die öffentlich Widerstand gegen kriminelle Mächtschaften zeigen, als Bedrohung an; insbesondere dann, wenn sie sich in sozialen Projekten oder in der Politik engagieren. Außerdem ist bekannt, dass der christliche Glaube sich nicht mit ihren revolutionären Idealen vereinbaren lässt. Die Rebellen fürchten den Einfluss der Christen auf die Gesellschaft oder gar auf ihre eigenen Gefolgsleute, der zum Widerstand gegen ihre Aktivitäten führen könnte.

Im Jahresbericht 2010 listet die christliche Organisation «Justapaz» Übergriffe gegen Christen auf: 95 Morddrohungen bzw. Mordversuche, 71 erzwungene Vertreibungen, 17 Tötungsdelikte, zwei verschwundene Personen; viele wurden zusammen geschlagen, gefoltert und zur Mitarbeit gezwungen. Laut «Justapaz» sind kriminelle Organisationen für knapp 90 Prozent dieser Vorfälle verantwortlich.

Open Doors-Informationen zufolge wurden im Jahr 2011 fünf Christen wegen ihres Glaubens getötet. Die Dunkelziffer dürfte aufgrund der andauernden bewaffneten Auseinandersetzungen im Land weit höher liegen.

Im Februar wurden ein Pastor und zwei seiner Verwandten in der Stadt Dibulla, Guajira von rechten Rebellentruppen ermordet als Vergeltung für die zunehmende Anzahl von Christen. Damit sollten auch die Gebets- und Fastentreffen gestoppt werden.

Am 5. März 2011 wurde Pastor George Ponton von der Evangelical Christian Church of Colombia im Bezirk Cauca von einheimischen Stammesführern vergiftet. Zwei Christen, die für die World Missionary Movement Church tätig waren, wurden im September 2011 von Milizen umgebracht.

Die stärkste Verfolgung erfahren die auf dem Land lebenden indigenen Christen (Zahlen liegen nicht vor) durch Allianzen zwischen der «heidnischen» (nicht-christlichen) Bevölkerung und paramilitärischen Truppen. Die heidnische Bevölkerung erhält materielle Unterstützung von Paramilitärs, damit sie die indigenen Christen verfolgen können.

Die paramilitärischen Gruppen (FARC und andere) führen die Bevölkerung der Behauptung in die Irre, die indigenen Christen zerstörten ihre Kultur und Traditionen. So instrumentalisiert die FARC die Bevölkerung quasi als erweiterte Armee, um Christen zu terrorisieren.

Die Gebiete indigener Stämme sind in Kolumbien durch ein nationales Gesetz geschützt, welches ihnen Autonomie bescheinigt. Wegen dieser Autonomieregelung dürfen staatliche Sicherheitskräfte (Polizei und Militär) diese Gebiete nicht betreten. Die Regionen werden durch Organisationen der Volksgruppen verwaltet, die aber so schwach sind, dass sie von Guerillas unterwandert werden. Weil die Regierung dort nicht präsent und Rechtsstaatlichkeit praktisch nicht gegeben ist, sind diese Gebiete zu sicheren Rückzugsgebieten für die Guerilla mit ihrem Drogenhandel geworden. Diese Situation trägt zur Verschlimmerung der Christenverfolgung bei.

Dessen ungeachtet verbessert sich die Sicherheitslage in Kolumbien fortwährend, auch weil zwei hochstehende Befehlshaber der FARC 2009 und ein weiterer Anfang 2011 gefangen genommen wurden.

Die Gewalt in Kolumbien ist allerdings strukturbedingt, und in Gebieten ohne Regierungskontrolle können Drogenkartelle und illegale bewaffnete Truppen weiter ungehindert agieren.

Solange die Christen sich als alternative Stütze der Gesellschaft zeigen und dies durch ihr Engagement in sozialen und politischen Tätigkeiten unter Beweis stellen, werden sie weiterhin im Visier der Kartelle sein.

Kirgisistan Platz 48:

Die diesjährige Herabstufung von Platz 46 im Vorjahr bedeutet nicht, dass sich die Situation der christlichen Minderheit verbessert hat. Die Anzahl der Bewertungspunkte hat leicht zugenommen hat. Doch



durch die Neuzugänge im aktuellen WVI und die Ausweitung der Verfolgung in Indonesien, ist Kirgisistan auf Platz 48 abgerutscht.

Das zentralasiatische Land hat einige politische Unruhen hinter sich. Die alte Regierung wurde gestürzt und die Übergangsregierung stand vor der schwierigen Aufgabe, die für die Zukunft notwendigen Veränderungen im Land zu definieren.

Obwohl Kirgisistan sich noch immer im Übergangszustand befindet, wurden in dem Land Ende Oktober 2011 die ersten freien demokratischen Wahlen im gesamten zentralasiatischen Raum abgehalten. Es gab wenige Unregelmäßigkeiten, die Wahlen verliefen friedlich und brachten einen neuen Präsidenten ins Amt. Ob diese Änderungen Erleichterungen für die Christen im Land bringen werden, bleibt offen.

Der neue Präsident hat angekündigt, er werde sich auf die Einigkeit des Landes konzentrieren. In Erinnerung an die gewaltsamen ethnischen Auseinandersetzungen im Jahr 2010 mit dem usbekischen Teil der Bevölkerung im Süden von Kirgisistan, ist dies ein wichtiges Ziel. Doch jedes Mal, wenn in anderen asiatischen und zentralasiatischen Staaten die Konzentration auf Einigkeit und soziale Harmonie als politisches Ziel und Strategie ausgegeben wurde, führte dies zu Schikanen und Unterdrückung von Minderheiten, die Christen eingeschlossen. In Kirgisistan kann Ähnliches geschehen.

Die strengen im Jahr 2009 eingeführten Religionsgesetze sind noch in Kraft. Der Übertritt zum christlichen Glauben ist Muslimen weiterhin nicht erlaubt, wodurch das Leben der kleinen Gruppe von Christen muslimischer Herkunft erschwert wird.

Wie in anderen zentralasiatischen Ländern unterscheidet das Gesetz zwischen staatlich registrierten und nicht-registrierten Gemeinschaften, wobei die Registrierung für christliche Kirchen mit schier unüberwindlichen Hürden verbunden ist.

Größere Kirchen – wie die russisch orthodoxe – sind davon weniger betroffen. Literatur und andere religiöse Materialien unterliegen der Zensur; christliche Unterweisung für Kinder ist selbst für registrierte Gemeinschaften nur eingeschränkt durchführbar.

Christen erleiden körperliche Angriffe; Versammlungsorte wie Privathäuser werden überfallen. Christen muslimischer Herkunft erfahren Unterdrückung durch Familien, Freunde und Nachbarn.

Gemäß vorliegenden Berichten werden Christen intensiv überwacht: durch den Staat, durch islamische Geistliche und die «Malhalla» (Nachbarschaftskomitees).

Kirgisistan befindet sich an einem Wendepunkt seiner Geschichte. Die ersten freien und fairen Wahlen haben den Minderheiten – ethnischen wie religiösen – die Möglichkeit zur Erlangung eines rechtlichen Status eröffnet. Die Einstellung der Gesellschaft tendiert jedoch eher zur Diskriminierung der Christen in Verbindung mit einer Nichtanerkennung der durch die Regierung gewährten Freiheit.

Bangladesch Platz 49:

Im aktuellen WVI wurde Bangladesch von Platz 47 auf Rang 49 zurückgestuft, obgleich die Situation hinsichtlich der Verfolgung von Christen im Wesentlichen unverändert ist.

Am 20. Juni 2011 hat die Regierung von Bangladesch ihr Festhalten am Islam als Staatsreligion verkündet. Die Regierung schlägt Änderungen in der Verfassung vor, diese würden sich aber nicht auf das derzeitige Rechtssystem auswirken. Das Erbrecht und andere Bereiche des Familienrechts basieren bereits auf der Religion. Mit den neuen Vorschlägen sollen gewisse Aspekte des Säkularismus wieder hergestellt werden, für die christliche Minderheit sind jedoch kaum Änderungen zu erwarten.



Christen dürfen ihren Glauben im Allgemeinen ausleben, doch insbesondere Konvertiten aus dem Islam müssen achtsam sein.

Sie müssen beispielsweise jederzeit damit rechnen, dass örtliche Behörden oder die muslimische Bevölkerungsmehrheit Gottesdienste stören oder einzelne Christen unter Druck setzen. Berichte erwähnen tätliche Angriffe auf Christen ebenso wie auf ihre Häuser und Versammlungsstätten.

Auf der anderen Seite wurden Christen bei einer Gerichtsverhandlung im August 2011 freigesprochen. Sie waren angeklagt, «religiöse Gefühle verletzt zu haben», weil sie ein zweitägiges Gesundheitslager organisiert hatten, bei dem Dorfbewohner kostenlos behandelt wurden. Auch ein anderer Christ wurde vom Gericht entlastet. Ihm war die Verteilung christlicher Literatur im März 2011 nahe einer muslimischen Versammlung zum Vorwurf gemacht worden war.

Obwohl die feindselige Einstellung von Familie, Gesellschaft und Regierung nicht so offenkundig ist wie in anderen muslimischen Ländern und der Einfluss des extremistischen Islam eher schwach ist, bleiben die Aussichten für die christliche Minderheit gemischt.

Malaysia Platz 50:

Malaysia ist in der Bewertung um 4,5 Punkte gestiegen und verbleibt damit im WVI.

Das südostasiatische Land ist in mehrfacher Hinsicht zweigeteilt. Der westliche Teil, die malaiische Halbinsel, ist streng islamisch und etliche dort befindliche Bundesstaaten nutzen die Scharia als Rechtsgrundlage. Der östliche Teil des Landes (Teile der Insel Borneo) ist vorwiegend animistisch und christlich geprägt. Der sunnitische Islam ist laut Verfassung «Religion des Staatswesens».

In der Praxis dürfen nur nicht-malaysische Bürger ihren Glauben frei wählen. Für 75 Prozent der Bevölkerung wäre demnach ein Glaubenswechsel illegal. Ethnische Malaien gelten als Muslime.

In fünf Bundesstaaten kann Apostasie vom Islam mit einer Geldbuße oder sogar Gefängnisstrafe geahndet werden.

Die wachsende Abneigung gegenüber Christen lässt sich anhand der folgenden Ereignisse darstellen: Ohne jede Befugnis drangen am 3. August 2011 mindestens 20 Beamte der Abteilung für Islamische Angelegenheiten im Staat Selangor zusammen mit Polizisten in einen Gemeindesaal der Methodistenkirche ein. Dort machten sie Fotos und Videoaufnahmen der etwa 100 anwesenden Gäste eines gemeinschaftlichen Essens. Einer Meldung des obersten Malaiischen Kirchenbundes zufolge gaben die Beamten an, dass sie eine nicht näher erläuterte Beschwerde erhalten hätten; sie nahmen die persönlichen Daten der beim Abendessen anwesenden Muslimen auf. Das malaysische Gesetz verbietet die Konversion von Muslimen zu anderen Religionen. Der Vorfall ereignete sich, nachdem Gerüchte verbreitet worden waren, dass Christen das ganze Land zum Christentum führen wollten. Dies wurde öffentlich debattiert mit dem Ergebnis, dass 5.000 Demonstranten aufgebracht gegen die christliche Minderheit loszogen. Obwohl sich viel weniger Muslime am Aufruhr beteiligten als von den Initiatoren erhofft, nahmen jedoch Jugendorganisationen mehrerer Regierungsparteien teil.

Der zweite Vorfall, der die veränderte Haltung gegenüber Christen zeigt, bezieht sich auf eine Aussage des Premierministers vom 16. September 2011, dass eine «umfassende Überarbeitung» der Publikations- und Druckereigesetze erfolgen müsse. Kurz darauf verkündete die Regierung von Malaysia, dass die Bibel in einheimischer Sprache nun im Land gedruckt werden dürfe.

Idris Jala aus der Abteilung des Premierministers versicherte, dass es keine Einschränkungen für eine Bibel in Malaiisch geben würde, auch nicht in den Staaten Sabah und Sarawak auf Borneo. Jala verwies jedoch darauf, dass die an der Westküste (Halbinsel von Malaysia) gedruckten Bücher die Aufschrift «Nur für Christen» tragen müssten und zusätzlich ein Kreuz auf der Vorderseite aufgedruckt werden müsse. Diese



Aussage wurde als Entgegenkommen der Regierung gegenüber der aufgebrachten christlichen Bevölkerung angesehen, die über die Beschlagnahmung christlicher Literatur erbost war.

Die Vorfälle zeigen dass die Freiheit der Christen im Land zu schwinden scheint. Unterstützt wird diese Einschätzung von Berichten, nach denen mehr Christen muslimischer Herkunft verhaftet und tötlich angegriffen wurden als zuvor. Malaysische Christen sehen sich zunehmender Feindseligkeit durch die Regierung und durch islamistische Fundamentalisten ausgesetzt, während etablierte Kirchen und Gemeinden bedroht werden.

Open Doors in Kürze

- Schätzungsweise 100 Millionen Christen werden weltweit aufgrund ihres Glaubens verfolgt. Sie werden u.a. bespitzelt, verhört, misshandelt, eingesperrt und im schlimmsten Fall getötet. Darüber hinaus werden viele weitere Millionen Christen ausgegrenzt und diskriminiert.
- Open Doors ist ein überkonfessionelles christliches Hilfswerk, das in über 50 Ländern mit stark eingeschränkter Religionsfreiheit verfolgte und benachteiligte Christen unterstützt, stärkt und ermutigt.
- Seit 56 Jahren ist das Hilfswerk aktiv für verfolgte Christen.
- Gegründet wurde es von dem Holländer Anne van der Bijl – nach seiner Bestsellerbiographie später bekannt als «Bruder Andrew». Das Buch «Der Schmuggler Gottes» wurde mit einer Auflage von 10 Millionen Stück in 36 Sprachen verbreitet. Den Decknamen «Bruder Andrew» legte van der Bijl sich zu, als er begann, Bibeln zu Christen in Länder hinter dem Eisernen Vorhang zu bringen. Als die Empfänger ihn nach seinem Namen fragten, antwortet er: «Ich bin allen ein Bruder, die Jesus Christus lieben und ihm nachfolgen.»
- Open Doors unterstützt in Zusammenarbeit mit lokalen christlichen Gemeinden und Partnern verfolgte Christen mit Bibeln und christlicher Literatur sowie Hilfe zur Selbsthilfe-Projekten, bildet Gemeindeleiter aus, engagiert sich für Gefangene und unterstützt die Familien ermordeter Christen.
- Gebet ist das erste, worum verfolgte Christen bitten. Eines der wichtigsten Anliegen von Open Doors ist es daher, dieser Bitte zu entsprechen und zum Gebet aufzurufen.
- Mit einer breiten Öffentlichkeitsarbeit («Sprachrohrdienst») informiert Open Doors in Ländern der sogenannten freien Welt – etwa in der Schweiz - in Publikationen und mit Vorträgen über Christenverfolgung und ruft zu Hilfe für verfolgte Christen auf.
- Jedes Jahr veröffentlicht Open Doors den Weltverfolgungsindex, eine Rangliste von Ländern, in denen Christen am stärksten verfolgt werden.
- Im Jahr 2010 stellte das Werk rund 3,4 Millionen Bibeln, Studienliteratur, Kinderbibeln und Lehrmaterial für Pastoren und Gemeindemitarbeiter sowie andere Literatur bereit.
- Nahezu 160.000 Pastoren und Gemeindeleiter wurden im Jahr 2010 geschult. Zudem nahmen 143.000 Christen an Alphabetisierungs- und Berufsausbildungsprogrammen teil und erhielten Nothilfe.
- Die Arbeit des schweizerischen Zweiges wird durch Spenden finanziert. Das Werk trägt den Ehrenkodex der Schweizerischen Evangelischen Allianz.



Kontakt

Westschweiz
Open Doors Schweiz
Postfach
1032 Romanel s/Lausanne
Telefon +41 21 731 01 40
E-Mail info@opendoors.ch
www.opendoors.ch

Deutschschweiz
Open Doors Schweiz
Quellenweg 5
4914 Roggwil
Telefon +41 62 929 39 50

Kontakt Presse für Interviewanfragen und Bilder, Grafik Weltkarte
Telefon +41 62 929 39 50 / E-Mail daniel.gerber@opendoors.ch